

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

die zunehmenden politischen Spannungen im östlichen Europa betreffen die DGO inzwischen unmittelbar. Drei Mal wurde unsere Gesellschaft seit Beginn dieses Jahres zur Zielscheibe russischer Angriffe. Im Februar wurde die DGO vom russischen Justizministerium als „unerwünschte Organisation“ gelistet. Im Juli folgte die Listung als „extremistische Organisation“. Und ebenfalls im Sommer dieses Jahres mussten wir feststellen, dass unser Mailserver von einer Hackergruppe ins Visier genommen wurde, die enge Verbindungen zu russischen Geheimdiensten unterhält. Alle diese Angriffe zielen darauf, die DGO und die Arbeit ihrer Mitglieder zu beeinträchtigen. Eine Dokumentation der wichtigsten Stellungnahmen finden Sie in diesem Rundbrief. Über die Folgen dieser Attacken und die ergriffenen Gegenmaßnahmen werden wir Sie weiter auf dem Laufenden halten.

Während die DGO zur Zielscheibe hybrider Kriegsführung wird, geht der russische Krieg gegen die Ukraine mit unverminderter Härte weiter. Die Zeitschrift OSTEUROPA lieferte mit ihrem Themenheft „Bodenprobe“ (OE 1-3/2024) eine Analyse der inneren Verfasstheit der russländischen Föderation und ging der Frage nach, ob sich der Krieg auf die Machtbeziehungen zwischen dem Zentrum und den föderalen Subjekten auswirkt. Die Jahrestagung der DGO nahm den imperialen Krieg zum Anlass, um in längerer Perspektive über imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa zu diskutieren. Dabei ging es auch darum, die Übertragbarkeit postkolonialer Theorien auf den Raum kritisch zu beleuchten. Gleich zwei Veranstaltungen widmete die DGO im ersten Halbjahr den politischen Entwicklungen in Georgien. Dabei ging es um das Verhältnis zunehmender innenpolitischer Repressionen und einer außenpolitischen Abkehr von der angestrebten EU-Integration. Eine Ausgabe des neuen Podcast OSTERWEITERUNG der DGO beleuchtet die Situation von Angehörigen sexueller Minderheiten in Georgien und Polen in vergleichender Perspektive.

Das vom Auswärtigen Amt geförderte Forum für historische Belarus-Forschung, das seit 2022 unter dem Dach der DGO aktiv ist, legt in der zweiten Förderphase einen besonderen Schwerpunkt auf die wissenschaftliche und bildungspolitische Arbeit mit Quellen mündlicher Überlieferung. Darüber informiert ein Interview



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

mit der Koordinatorin des Forums. Zwei weitere Interviews in diesem Rundbrief liefern Einblicke in zwei neue Zentren für interdisziplinäre Ukrainestudien in Frankfurt (Oder) und Regensburg, die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst gefördert werden.

Im März veröffentlichte die DGO gemeinsam mit der Gesellschaft zum Studium des christlichen Ostens eine Stellungnahme zur geplanten Streichung der Professur für Religionswissenschaft an der Universität Erfurt. Die bisherige Professur hat einen besonderen Schwerpunkt auf dem orthodoxen Christentum. Dass die Konflikte innerhalb der orthodoxen Kirche sich unmittelbar auf die politischen Spannungen im östlichen Europa und angrenzende Regionen auswirken beziehungsweise für innen- und außenpolitische Konflikte instrumentalisiert werden, zeigt die Relevanz der multi- und interdisziplinären Perspektive auf den Raum. Wie gerade die gegenwartsbezogene Forschung zum östlichen Europa unter den Bedingungen von Krieg und zunehmendem Autoritarismus besser gefördert werden kann, ist eine Frage, mit der die DGO sich intensiv auseinandersetzt. Wir möchten darüber auch mit unseren Mitgliedern beraten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Gabriele Freitag".

Dr. Gabriele Freitag





Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum/Ort	Titel	Kooperationspartner
19. Februar, Berlin	<p>Podiumsdiskussion War Trauma – The Effects on Ukrainian Society and Science Im Rahmen des "Café Kyiv"</p>	Konrad Adenauer Stiftung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)
04. März, Online	<p>Webinar Elections without a choice? Presidential elections in authoritarian Russia and their consequences</p>	
21.–22. März, Jena	<p>DGO-Jahrestagung Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa</p>	Imre Kertész Kolleg Jena
25. März, Berlin	<p>Lesung Der Preis unserer Freiheit Ein Abend mit Juri Andruchowytz</p>	Friedrich-Naumann-Stiftung, Ukrainisches Institut, Haus für Poesie
09. April, Online	<p>Webinar Belarusian Student Protests Perspectives from Participants and Witnesses Aufzeichnung: www.youtube.com/watch?v=kBz33Dy83Ew</p>	Forum für historische Belarus-Forschung
16. April, Berlin	<p>Filmvorführung Belarus 23.34</p>	Razam, Libereco
16. Mai, Berlin	<p>Podiumsdiskussion 20 Jahre EU-Erweiterung. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Erweiterungsprozesses</p>	Südosteuropa-Gesellschaft
23. Mai, Online	<p>Webinar Georgiens Systemkrise Aufzeichnung: www.youtube.com/watch?v=M5TLkk00SMk</p>	Abteilung für Kaukasusstudien an der Universität Jena
10. Juni, Berlin	<p>Podiumsdiskussion Crimea and the Crimean Tatars – a contested peninsula between myths and realities</p>	Amnesty International
12. Juni, Berlin	<p>Lesung Vom Ende der Welt. Lesung mit Natalja Klijutscharjowa</p>	Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche
17. Juni, Berlin	<p>Podiumsdiskussion Georgien zwischen Widerstand und Isolation Aufzeichnung: www.youtube.com/watch?v=G_uDU9ZF-7I</p>	Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL), Osteuropa-Institut der FU Berlin

JDGO: Rückschau

Datum/Ort	Titel	Kooperationspartner	Referent*innen
30. April, Online	YOUNG RESEARCH FORUM DER JUNGEN DGO: Why remain?		Charlotte Fabian
28. Mai, Online	YOUNG RESEARCH FORUM DER JUNGEN DGO: Young Research Forum mit Charlotte Fabian und Anna Grimminger		Charlotte Fabian und Anna Grimminger
25. Juni, Online	YOUNG RESEARCH FORUM DER JUNGEN DGO: Warum der weiß-rot-weiße Protest verblasste		Jasmin Jäger
28. Juni, Wien	Vienna calling: Junge DGO goes Austria	AG Internationalisierung, Late Habsburg Studies PhD Network	

JDGO Regionalgruppen: Rückschau

Datum/Ort	Titel	Kooperationspartner	Referent*innen
Leipzig			
07. Mai, Halle (Saale)	Polnische Filmreihe „ Korczak “ (R: Andrzej Wajda, 1990)	Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	
05. Juni, Leipzig	Workshop zu Wissenschaftskommunikation und Wissenstransfer mit Bezug zum östlichen Europa	Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO)	Renate Zöller, Pandeli Pani (Köln/Bonn)
München			
10. Januar, München	Workshop JDGO x GSOSES Do's and Dont's in der Interaktion mit Medien als Regionalexpertin	Münchener Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien	Martin Schulze Wessel (München)
18. Januar, Online	JDGO x AMUROST – Digitales Küchengespräch mit Christian Hagemann	AMUROST	Christian Hagemann (München)
06. Februar, München	Workshop „ Do's and Don'ts on Tuesdays “ – Giving a conference talk		Svetlana Efimova (München), Julianne Prade-Weiss (München)
22. Februar, München	Filmvorführung und Diskussion „ Abteil Nr. 6 – Zwischen volkstümelnder Romantik und unterschwelliger Gesellschaftskritik?		

Datum/Ort	Titel	Kooperationspartner	Referent*innen
25. April, Online	JDGO x AMUROST – Digitales Küchengespräch mit Matthias Golbeck	AMUROST	Matthias Golbeck (Wiesbaden)
30. April, München	„Do's and Don'ts on Tuesdays“ – Navigating Global Academia: How to make your research internationally visible and recognizable	Münchener Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien	Máté Rigó (München)
14. Mai, München	„Do's and Don'ts on Tuesdays“ – Surviving Peer Review	Münchener Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien	Jan Dollbaum (München)
05. Juni, München	„Do's and Don'ts“ – Publish or Perish?	Münchener Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien	Julia Burkhardt (München)

Rheinland

27. Juni, Köln	Lesung und Gespräch „Revolution der Geduld. Eine belarussische Bricolage“	DGO Zweigstelle Köln-Bonn, Academy for European Human Rights Protection, Lew Kopelew Forum e.V.	Heinrich Kirschbaum (Freiburg), Angelika Nußberger (Köln)
----------------	---	---	---

Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*Innen
Bochum		
17. Januar, Bochum	Vortrag Kriegsgedenken vor dem Kult: Kommemorative Praxis in der Sowjetunion von 1945 bis 1965	Mischa Gabowitsch (Mainz)
10. Juli, Bochum	Vortrag Menschgemachte Wasserwelten? Der Aralsee und seine Zuflüsse im Fluss der Jahrhunderte	Jörn Happel (Hamburg)
Bonn / Köln		
4. Juni, Online	Diskussion 20 years in the European Union – Perspectives on the EU from the eight Central Eastern European states since their accession: How did the attitudes towards the EU change?	Simona Guerra (Surrey), Liutauras Gudžinskas (Vilnius), Zuzana Vikarská, Katarina Vatovec, Tamás Szemlér (Budapest), André Härtel (Brüssel)
27. Juni, Freiburg	Lesung und Gespräch Revolution der Geduld. Eine belarussische Bricolage“	Heinrich Kirschbaum
Bremen		
13. Mai, Bremen	Gespräch Die Erinnerung nicht vergessen. Über Schreiben und Dissidenz in Russland	Ljudmila Ulitzkaja
Dresden		
Veranstaltungsreihe Mediale Aufreger		
15. Mai, Dresden	Vortrag Debatte auf Twitter (X): Die Kontroverse um den polnischen Tagebau Turów	Martina Berrocal (Jena)
5. Juni, Online	Vortrag Mapping Trauma and Resistance: War Imagery in Visual Popular Art of the Russo-Ukrainian War	Alina Mozolevska (Mykolajiw)
19. Juni, Dresden	Vortrag Medial Aufreger: Das polnische Mediensystem und seine gesellschaftliche Rezeption	Urszula Doliwa, Aleksander Kiklewicz (Olsztyn)
26. Juni, Dresden	Vortrag Mediale Aufreger: Häusliche Gewalt als Thema in den Medien Tadschikistans	Farzona Bachruloevna Babajeva (Duschanbe)
Erlangen / Nürnberg		
Veranstaltungsreihe Digital History in/of Central Asia		
11. Januar, Erlangen, hybrid	Vortrag Esimde Research and Discussion Platform: Why is Citizen Science Important?	Gulzat Alagoz (Bishkek)

Datum/Ort	Titel	Referent*Innen
01. Februar, Erlangen, hybrid	Vortrag Politics of Memory in Historical Retrospect: Case of Kazakhstan	Taissiya Marmontova (Astana)
22. Februar, Erlangen, hybrid	Vortrag History of Kazakhstan“ Portal and Archive Digitization Initiatives in the region	Kairat Alimgazinov (Almaty)
4. April, Erlangen, hybrid	Vortrag The Cost of Life: Female Experience of Ethnic Cleansings under Stalinism in Central Asia (Sem. Series)	Iuliia Iashchenko (Rom)
13. Juni, Erlangen, hybrid	Vortrag Declassification of Archival Documents and Providing Access to Them: The Experience of Ukraine (1991–2024)	Serhii Kokin (Kyjiw)
Freiburg		
11. Juni Freiburg	Vortrag Becoming Capitalist in Post-Communist Russia	Alexa von Winning (Tübingen)
Gießen/ Marburg		
7. März, Gießen	Vortrag Depoliticised City: Post-Pandemic and Post-Protest Minsk of the 2020s	Aliaksei Bratachkin (Hagen)
30. April, Gießen	Filmvorführung Ja, Andrei Iwanowitsch	Andrei Iwanowitsch Moiseenko (Minsk), Hannes Farlock (Moskau)
Hamburg		
	Veranstaltungsreihe Fokus Nachrichten: Pressefreiheit und Journalismus in Mittelosteuropa	
12. Juni, Hamburg	Vortrag Pressefreiheit und Populismus: Wie polnische Journalist:innen sich gegen die autoritäre Regierung wehrten	Bartosz Wielinski (Warschau)
26. Juni, Hamburg	Vortrag Journalismus in Spin-Diktaturen: Die (Ohn-) Macht der Medien in Ungarn	Márton Gergely (Budapest)
Kiel		
	Veranstaltungsreihe Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Staaten des südlichen Kaukasus	
11. Januar, Kiel	Vortrag Armenien zwischen neuer Demokratie und alten Abhängigkeiten	Haruntyun Harutunyan (Erevan)
18. Januar	Vortrag Bergkarabach – Das Ende eines Jahrzehntealten Konflikts?	Silvia Stöber (Hamburg)
25. Januar	Vortrag Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf Aserbaidschan	Eva-Maria Auch (Berlin),
01.02.2024	Vortrag Georgien zwischen Gestern und Morgen	Levan Izoria (Georgischer Botschafter in Deutschland, Berlin)

Datum/Ort	Titel	Referent*Innen
Konstanz		
16. Januar, Konstanz	Vortrag und Podiumsdiskussion „Rechtsbeistand und humanitäre Hilfe – Aktuelle Möglichkeiten im Arbeitsalltag russischer Menschenrechtsverteidiger“	Olga Rosenblum (Berlin), Pavel Kolář (Konstanz), Natalia Borisova (Konstanz).
21. Juni, Konstanz	Vortrag Soviet Rock Music Past as Urban Heritage in Russia: Cases of Ekaterinburg and Saint-Petersburg	Alexandra Kolesnik (Bielefeld)
Leipzig		
Veranstaltungsreihe GWZO-RINGVORLESUNG zur Kinder- und Jugendliteratur WS 2023/24		
10. Januar, Leipzig	Vortrag “There’s a story I can tell / actually interestingly well.” – Revitalising a classical genre – contemporary narrative poetry for children/young readers. Dániel Varró, Bálint Harcos and others	Artemisz Harmath (Budapest)
24. Januar, Leipzig	Vortrag Falten. Drehen. Ziehen. Klappen. Die Bilderbuchkunst von Vojtěch Kubašta	Carola Pohlmann (Berlin)
06. Februar, Leipzig	Lesung und Gespräch Rusalka“	Kerstin Hensel (Berlin)
07. Februar, Leipzig	Auf der Suche nach einem neuen Kanon, goldenen Kelchen und Freunden für die Kropfgazelle: Kasachstans Kinderliteratur im Aufbruch	Nina Frieß (Berlin)
München		
17. April, München	Buchvorstellung The Integrity of the Avant-Garde: Karel Teige and the Biography of an Ambition	Peter Zusi (London)
Münster		
10. April, Münster	Filmvorführung und Diskussion Nawalny	Alexey Gusev (Münster)
18. Juni, Münster	Buchvorstellung und Diskussion Befreiungskrieg: Nationsbildung und Gewalt in der Ukraine	Anna Veronika Wendland (Marburg)
Oldenburg		
23. Februar, Oldenburg	Podiumsdiskussion Russlands Krieg gegen die Ukraine – Wo stehen wir?	Viola von Cramon (Göttingen), Burkhard Olschowsky (Oldenburg), Olha Tokar (Kyjiw)
Tübingen		
10. Juni, Tübingen	Vortrag The Travels of Anna German	Zbigniew Wojnowski (Oxford)

Neues aus der DGO

DGO in Russland zur „unerwünschten Organisation“ erklärt

Im Februar dieses Jahres wurde die DGO in Russland als „unerwünschte Organisation“ eingestuft. Dies hat Konsequenzen für unsere Arbeit, aber vor allem für diejenigen russischen Staatsbürger*innen und Institutionen, die mit uns im Rahmen von Veranstaltungen, Publikationen und anderen Projekten zusammenarbeiten. In einer öffentlichen Erklärung haben wir diese Konsequenzen deutlich gemacht.

Das Statement im Wortlaut:

„Am 14. Februar 2024 hat das russische Justizministerium die **Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.** (DGO) auf die Liste der unerwünschten Organisationen gesetzt. Der DGO ist damit jegliche Arbeit in Russland untersagt. Russische Staatsangehörige und Organisationen machen sich strafbar, wenn sie mit der DGO zusammenarbeiten. Dies gilt auch für die Teilnahme an Veranstaltungen oder die Mitwirkung an Publikationen. Es drohen Geldstrafen und im Wiederholungsfall Freiheitsstrafen von bis zu sechs Jahren.

Die Erklärung der DGO zur *unerwünschten Organisation* stellt einen weiteren Versuch Russlands dar, die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken. Wissenschaftliche Forschung zu Russland und der Austausch über Ergebnisse sollen auch außerhalb des Landes eingeschränkt werden. Ziel ist es außerdem, kritische Analysen wie in den von der DGO herausgegebenen Zeitschriften Osteuropa und Osteuropa-Recht zu verhindern. Auch der zivilgesellschaftliche Dialog mit Russland soll mit der Einstufung unterbunden werden.

Nach dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und dem Akademischen Netzwerk Osteuropa (akno e.V.) ist die DGO die dritte Institution mit wissenschaftlichem Profil in Deutschland, die als *unerwünschte Organisation* eingestuft wurde. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen stehen ebenfalls auf der Liste.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den Entwicklungen im Land selbst wird die DGO unbeirrt fortsetzen und auch weiterhin darüber informieren. Die Verantwortung gegenüber russischen Kooperationspartner*innen wird dabei sehr ernst genommen.“

Gemeinsames Statement von als „unerwünschte Organisationen“ gelisteter Institutionen in Deutschland

Gemeinsam mit der DGO wurden auch die Friedrich-Ebert-Stiftung, OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung und die XZ Foundation zu unerwünschten Organisationen erklärt, einige Tage später das Lew Kopelew Forum Köln. In Reaktion auf diese Entwicklung haben betroffene Institutionen aus Deutschland ein gemeinsames Statement verfasst, um vor dem Hintergrund der russischen Präsidentschaftswahlen auf die Folgen dieser Einstufung hinzuweisen.

Das Statement im Wortlaut:

Berlin, 22. März 2024

Vor kurzem wurde bekannt, dass die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, die Friedrich-Ebert-Stiftung, das Lew Kopelew Forum, OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung und die XZ Foundation auf die Liste der in Russland unerwünschten Organisationen gesetzt wurden. Damit sind unter den mehr als 145 gelisteten Organisationen inzwischen über 20 betroffene Organisationen aus Deutschland. Sie sind in den Bereichen Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft tätig und bilden damit alle zentralen gesellschaftlichen Tätigkeitsfelder ab.

In Russland als unerwünscht eingestuft zu werden, kommt einem Verbot gleich. Russische Staatsangehörige machen sich strafbar, wenn sie mit uns zusammenarbeiten. Dies gilt auch für eine Zusammenarbeit außerhalb Russlands. Jede Ko-

operation, ob bei Veranstaltungen, Forschungsprojekten oder Publikationen, kann mit Geldstrafen und im Wiederholungsfall mit Freiheitsstrafen von bis zu sechs Jahren geahndet werden.

Die Konsequenzen für die gelisteten Organisationen fallen ganz unterschiedlich aus, je nach Umfang der Aktivitäten in Russland. Wir sind uns aber darin einig, dass es nicht nur darum geht, unsere Arbeit zu be- oder verhindern. Vor allem dienen die Einstufungen als Vorwand für Repressionen, mit denen die russische Bevölkerung eingeschüchtert werden soll. Und es geht darum, Einfluss auf die deutsche Öffentlichkeit zu nehmen.

Vor dem Hintergrund der russischen Präsidentschaftswahlen, die weder frei, geheim noch gleich waren, halten wir es für notwendig, auf diese Aspekte mit Nachdruck aufmerksam zu machen. Die Machtposition Wladimir Putins wurde durch die "Wahlen" noch einmal gefestigt und es ist zu befürchten, dass die innenpolitischen Repressionschrauben weiter angezogen werden und auch neue gegen den Westen gerichtete Maßnahmen ergriffen werden.

Wir möchten die folgenden Punkte betonen:

Die Androhung drakonischer Strafen soll russische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger davon abhalten, mit westlichen Institutionen zusammenzuarbeiten. Dies richtet sich nicht explizit an regimekritische Personen, sondern an die Gesellschaft in Gänze. Die Konsequenzen einer Listung tragen vor allem die russischen Staatsangehörigen, die für oder mit einer 'Organisation' zusammenarbeiten, die zu einer 'unerwünschten Organisation' erklärt wird.

Die vom Regime in Moskau angestrebte Entflechtung der russischen von westlichen Gesellschaften erreicht damit ein neues Niveau. Die russische Gesellschaft soll isoliert und jegliche Kontakte zu westlichen Gesellschaften unterbunden werden. Die Basis für jede Zusammenarbeit wird sukzessive zerstört.

Auf diese Weise möchte das Regime in Moskau auch die Deutungshoheit über die Situation im Land sichern. Kritische Äußerungen und objektive wissenschaftliche Analysen sollen verhindert werden.

Es handelt sich dabei gleichermaßen um einen Angriff auf die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit.

Die Listung 'unerwünschter Organisationen' richtet sich auch gegen die deutsche Öffentlichkeit. Indem deutsche Institutionen als Gegner geframed werden, sollen Ängste und Verunsicherungen in der Gesellschaft geschürt werden. Dies ist Teil des Informationskriegs gegen Deutschland. Moskau versucht offensiv, Einfluss auf die Öffentlichkeit in Deutschland zu nehmen, Desinformationen zu verbreiten und die Gesellschaft so zu spalten. Polarisierungen, die durch die Einstufung von Institutionen als 'unerwünscht' verstärkt werden, werden als strategische Ressource genutzt.

Daraus ziehen wir folgende Schlüsse:

Wir dürfen nicht Russland die Deutungshoheit darüber überlassen, welche Maßnahmen gegen das Regime in Russland geboten sind oder welche Unterstützung für die Ukraine legitim ist. Wir sollten uns nicht einschüchtern lassen von denen, die jede Empörung aus Russland als Beleg dafür heranziehen, dass Deutschlands Engagement zu eskalativ oder zu weitreichend wäre. Wir müssen politische Entscheidungen souverän und sachlich diskutieren.

Unsere Einstufung als in Russland 'unerwünschte Organisationen' hält uns nicht davon ab, uns auch weiterhin für eine demokratische und freie Gesellschaft in Russland einzusetzen. Wir tun dies in der gebotenen Vorsicht zum Schutz unserer russischen Partnerinnen und Partner.

Gezeichnet:

Akademisches Netzwerk Osteuropa, akno e.V.
 Austausch e.V.
 Coopera e.V.
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO)
 Europäischer Austausch
 Heinrich-Böll-Stiftung
 XZ Foundation
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZoiS)
 Zentrum Liberale Moderne (LibMoD)

Ergänzung:

Im Verlauf des ersten Halbjahres hat das Justizministerium der Russischen Föderation weitere wissenschaftliche Institutionen auf diese Liste gesetzt. Unter anderem traf es das Deutsche Historische Institut (DH) Moskau sowie die Plattform Dekoder, die russischen und belarussischen Journalismus in deutscher Übersetzung mit kontextualisierenden Beiträgen europäischer Wissenschaftler veröffentlicht. Diese Entscheidungen sind ein weiterer schwerer Schlag gegen die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit.

DGO in Russland als „extremistische Organisation“ gelistet

Der Oberste Gerichtshof in Russland hat die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde in einem Beschluss vom 26. Juli 2024 als „extremistische Organisation“ gelistet. Die DGO wird mit 54 anderen Organisationen als Teil einer „Antirussischen separatistischen Bewegung“ klassifiziert. Alle Organisationen wurden als extremistisch eingestuft. Die DGO ist damit die erste deutsche Institution mit diesem Status.

Diese Entscheidung hat weitreichende Konsequenzen für alle Personen, die auf die eine oder andere Weise mit der DGO zusammenarbeiten. Die Mitgliedschaft in, die Finanzierung von oder die Zusammenarbeit mit einer solchen Organisation kann gemäß russischer Gesetzgebung – insbesondere § 282.2 Strafgesetzbuch der Russischen Föderation „Organisation der Aktivitäten einer extremistischen Organisation“ – mit einer Haftstrafe von bis zu zwölf Jahren geahndet werden. Die Strafverfolgung beschränkt sich dabei nicht nur auf russische Staatsbürger*innen. Eine Gefährdungslage für mit der DGO verbundene Personen ist damit eindeutig gegeben.

Die Einstufung der DGO als „extremistische Organisation“ ist unbegründet. Wir weisen diese mit Nachdruck zurück. Die DGO prüft momentan, welche rechtlichen Schritte angemessen sind.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, die DGO als extremistische Organisation einzustufen, ist ein erneuter* Angriff auf die freie Wissenschaft. Sie verdeutlicht die kontinuierliche Eskalation der russischen repressiven Innen- und aggressiven Außenpolitik.

Eine Übersicht über Reaktionen, Presseberichte und Solidaritätsbekundungen finden Sie auf unserer Website: <https://DGO-online.org/informieren/aktuelles/listung-extremistisch-hackerangriff-DGO-reaktionen/>





Dietmar Neutatz, Jörg Morré

Forum für historische Belarus-Forschung: Die Arbeit in der zweiten Projektphase

Seit 2022 koordiniert die DGO das Forum für historische Belarus-Forschung. Das Projekt, das vom DAAD aus Mitteln des Auswärtigen Amts gefördert wird, befindet sich nun in der zweiten Projektphase (2024/25).

Koordinatorin Alesja Belanovich-Petz berichtet über den aktuellen Stand.

DGO: Bevor wir auf die Schwerpunkte der zweiten Projektphase zu sprechen kommen – welche Aktivitäten aus der ersten Phase sind besonders in Erinnerung geblieben und welche Hindernisse gab es dabei vielleicht auch?

Alesja Belanovich-Petz: Prägend für unsere Arbeit waren natürlich die zunehmenden Repressionen gegen die Zivilgesellschaft in Belarus nach dem volumnäglichen russischen Angriff auf die Ukraine. Unabhängige Forschung und Lehre sowie freie Meinungsäußerung sind in Belarus nicht mehr möglich. Bis heute werden Wissenschaftler*innen wegen ihrer Unterstützung der Proteste von 2020 gekündigt und/oder zu Haftstrafen verurteilt. Und es gibt bis jetzt kein Anzeichen, dass die Repressionen nachlassen. Vier Jahre nach der Niederschlagung der Proteste gibt es mehr als 1.300 politische Gefangene im Land.¹ Und auch diejenigen, die sich im Exil befinden, werden vom Regime verfolgt. Hinzu kommt, dass es kaum noch Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Akteur*innen gibt. Mehr als 1.200 NGOs wurden vom Staat aufgelöst oder mussten aufgrund der Verfolgung ihre Arbeit einstellen.²

Die Aktivitäten der ersten Projektphase haben sich daher eng an den Bedürfnissen der Historiker*innen nach ihrer Flucht aus Belarus und der Orientierung im Exil konzentriert. Wir verstehen uns als wichtige Plattform für wissenschaftliche Diskussionen, Forschungsförderung sowie Austausch und Vernetzung der Geisteswissenschaftler*innen aus Belarus, Deutschland und anderen Ländern. Daher freuen wir uns, dass wir trotz erschwerter Bedingungen für Reisen in die EU auch kritische Historiker*innen aus Belarus in den

Austausch einbeziehen konnten. In diesen schwierigen Zeiten ist die Zusammenarbeit mit Wissenschaftler*innen in Belarus und im Exil ein wichtiges Zeichen der Solidarität und Unterstützung. Vor allem vor dem Hintergrund, dass Belarus zunehmend aus dem Fokus von Medien und Öffentlichkeit verschwindet, ist eine Fortsetzung unserer Arbeit von großer Bedeutung.

DGO: Was sind Eure Ziele in der zweiten Projektphase und welche Schwerpunkte setzt ihr inhaltlich?

Belanovich-Petz: Wir möchten mehr Raum für wissenschaftspolitische und inhaltliche Strategieentwicklung für Akteur*innen aus der historischen Forschung in Belarus bieten. Inhaltlich liegt der Fokus dabei auf dem Thema „Oral History“. Wir arbeiten eng mit dem Belarusischen Oral History Archiv und dem im Juli 2024 in Warschau gegründeten Belarusischen Institut für Public History zusammen. Das Belarusische Oral History Archiv verfügt über eine umfassende Sammlung von Interviews mit Opfern von stalinistischen Repressionen, mit ehemaligen KZ-Häftlingen, NS-Zwangsarbeiter*innen, Ghetto-Überlebenden sowie über Interviews zu zahlreichen weiteren Themen. Momentan ist das Archiv allerdings nicht öffentlich zugänglich.³ Die vorläufige Schließung des Archivs erfolgte zum Schutz der Interviewpartner*innen, des Archiv-Teams und potentieller Nutzer*innen.

In der zweiten Phase des Projektes evaluieren wir, was notwendig ist, um die Archivquellen für Forschung und Wissenschaft und perspektivisch für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ohne dabei die Sicherheit der Interviewpartner*innen zu gefährden. Außerdem geht es darum, wie das Archiv auf den neuesten Stand der Digitalisierung gebracht werden kann. Das Thema eignet sich inhaltlich und methodisch sehr gut für eine stärkere Vernetzung belarussischer und deutscher Wissenschaftler*innen, da es in Deutschland schon lange eine ausgewiesene Expertise zu „Oral History“ gibt.⁴

DGO: Welche Aktivitäten sind geplant und welche Rolle spielt dabei die neu gegründete Steuerungsgruppe?

Belanovich-Petz: Die Steuerungsgruppe ist vor allem für die wissenschaftliche Unterstützung unseres kleinen Teams da. Die Gruppe hat einen beratenden Charakter und arbeitet ehrenamtlich. Sie besteht aus einem Team renommierter internationaler Wissenschaftler*innen. Die Mitglieder Felix Ackermann, Tatsiana Astrońska-

ja, Iryna Kaštaljan, Simon Lewis, Victor Šadurski, und Anika Walke bringen sich engagiert und aktiv in unsere Arbeit ein und stellen so eine echte Verstärkung dar.

Wir möchten außerdem auch weiterhin eine Plattform für die Präsentation aktueller Fragestellungen sowie der Forschungsdesiderata zur belarussischen Geschichte bieten, Diskussionen dazu ermöglichen und ein öffentliches Interesse an diesen Fragen stärken. Daher führen wir die etablierten Formate der Online-Diskussionen und Fachtagungen fort. Damit möchten wir den in Belarus seit 2020 im öffentlichen und akademischen Raum stark verbreiteten russischen Narrativen eine kritische Auseinandersetzung entgegensetzen. Auch das Stipendienprogramm wird zu diesem Zweck fortgesetzt. Es ist uns gelungen, in den letzten zwei Jahren sowohl Wissenschaftler*innen im Exil als auch Wissenschaftler*innen, die weiterhin in Belarus leben und unter sehr widrigen Umständen kritische Forschung betreiben, in das Forum zu integrieren.

Außerdem stehen wir mit Vereinen wie Razam e. V., akno e. V. und dekoder gGmbH über die Bedürfnisse und Unterstützungsangebote für belarussische Wissenschaftler*innen im engen Austausch und nutzen gegenseitig Angebote und Infrastrukturen für die Vernetzung und Beratung. Die Förderung des Forums ist bis Ende 2025 gesichert und wir denken schon jetzt an eine mögliche Fortsetzung und freuen uns auf Ideen und Kooperationen.

DGO: Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg Euch!

Quellenangaben:

1. <https://prisoners.spring96.org/> (Stand am 19. Juli 2024). Die politischen Gefangenen in Belarus dokumentieren wir zudem auf der Website 100x Solidarität mit Belarus: <https://100xsolidaritaet.de/>
2. <https://www.lawtrend.org/freedom-of-association/ezhegodnyj-monitoring/likvidatsiya-nko-v-belarusi-2021-2023> (Stand Ende März 2023)
3. <http://www.nashapamiac.org/>
4. Siehe z. B. Institut für Geschichte und Biographie der Fern-Universität Hagen www.fernuni-hagen.de/geschichts-und-biographie/; Online-Portal der Stiftung EVZ zum Thema der NS-Zwangsarbeit www.zwangsarbeits-archiv.de/; Visual History Archive an der Freien Universität Berlin www.vha.fu-berlin.de



Alesja Belanovich-Petz hat Geschichte in Minsk und Hamburg studiert und als Projektmanagerin und Bildungstrainerin für deutsche und belarussische Vereine gearbeitet. Seit 2022 koordiniert sie das Forum für historische Belarus-Forschung in der DGO.

Forum für historische Belarus-Forschung



Das Forum für historische Belarus-Forschung ist eine Plattform für die Präsentation aktueller Fragestellungen und Forschungsdesiderata zur belarussischen Geschichte in ihren transnationalen Bezügen. Das Forum ermöglicht Diskussionen und stärkt das öffentliche Interesse an diesen Fragen. Es bietet belarussischen Historiker*innen, die wegen Repressionen das Land verlassen mussten und im Exil in Deutschland, Polen, Litauen und anderen Staaten leben, Vernetzungsangebote und den Austausch mit Kolleg*innen in Belarus und im weiteren Ausland. Das Forum bietet, Räume für einen geschützten Austausch, Möglichkeiten für öffentliche Online-Diskussionen und Tagungen sowie Stipendien für die Erforschung der belarussischen als Teil der europäischen Geschichte.

Publikationen

OSTEUROPA



Russland versucht mit Waffengewalt sein äußeres Imperium wiederzuerichten. Dies hat die Frage nach dem inneren Imperium wieder auf die politische Tagesordnung gebracht. Der Band entnimmt 17 Proben aus dem Gewebe der Russändischen Föderation. Es geht um die Geschichte des Vielvölkerreichs, den Sowjetföderalismus, die Deportationen unter Stalin – und vor allem um die Gegenwart. Russland ist auch heute kein Nationalstaat. Es handelt sich um ein Gebilde aus 21 Nationalen Republiken, fünf anderen nationalen Territorien sowie gut 50 nicht national konstituierte Gebiete. Fast 150 Sprachen werden in Russland gesprochen, doch die meisten sind vom Aussterben bedroht. Wirtschaftlich sind die Regionen äußerst disparat, einige nationalen Territorien stehen als Rohstoffregionen am oberen Ende der Skala, andere sind Armenhäuser. Zusammengehalten wird das Gebilde mit Zuckerbrot und Peitsche. Regionale Eliten sind in die Machtvertikale integriert, Gegeneliten werden systematisch verfolgt, nationale Aspirationen unterdrückt. Seit dem Überfall auf die Ukraine hat Moskau die Repressionen verschärft. Gleichzeitig

Inhalt

EDITORIAL

Zuckerbrot und Peitsche

Andreas Kappeler

Vielvölkerreich Russland

Historische Voraussetzungen im
Zarenreich

Egbert Jahn

Nationale Frage und nationale Bewe-
gungen

Die Bedeutung des Sowjetföderalismus

Pavel Polian

Bestrafte Völker

Deportationen im Stalinismus

Ernst Kausen

Die Sprachen und Völker Russlands
Vom Verschwinden eines Reichtums

Andreas Heinemann-Grüder

Russlands inneres Imperium
Zentrum gegen Regionen

Roland Götz

Unter Durchschnitt

Die nationalen Territorien Russlands

FALLSTUDIEN

Nikolay Mitrokhin

Ethnisch, rassistisch, imperial
Erscheinungsformen des russischen
Nationalismus

Uwe Halbach

Extremfall
Tschetschenien im Vielvölkerstaat
Russland

Lana Estemirova

„Die offene Wunde Tschetschenien“
Gespräch mit Sergej Lebedev

Johannes Rohr

Kolonisiert
Die indigenen Völker in Russland

N.N.

„Wir sind das Volk“

Protest und Repression in Baškor-
tostan

Darja Kostromina

Ausweitung der Repressionszone
Die Verfolgung von Hizb-ut-Tahrir-
Anhängern in Russland

Alexey Golubev, Gleb Yarovoy

Kein Fall für die Nation
Karelien – Geschichte, Sprache,
Politik

Monika Wingender

Einheit statt Vielfalt
Sprachpolitik in der Russändischen
Föderation

Artem Malych

Vom Sterben der Sprachen
Das Beispiel des Udmurtischen

befördert der Krieg die Skepsis gegenüber dem Machtzentrum. Doch eine neue Zeitrechnung beginnt erst, wenn der oberste Machtzirkel in Moskau kollabiert.

Der Band umfasst 336 Seiten, 30 Abbildungen und 6 Karten. DGO-Mitglieder können ihn für 20,00 € (statt 28,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Michail Bogdanov

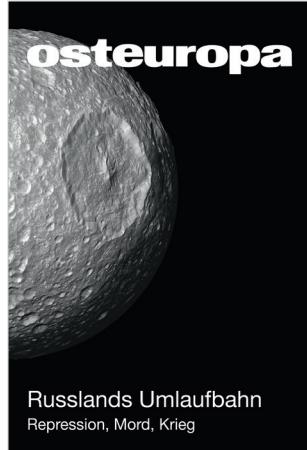
Geburtsshelfer Ukrainekrieg
Die Renaissance der burjatischen
Nationalbewegung

Olaf Leisse

Fest in Putins Griff
Politik und Gesellschaft in Burjatien

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030 / 30 10 45 -81 /-82.



Russland ist zu einem repressiven Gewaltstaat geworden. Im Eroberungskrieg gegen die Ukraine zerstört die Moskauer Besetzungsarmee systematisch das gesamte Nachbarland. Im Innern unterdrückt das Putin-Regime jede Äußerung tatsächlicher oder vermeintlicher Gegner. Das Internet steht weitgehend unter staatlicher Kontrolle, der Staat censiert, überwacht und straft. Die Zahl der politischen Gefangenen wächst immer weiter, die Haftstrafen für missliebige Äußerungen werden immer länger. Den politischen Hauptgegner Aleksej Naval'nyj hat das Regime ermorden lassen. Die meisten Menschen in Russland verdrängen die bestürzende Realität, indem sie der Propaganda Glauben schenken oder in ihrer Ohnmacht jedes politische Urteil aufgeben.

Der Band umfasst 176 Seiten, 29 Abbildungen und 1 Karte DGO-Mitglieder können ihn für 14,00 € (statt 20,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

EDITORIAL

Radikalisierung

Juri Andruchowytsh

Die „Große Russische Kultur“
Russlands Komfortzone für Mord und Raub

Ruprecht Polenz

Imperialismus und Kolonialismus
Überlegungen aus politischer Perspektive

Zaal Andronikashvili

Georgischer Alptraum, 2. Akt
Die Proteste in Tbilissi

Nikolay Mitrokhin

Russlands Krieg gegen die Ukraine
Wochenberichte Frühjahr 2024

Natal'ja Morozova

Ausweitung der Repressionszone
Politische Justiz in Russland 2023

Alena Epifanova

Blockieren, Überwachen, Strafen
Internetkontrolle in Russland

Ol'ga Romanova

Totale Anomie
Russland: Strafgefangene als Frontsoldaten

Otto Luchterhandt

Chronik eines angekündigten Todes
Das Putin-Regime und der Mord an Aleksej Naval'nyj

Kirill Rogov

Vorgeschichte eines Mords
Aleksej Naval'nyj und die Protestpolitik in Russland

Ol'ga Irisova

Tödliche Neutralität
Russlands Gesellschaft und Aleksej Naval'nyjs Tod

Wolfgang Stephan Kissel

Das Begräbnis von Aleksej Naval'nyj
Eine kulturhistorische Deutung

Ulrich Menzel

Statusumkehr
75 Jahre Beziehungen Russland-China



Russland mobilisiert alle Kräfte für seinen Krieg gegen die Ukraine. Die Russische Orthodoxe Kirche liefert die Stichworte. Unter Rückgriff auf die Kriegsideologie des 16. Jahrhunderts preist sie den Soldatentod und erklärt die Kämpfe in der Ukraine zum „Heiligen Krieg“. Das Putin-Regime missbraucht den Komponisten Dmitrij Šostakovič für die Propaganda, die Ukraine vom „Nazismus“ befreien zu müssen. Und es instrumentalisiert die Geschichte, um seinen Krieg zu rechtfertigen. Wie stark das in der Bevölkerung Erfolg hat, zeigt eine große empirische Studie von Lev Gudkov und Natalija Zorkaja zu Geschichtsbewusstsein und kollektiver Erinnerung. Und im Schatten des Krieges spitzt sich die innen- und außenpolitische Lage in Georgien und Armenien zu. All das hat das Potential zu politischen Alpträumen. Folgerichtig trägt das neue Osteuropa-Heft 5/2024 den Titel „Nachtmahr. Analysen aus Russland und dem Südkaukasus.“

Der Band umfasst 200 Seiten und 18 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn für 16,00 € (statt 24,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

EDITORIAL
Bad News

Thomas de Waal
Profit, Paranoia, Protest
Georgiens Alpträum

Vakhushti Menadbe
Unlauterer WettbewerbMethoden
der Wahlbeeinflussung in Georgien

Narek Sukiasyan
Kriegsträchtiger Unfrieden
Angst und Unruhe in Armenien

Hana Antal
Demokratie im Visier
Ein Gespräch über den Anschlag
auf Ministerpräsident Robert Fico
und die Lage danach

Nikolay Mitrokhin
Russlands Krieg gegen die Ukraine
Wochenberichte Frühjahr 2024

DER KRIEG UND DIE
RUSSISCHE WELT

Reinhard Flogaus
„Heiliger Krieg“ und „Katechon“
Russland
Das Moskauer Patriarchat auf dem
Weg in die Häresie

*Weltkonzil des Russischen Volks
Gegenwart und Zukunft der Russi-
schen Welt
Dokumentation*

Thomas Brehmer
Russische Welt heute und morgen
Zum Dokument des Weltkonzils des
Russischen Volks

Ralf Possek
Das kritische Gedächtnis Russlands

Lev Gudkov, Natalija Zorkaja
Geschichte, Erinnerung, Gedächtnis

Ergebnisse des Erinnerungsmoni-
tors Russland

Alexey Uvarov
Mehr Grautöne
Anmerkungen zum Erinnerungsmoni-
tor Russland

Konstantin Pachaljuk
Schmierstoff Geschichte
Russlands Kriegs- und Propaganda-
maschine

Antonina Klokova
Umwertung und Vereinnahmung
Russland: Kunstmusik im Dienste
des Staates

Irina Rebrova
Gekapert und ideologisiert
Eine Ausstellung über NS-Opfer in
Russland

OSTEUROPA-Recht



Im Frühjahr 2024 jährt sich nicht nur die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland sondern auch der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die gesamte Ukraine, der bis heute andauert. Doch der Widerstandswillen der Ukrainer*innen bleibt ungebrochen. Er offenbart sich auf ganz unterschiedliche Art und Weise: So wurde im Mai 2023 die Juristische Fakultät in Ternopil durch einen Raketenangriff beschädigt, doch bereits nach kurzer Zeit und einiger Schadensbeseitigung wird dort wieder unterrichtet. Dieses Beispiel zeigt: Die ukrainische (Rechts-)Wissenschaft blüht – der russischen Aggression zum Trotz, aber auch für eine Zukunft in Frieden und den EU-Beitritt. Osteuropa-Recht 2/2023 ist daher dem Thema Ukrainische Rechtswissenschaft im Krieg gewidmet. Das Heft versammelt zahlreiche Beiträge zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz, der Entwicklung des Eigentumsrechts in Polen oder auch der breiten Modernisierung des ukrainischen Rechtssystems. Ein Heft, das verdeutlicht, wie sich die Wissenschaft in der Ukraine trotz der außerordentlichen Umstände weiterentwickelt.

Inhalt

Tetiana Brovchenko, Olesia Zhuk

The Removal of Damage Caused by the Necessity: Theoretical Basis and Judicial Practice in Ukraine

Damian Dobosz

Allegro als die größte Online-Plattform in Polen mit eigenen, quasi-autonomen Regeln

Bartolomiej Krupowicz

Der Ansatz von herrenlosen Grundstücken im polnischen Recht – Wirklichkeit oder Fiktion?

Nataliia Martsenko, Valentyna Hera

Observance of Human Rights When Using Artificial Intelligence in the Activities of a Legal Entity

Kinga Mróz

Gender Recognition in Poland – Problems and Propositions of Legislative Changes

Hanna Poperechna

Supply Digital Content: The Concept of Adaptation of New EU Directives to Ukrainian Legislation

Volodymyr Pospolitak, Roksolana Khanyk-Pospolitak

Factoring in Ukraine: Current Problems and New Stage of Development

Olena O. Ruban

Some Features of Compensation for Workplace Injuries

Liudmyla Savanets

The Implementation of Directive 2019/771 in Ukrainian Private Law: Future Prospects and Challenges

Yevgenia O. Tupitska

Legislative Regulators That Will Determine the Dynamics of Credit Agreements During the Period of Martial Law in Ukraine

Uliana Yarymovych

Madatory Redemption of Shares by a Stock Company in Ukraine

Aus der Rechtssprechung des EGMR

UNGARN: Unverhältnismäßige Beschränkung von Plakatwerbung (Herbert Küpper)



Heft 3/2023 von Osteuropa-Recht steht unter dem Motto „Belarus: Ein Land auf schiefer Ebene“. Gezeigt wird, wie sich Belarus lange Zeit dem Ansinnen Russlands nach einer vertieften Integration widersetzen konnte. Nach den manipulierten Präsidentschaftswahlen in Belarus im Jahr 2020 und der Niederschlagung von Bürgerprotesten wurde Belarus indes völlig abhängig von politischen Entscheidungen in Moskau. Die vertiefte militärische Zusammenarbeit mit Russland und die Beteiligung von Belarus am Krieg in der Ukraine brachten das Land immer weiter unter die Macht Moskaus. Belarus verlor in nicht geringem Maße seine nationale Souveränität. Außerhalb des Schwerpunkts führt Osteuropa -Recht auch in diesem Heft seine aktuelle Berichterstattung zu verschiedensten Rechtsfragen in der Ukraine in der Kriegssituation fort.

Inhalt

Hans Janus

Belarus: Ein Land auf schiefer Ebene – Gewinnung und Erosion nationaler Souveränität

Otto Luchterhandt

Die Grundrechte der Freiheit und Unverletzlichkeit der Person und ihre systematische Verletzung in Belarus

Anzhelika Baran

The historical and legal discourse on the obligation to perform military service in Ukraine

Viktoria F. Piddubna

Rechtsstaatliche Voraussetzungen für ein modernes Verfassungsrecht in Europa

Andriy Shkolyk / Natalia Khilborob

The Implementation of the Principles of Administrative Procedure in the Provision of Digital Public Services: The Experience of the EU Countries and Ukrainian Practice

Bernhard Schloer

Das Ermessen im ukrainischen Verwaltungsrecht – Entwicklungen seit 2015

Otto Luchterhandt

Das Verwaltungsverfahrensgesetz – ein großer Schritt der Ukraine auf ihrem Weg in die Europäische Union

Oliver Dörr

Rechtsstaatliche Voraussetzungen für ein modernes Verfassungsrecht in Europa

Aus Justiz und Rechtsprechung in Osteuropa

UNGARN: Verfassungsgerichtsurteil 3058/2023. (II. 16.) AB über die Nichtabänderbarkeit der Pflichteintragung des sog. „Geburtsgeschlechts“ in das Personenstandsregister (Herbert Küpper)

Aus der Rechtsprechung des EGMR

Amtliche Veröffentlichung der Personen von Steuerschuldnern (Herbert Küpper)
Diskriminierung von Roma im Erziehungswesen (Herbert Küpper)
Gloss to the Resolution of the Polish Supreme Court of 23 March 2023, I KZP 16/22 – Critical Remarks (Stanisław Kędzior)



Heft 4/2023 der Osteuropa-Recht ist dem Andenken an den rumänischen Rechtswissenschaftler Christian Alunaru gewidmet. Alunaru baute Brücken zwischen der rumänischen und der internationalen Wissenschaft und trug entscheidend dazu bei, dem westlichen Publikum die osteuropäische Wissenschaft zugänglich zu machen. Ganz in diesem Sinne versammelt Band 4/23 Beiträge renommierter Autor*innen aus dem östlichen Europa, die mehrheitlich Teil des Wiener Arbeitskreises waren, dem auch Alunaru angehörte. Die Aufsätze decken somit eine große Bandbreite zivilrechtlicher Fragestellungen aus einzelnen Ländern wie Polen, Tschechien und der Ukraine ab. Weitere Texte behandeln global relevante und historische Fragestellungen.

Inhalt

Lajos Vékás

Über die Privatrechtskodifikationen im kulturhistorischen Spiegel

Jan Hurdík

In memoriam of Professor Christian Alunaru. The principle of Public Order in the Czech Civil Law

Tatjana Josipović

Short-Term Rentals in Multi-Owned Buildings – Interplay between Public and Private Restrictions on the Provision of Short-term Accommodation Services

Robert Dobrovodský

Klauselkontrolle im slowakischen Verbrauchervertragsrecht

Piotr Bilinski

Lawyers in the Service of Clio – Historians of Polish Law at the Jagiellonian University at the Turn of the Nineteenth Century and Their Historical Research

Natalia Kvit / Volodymyr Kossak

Leihmuttertum in der Ukraine: Probleme der gesetzlichen Regelung, Analyse der Rechtsprechung

Christian von Bar

Was schützt das Privatrecht vor Fehlinterpretationen? Prolegomena zu einem gemeinsameuropäischen Methodenrecht für das Privatrecht

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag: abo@nomos.de.

Einzelhefte der Osteuropa-Recht kosten 26,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.



Botakoz Kassymbekova

Osterweiterung – der DGO Podcast

Die DGO verfügt über umfassende Expertise zu allen Ländern des östlichen Europa. Diese Expertise gibt es nun auch als Podcast! In „Osterweiterung – der DGO Podcast“ laden wir renommierte Expert*innen ein und diskutieren mit ihnen über aktuelle Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der Region.

OSTERWEITERUNG ist kostenlos über alle gängigen Podcast-Plattformen abrufbar, z.B. auf Podcast.de, Spotify, Amazon, YouTube oder Apple Podcast.

Die neuen Episoden im Überblick:

Episode 9: NATO-Russland. Wer hat welche Strategie?

Putins nukleare Drohungen an den Westen reißen nicht ab. Was will, was könnte Putins Militär im Ernstfall leisten und was kann die NATO im Vorfeld tun und wie könnte sie im Ernstfall reagieren? Darüber sprechen wir mit **Fabian HOFFMANN** (University of Oslo) und **Alexander GRAEF** vom ISFH in Hamburg in der neuen Ausgabe von OSTERWEITERUNG.

<https://www.podcast.de/episode/623364104/nato-russland-wer-hat-welche-strategie>



Episode 10: Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa

Es geht um das Verhältnis von Imperium und Gewalt, Integration und Desintegration sowie um Wohlstandsversprechen und Identität. Zum Auftakt der diesjährigen DGO-Jahrestagung sprachen wir für diese Podcastausgabe mit dem ukrainischen Schriftsteller **Juri ANDRUCHOWYTSCHE** (Ivano-Frankivsk) und der Historikerin **Anna Veronika WENDLAND** (Herder-Institut, Marburg)

<https://www.podcast.de/episode/627959068/imperiale-herrschaft-und-koloniale-erfahrung-im-oestlichen-europa>





Episode 11: Nationalismus in der Föderation

Russländische Föderation (Российская Федерация) nennt sich der Staat, der acht Föderationskreise, 83 Föderationssubjekte und über 100 Ethnien umfasst. Doch wieviel davon ist Fassade, und was davon gelebte Praxis vor Ort? Und welche Rolle spielt dabei der wachsende russische Nationalismus und welche Formen nimmt er dabei an? Darüber und über aktuelle Entwicklungen in den Republiken Russlands sprechen wir in der aktuellen Ausgabe von OSTERWEITERUNG mit dem russischen Historiker **Nikolay MITROKHIN** und Osteuropa-Redakteur **Volker WEICHSEL**.

<https://www.podcast.de/episode/634007397/nationalismus-in-der-foederation>



Episode 12: Vom Ende der Welt

Mitschnitt der DGO-Veranstaltung „Vom Ende der Welt“ vom 12. Juni 2024. Die russische Autorin **Natalja KLJUTSCHARJOWA**, derzeit im Exil in Deutschland, berichtet im Interview mit **Anna Nicole HEINRICH**, Präsidentin der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, über die aktuelle Lage in ihrem Heimatland.

<https://www.podcast.de/episode/635108127/vom-ende-der-welt>



Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter
www.laender-analysen.de
kostenlos zugänglich.



Belarus-Analysen

Nr. 70 (23.04.2024)
Belarus und der Nahostkonflikt

Polen-Analysen

Nr. 323 (06.02.2024)
Pläne zur Nutzung der Atomkraft in Polen

Nr. 324 (20.02.2024)
Schwieriger politischer Neuanfang – die Regierung Tusk vor Herausforderungen

Nr. 325 (05.03.2024)
Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt

Nr. 326 (19.03.2024)
Die Haltung Polens zum israelisch-palästinensischen Konflikt

Nr. 327 (16.04.2024)
Außenpolitische Ziele der neuen Regierung in Polen – Chancen und Risiken

Nr. 328 (07.05.2024)
Die Kommunalwahlen 2024

Nr. 329 (21.05.2024)
Die Moderne – verschiedene Interpretationen im politischen Spektrum / Exposé von Außenminister Radosław Sikorski

Nr. 330 (18.06.2024)
Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 in Polen

Russland-Analysen

Nr. 445 (22.01.2024)
Indoktrinierung

Nr. 446 (19.02.2024)
Propaganda / Nawalny

Nr. 447 (27.03.2024)
Annektierte Gebiete

Nr. 448 (03.04.2024)
Krieg zwischen Israel und Hamas / Antisemitismus

Nr. 449 (02.05.2024)
Wahlen / Alternativen / öffentliche Meinung

Nr. 450 (14.05.2024)
30 Jahre russische Verfassung

Nr. 451 (11.06.2024)
Personalveränderungen in Regierung und Präsidialverwaltung

Ukraine-Analysen

Nr. 293 (18.01.2024)
Kunst, Musik und Krieg

Nr. 294 (09.02.2024)
Folgen des russischen Angriffskriegs für die ukrainische Landwirtschaft

Nr. 295 (23.02.2024)
Zwei Jahre Angriffskrieg: Rückblick, aktuelle Lage und Ausblick

Nr. 296 (15.03.2024)
Wirtschaft / Rohstoffe / Kriegsschäden und Wiederaufbau

Nr. 297 (21.03.2024)
10 Jahre Krim-Annexion / Donbas nach der Annexion 2022

Nr. 298 (29.04.2024)
Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter / Ukrainische Community in Deutschland / Deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaften

Nr. 299 (30.05.2024)
Exekutiv-legislative Beziehungen und die Zentralisierung der Macht im Krieg

Nr. 300 (14.06.2024)
Demografische Entwicklung / Verlagerung der Wirtschaft / Selenskyjs Rede im Bundestag

Nr. 301 (26.06.2024)
Beziehungen zu Polen / Beziehungen zur Slowakei

Zentralasien-Analysen

Nr. 161 (13.01.2024)
Baumwollsektor in Usbekistan / Zivilgesellschaft

Nr. 162 (28.02.2024)
Kusch-Tepa-Kanal in Nordafghanistan / Kultureller Wandel in Turkmenistan

Nr. 163 (26.04.2024)
Zentralasien und der Nahostkonflikt

Nr. 164 (20.06.2024)
Nationalkurultai in Kirgistan / Arbeitsmigranten in Russland

Caucasus Analytical Digest

<https://css.ethz.ch/publikationen/caucasus-analytical-digest.html>



No. 136 (Februar 2024)
Iran and the South Caucasus after the second Karabakh war

Russian Analytical Digest

<https://css.ethz.ch/publikationen/russian-analytical-digest.html>



No. 308 (29.01.2024)
Western Sanctions and Russia's Role for Global Energy

No. 309 (31.01.2024)
Indoctrination

No. 310 (23.02.2024)
Russia's Role in the South Caucasus and Central Asia

No. 311 (11.03.2024)
Russian Environmentalism during the War

No. 312 (22.04.2024)
The West and Russia's War of Aggression against Ukraine

No. 313 (21.05.2024)
Russian Foreign Propaganda in Occupied Ukraine, Moldova, and Belarus



Ukrainian Analytical Digest

<https://css.ethz.ch/publikationen/uad.html>

No. 4 (Januar 2024)
Negotiations, Security, and EU-Integration

No. 5 (März 2024)
Impact of Russia's War on Ukrainian Agriculture

No. 6 (Mai 2024)
Public Opinion Research in Ukraine under Wartime Conditions

Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung

am Donnerstag, 21. März 2024 von 14.00 bis 17.00 Uhr
(hybrid), Senatssaal der Friedrich Schiller Universität,
Fürstengraben 1, 07743 Jena und online / Zoom

Protokoll: Gabriele Freitag

1. Begrüßung und Verabschiedung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 16.Juni 2022

Der Präsident der DGO, Ruprecht Polenz, begrüßte die anwesenden Mitglieder im Saal und an den Bildschirmen. Er stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß an die Mitglieder versandt wurde und fragte nach Wünschen zur Änderung der Tagesordnung. Dies war nicht der Fall.

Ruprecht Polenz bat um ein kurzes Gedenken an die Mitglieder, die seit der letzten Mitgliederversammlung verstorben sind oder von deren Tod die DGO seitdem erfahren hat.

- **Karin Wieland**,
verstorben am 22. März 2023
- **Prof. Dr. Klaus Heller**,
verstorben am 12. Juli 2023
- **Dr. Alexander Armand Arnot**,
verstorben am 15. August 2023
- **Prof. Dr. Julia Obertreis**,
verstorben am 11. Oktober 2023

Ruprecht Polenz bat auch um das Gedenken an **Prof. Dr. Jan Plamper**, der bis 2022 Mitglied der DGO war und am 30. November 2023 verstorben ist.

Im Anschluss an das Gedenken bat er um die Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, das im Rundbrief 1/2023 der DGO veröffentlicht wurde. Es gab keine Änderungswünsche seitens der Mitglieder. Ruprecht Polenz erläuterte, dass alle Abstimmungen im Saal über Handhebung erfolgen und alle

Abstimmungen an den Bildschirmen über das UmfrageTool von Zoom. An der Abstimmung über die Verabschiedung des Protokolls beteiligten sich 77 Mitglieder. Davon stimmten 72 Personen mit Ja bei 5 Enthaltungen.

2. Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2023

Den Mitgliedern wurden vor der Mitgliederversammlung die Rundbriefe 1+2/2023 sowie der Finanzbericht für das Jahr 2023 per Mail zugesendet. Für die Mitglieder im Saal lagen die Unterlagen auch in ausgedruckter Fassung vor.

Die Geschäftsführerin der DGO, Gabriele Freitag, berichtete über die Aktivitäten der Geschäftsstelle und der Zweigstellen im vergangenen Jahr, die auch im Jahr 2023 sehr stark vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geprägt waren. Das aus Mitteln des Auswärtigen Amts vom DAAD finanzierte Forum für historische Belarus-Forschung hat sich zu einer wichtigen Plattform für den Austausch von Historiker*innen aus Belarus und anderen Staaten entwickelt. Auch darüber hinaus hat sich die DGO als Anlaufstelle für Wissenschaftler*innen auf der Flucht und im Exil etabliert. Dies sei wichtig als Zeichen der Solidarität mit gefährdeten Wissenschaftler*innen im östlichen Europa, aber auch weil diese trotz des zunehmend erschweren Zugangs zur Forschungsregion noch über gute Netzwerke verfügen.

Sebastian Lambertz berichtete über die Öffentlichkeitsarbeit der DGO im Jahr 2023. Seit dem Jahr 2023 produziert die DGO den Podcast „Osterweiterung“ mit einem breiten Spektrum von Themen. Für Informationen über Veranstaltungen und Publikationen wurde ein digitaler Newsletter eingerichtet. Außerdem wurde im letzten

Jahr das Erscheinungsbild der Drucksachen der DGO aktualisiert. Pünktlich zur Mitgliederversammlung konnte die neue Website der DGO freigeschaltet werden.

Die Sprecherinnen der Jungen DGO, Annemarie Polheim und Olessia Seminina, berichteten über die Aktivitäten der Jungen DGO. Diese hat neben der laufenden Arbeit unter anderem eine neue Arbeitsgruppe zur schrittweisen Internationalisierung der DGO eingerichtet. Diese soll zunächst im deutschsprachigen (DACH-)Raum tätig sein und Impulse für die Arbeit der gesamten DGO geben. Auf der unmittelbar vorgeschalteten Mitgliederversammlung der Jungen DGO wurden Ariana Kravchuk und Phillip Schroeder als neue Sprecher*innen gewählt. Ruprecht Polenz hob die Einrichtung der Jungen DGO als eine der besten Entwicklungen der DGO hervor und dankte Annemarie Polheim und Olessia Seminina sowie allen weiteren Aktiven für die engagierte ehrenamtliche Tätigkeit und die gute Zusammenarbeit mit dem Vorstand.

Der Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA, Manfred Sapper, berichtete über die Arbeit der Redaktion. Neben der Herausgabe der Zeitschrift werden die Blogeinträge auf der Website der OSTEUROPA immer wichtiger und verzeichnen einen großen Zugriff. Der steigende Absatz der Zeitschrift sei vor allem auf den Bedarf an Informationen über den russischen Krieg gegen die Ukraine zurückzuführen. Gleichzeitig sei es aufgrund der zunehmend represiven Politik in Belarus und Russland kaum noch möglich, Autor*innen aus den Ländern zu gewinnen.

Vorstandsmitglied und Mitglied der Redaktion OSTEUROPA.RECHT, Caroline von Gall, berichtete über die Arbeit der Redaktion OSTERUROPA-RECHT. Auch im rechtswissenschaftlichen Bereich fehle es an Autor*innen, die die Aufgabe übernehmen, die rechtswissenschaftlichen Entwicklungen im östlichen Europa zu dokumentieren und kritisch zu analysieren.

Gabriele Freitag trug in Vertretung der geschäftsführenden Vorständin Sabine Fischer den Finanzbericht für das Jahr 2023 vor. Die Einnahmen seien im Jahr 2023 wegen der Einholung säumiger Mitgliedsbeiträ-

ge und vor allem des guten Verkaufs der Zeitschrift OSTEUROPA noch einmal leicht gestiegen. Mehrausgaben wegen Inflationsausgleich und Tariferhöhungen im Bereich der Personalkosten konnten durch Einsparungen im Bereich der Verwaltungsausgaben ausgeglichen werden. Allerdings sei absehbar, dass aufgrund weiter steigender Personalausgaben bei einem erwartbaren Rückgang der Verkäufe der Zeitschrift OSTEUROPA im Jahr 2024 weniger Mittel für die Programmarbeit zur Verfügung stehen.

3. Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2023

Am 11. März 2024 führten die neuen Rechnungsprüfer*innen Benjamin Conrad und Elisabeth Lüdeking die Prüfung in den Räumen der Geschäftsstelle der DGO durch. Benjamin Conrad trug den Bericht der Rechnungsprüfer vor. Die Rechnungsprüfer*innen stellten fest, dass die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in Übereinstimmung mit dem Zweck der Gesellschaft sparsam und wirtschaftlich erfolgte und die Mittel sachgerecht verbucht wurden. Die Buchführung wurde als durchgängig transparent und nachvollziehbar bewertet. Die Entwicklung der Mitgliederahlen ist weiterhin positiv. Inzwischen ist etwa ein Viertel der Mitglieder bis zu 35 Jahr alt. Besonders positiv haben die Prüfer*innen das ehrenamtliche Engagement der Vorstandsmitglieder, der Sprecher*innen der Fachgruppen, der Zweitstellenleiter*innen und der Jungen DGO hervor. Auf der Grundlage der Prüfung schlugen sie die Entlastung des Vorstands vor.

4. Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Ruprecht Polenz forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf. Auf die Frage, wie weit exilierte Wissenschaftler*innen als Autor*innen für die Zeitschrift gewonnen werden können, wies Manfred Sapper darauf hin, dass viele von diesen vornehmlich damit beschäftigt seien, ihren Unterhalt zu sichern. Die geringen Autorenhonorare der OSTEUROPA könnten diese prekäre Situation nicht auffangen.

5. Entlastung des Vorstands

Mit Bezug auf den Vorschlag der Rechnungsprüfer bat Ruprecht Polenz um Abstimmung über die Entlastung des Vorstands. An der Abstimmung über die Entlastung des Vorstands beteiligten sich 78 Mitglieder. Davon stimmten 73 Personen mit Ja bei 5 Enthaltungen.

6. Bestellung der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2024

Ruprecht Polenz schlug vor, Benjamin Conrad und Elisabeth Lüdeking auch mit der Rechnungsprüfung für das Jahr 2024 zu beauftragen. An der Abstimmung über die Bestellung der Rechnungsprüfer beteiligten sich 74 Mitglieder. Alle 74 Personen stimmten mit Ja.

7. Neufassung der DGO-Satzung

Ruprecht Polenz erläuterte, dass die Neufassung der DGO-Satzung erforderlich sei, da die bestehende aus dem Jahr 2004 den heutigen Standards nicht mehr entspricht. Relevant sei vor allem die im neuen Entwurf festgehaltene Möglichkeit für digitale Versammlungen und Beschlussfassungen. Außerdem seien der Transfer aus der Wissenschaft in die Öffentlichkeit und die politische Bildung als Aufträge der DGO in die Neufassung aufgenommen worden. Der neue Entwurf schreibe außerdem fest, dass die DGO ihre Zwecke auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung und des Völkerrechts verfolge. Er bedankte sich bei den Juristinnen Caroline von Gall, die seitens des Vorstands und Josephine Doll, die seitens der Jungen DGO an der Ausarbeitung der Satzung beteiligt waren. Die DGO habe außerdem den Rat einer Fachanwältin für Vereinsrecht eingeholt. Der vorliegende Entwurf der Neufassung sei vom Auswärtigen Amt als Zuwendungsgeber gebilligt worden. Auch das Finanzamt für Körperschaften habe aus steuerlicher Sicht keine Bedenken gegen die Neufassung der Satzung hinsichtlich der Steuerbefreiung der DGO.

Der Entwurf der Neufassung der Satzung wurde Ende Februar 2024 mit der Bitte um schriftliche Rückmeldungen im Falle von Änderungsvorschlägen an alle

Mitglieder versendet. Es gingen zwei Rückmeldungen ein: Zum einen handelte es sich um den Hinweis darauf, dass weder die alte noch die neue Satzung eine Aussage darüber mache, wie der Präsident/die Präsidentin bestellt werde. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag werde später vorgestellt. Zum anderen handelte es sich um einen Hinweis darauf, dass die Formulierung „auf der Grundlage der freiheitlich rechtlichen Grundordnung“ unpräzise sei und nicht zu einem Wissenschaftsverband passe; sinnvoller sei der Bezug auf die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit. Ruprecht Polenz wies darauf hin, dass die DGO von ihren Mitgliedern kein affirmatives Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung erwarte, umgekehrt aber ausschließen wolle, dass Personen, die sich gegen diese aussprechen, in die DGO aufgenommen werden.

Auf die Frage nach weiteren allgemeinen Anmerkungen erfolgte die Frage, ob die Neufassung der Satzung die Unabhängigkeit der DGO gegenüber der Bundesregierung garantiere. Gabriele Freitag verwies darauf, dass die Neufassung der Satzung in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt auf die in der bisherigen Satzung festgelegte Förderung von Wissenschaft und Forschung „im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt“ sowie auf eine Jahresplanung der DGO-Aktivitäten „in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt“ verzichte. Im Entwurf der Neufassung der Satzung sei lediglich in § 11 festgehalten, dass die DGO das Auswärtige Amt über die Vereinsaktivitäten „informiert“, was den Verpflichtungen der DGO gegenüber ihrem Zuwendungsgeber entspreche.

Im Anschluss rief Ruprecht Polenz die einzelnen Paragraphen des Entwurfs der Neufassung mit der Bitte um Wortmeldungen auf. Dazu gab es folgende Fragen und Vorschläge:

§ 2 Absatz 3

Vorschlag, die Bereiche Musik und Politik in die förderungswürdigen Gebiete der Gesellschaft aufzunehmen.

Ruprecht Polenz weist darauf hin, dass die Musik durch den umfassenden Begriff der Kultur abgedeckt ist und daher auf die Ergänzung verzichtet werden kann.

§ 4 Absatz 1

Bitte an den Vorstand zu prüfen, ob bei der Aufstellung der wichtigsten Finanzierungsquellen auch die Erlöse aus Publikationen genannt werden sollten, wie dies bei Satzungen ähnlicher Vereine als erforderlich angesehen werde.

§ 6 Absatz 2

Bitte an den Vorstand zu prüfen, ob die Möglichkeit hybrider Mitgliederversammlungen durch den Passus abgedeckt ist.

§ 7 Absatz 3

Vorschlag des Vorstands, den folgenden Satz zur Wahl des Präsidenten / der Präsidentin als neuen dritten Satz zu ergänzen: Der Präsident / die Präsidentin wird von der Mitgliederversammlung gewählt.

Ruprecht Polenz bat um Abstimmung über den Entwurf der Neufassung mit den oben gemachten Vorschlägen für Ergänzungen bei den Paragraphen § 2 Absatz 3 („Politik“) und § 7 Absatz 3 („Der Präsident / die Präsidentin wird von der Mitgliederversammlung gewählt.“) sowie den Prüfaufträgen bei § 4 Absatz 1 und § 6 Absatz 2. An der Abstimmung über die Neufassung der Satzung beteiligten sich 76 Mitglieder. Davon stimmten 72 Personen mit Ja bei 4 Enthaltungen.

8. Erhöhung der Mitgliedsbeiträge

Ruprecht Polenz erläuterte, dass die letzte Erhöhung der Mitgliedsbeiträge im Jahr 2013 von der Mitgliederversammlung beschlossen und im Jahr 2014 umgesetzt wurde. Aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen sei eine neue Erhöhung erforderlich. Dabei sollte auch die nächste Erhöhung möglichst eine Gültigkeit von etwa einer Dekade haben. Der Vorstand schlug daher vor, den vollen Beitragsatz von 45 EUR auf 75 EUR zu erhöhen. Umgekehrt solle der ermäßigte Beitrag für Studierende, Promovierende und für Personen, die staatliche Unterstützung beziehen, nicht erhöht, sondern bei 22 EUR belassen werden. Damit solle auch die Solidarität innerhalb der DGO gefördert werden.

Seitens der Jungen DGO kam die Anregung, auch für die vornehmlich jungen Mitglieder, die unmittelbar

nach Studium oder Promotion noch keine Festanstellung haben, eine Reduzierung vorzusehen. Außerdem kam der Hinweis, dass die Erhöhung für Mitglieder mit Mitgliedschaften in weiteren Vereinen sehr hoch sei.

Ruprecht Polenz bat um Abstimmung über die vorgeschlagene Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. An der Abstimmung über die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beteiligten sich 70 Mitglieder. Davon stimmten 41 Personen mit Ja und 14 Personen mit Nein bei 15 Enthaltungen.

9. Fachgruppen und Osteuropakongress ceecon 2024

Gabriele Freitag informierte über die Aktivitäten der Fachgruppen im Jahr 2023. Insgesamt organisierten die Fachgruppen im vergangenen Jahr zwei Fachtagungen, drei Fachgruppen und zwei Panels auf Konferenzen/Kongressen. Darüber hinaus beteiligten sich die Sprecher*innen der sieben Fachgruppen an der Vorbereitung der Ausschreibung für den nächsten DGO-Osteuropakongress ceecon24, der am 7. und 8. Oktober 2024 erneut an der Freien Universität Berlin stattfinden soll. Neben der Freien Universität wird sich im Jahr 2024 auch das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien an der Ausrichtung des Kongresses beteiligen.

10. Jahrestagung 2025

Ruprecht Polenz wies darauf hin, dass die Zeitschrift OSTEUROPA im Jahr 2025 ihr 100jähriges Jubiläum begehe. Aus diesem Anlass sei geplant, die Bedeutung von Medien für politische Systeme im östlichen Europa aus historischer und aktueller Perspektive im Rahmen der Jahrestagung 2025 in den Mittelpunkt zu stellen. Die Jahrestagung wird in Berlin stattfinden. Der Termin und genaue Tagungsort wird rechtzeitig bekannt gemacht.

11. Auswirkungen der russischen Klassifizierung als „unerwünschte Organisation“ auf die Wissenschaftsfreiheit

Ruprecht Polenz wies darauf hin, dass die Auswirkungen der russischen Klassifizierung als „unerwünschte

Organisation“ auf die Wissenschaftsfreiheit als Tagesordnungspunkt aufgenommen wurde, da im Jahr zwei akademische Einrichtungen aus dem Umfeld der DGO als „unerwünscht“ erklärt wurden: Das Akademische Netzwerk Osteuropa, akno e. V. und das Zentrum für Osteuropa- und internationale Beziehungen, ZOIS. Inzwischen sei Mitte Februar 2024 die DGO selbst vom Justizministerium der Russländischen Föderation zur „unerwünschten Organisation“ erklärt worden.

Die Vizepräsidentin der DGO und Direktorin des ZOIS, Gwendolyn Sasse, erläuterte die Auswirkungen der Klassifizierung auf die Arbeit des ZOIS. Oberste Priorität hatte zunächst der Schutz der Mitarbeiter*innen mit russischer Staatsangehörigkeit. Besonders schwierig gestaltete sich die Situation für studentische Mitarbeiter*innen und junge Wissenschaftler*innen mit russischem Pass, die sich noch in der Phase der beruflichen Orientierung befinden. Die Klassifizierung habe aber auch Auswirkungen auf die Forschung an sich, so zum Beispiel bei Interviews und Fokusgruppen unter russischen Migrant*innen in Deutschland. Nach russischem Gesetz ist jede Teilnahme an Aktivitäten und die Dissemination von Materialien strafbar. Diejenigen, die sich an der Forschung beteiligen oder Veranstaltungen besuchen bzw. diese inhaltlich mitgestalten, müssen auf den Status hingewiesen werden, der in erster Linie auf Verunsicherung abzielt. Auch die Gewinnung von Autor*innen mit russischer Staatsbürgerschaft für wissenschaftliche Publikationen und Formate der Wissenschaftskommunikation sei schwieriger geworden. Das ZOIS könne zum Teil auch Anfragen für die Betreuung von Promovierenden mit russischer Staatsbürgerschaft nicht mehr ohne Bedenken zugehen. Bisher seien keine Fälle von Strafverfolgung auf der Grundlage des Statuses bekannt. Das ZOIS habe beschlossen, wie andere betroffene Institutionen auch, sich von der Klassifizierung in seiner Arbeit möglichst wenig einschränken zu lassen. Personen, die potentiell gefährdet sein könnten, würden über den Status

des ZOIS informiert; das ZOIS mache diesen in seiner Öffentlichkeitsarbeit aber nicht prominent sichtbar.

Vertreter*innen anderer Organisationen berichteten, dass sie sich immer stärker verpflichtet fühlten, Personen aus dem eigenen Umfeld vor russischen Repressionen zu schützen, unabhängig davon, ob sie auch als „unerwünscht“ klassifiziert seien oder nicht. So würden Aufzeichnungen von Veranstaltungen zum Teil nicht mehr auf YouTube Kanälen veröffentlicht. Als Gegenmaßnahme zu den skizzierten Beschränkungen im Bereich von Veröffentlichungen erfolgte der Vorschlag, die DGO solle die Zahl russischsprachiger Publikationen erhöhen. Ruprecht Polenz wies darauf hin, dass aufgrund der Willkür des russischen Staats keine eindeutigen Aussagen über die Folgen des Status als „unerwünschte Organisation“ für die DGO, ihre Mitglieder und weitere Personen im Umfeld der DGO möglich sind.

12. Verschiedenes

Ruprecht Polenz wies darauf hin, dass die DGO eine gemeinsame Veranstaltung mit dem neu gegründeten Verein „Zukunft Memorial“ plant. Der Verein hat sich in Deutschland als Nachfolgeorganisation der Dachorganisation Memorial International gegründet, die Anfang 2022 vom Obersten Gericht der Russischen Föderation aufgelöst wurde. Zukunft Memorial hat Interesse, seine Aktivitäten vorzustellen. Seitens der Mitglieder kam der Hinweis, dass es in Russland noch viele Verbände unter dem Dach von Memorial gibt, die ihre Arbeit fortführen. Es sei wichtig, sich nicht nur auf Moskau und nicht nur auf einen Verein aus dem Netz von Memorial zu konzentrieren.

Der Präsident Ruprecht Polenz schloss die Versammlung um 17:00 Uhr und lud alle Mitglieder zur Eröffnung der Jahrestagung zum Thema *Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa* ein.



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.



Kateryna Rietz-Rakul

Klaus-Mehnert-Preis

Urban Democracy in the Making. How Participatory Budgeting Reshaped State-Citizen Relations and Local Communities in Post-Maidan Ukraine

von Sophie Schmäing

Seit dem Euromaidan von 2013–14 haben sich in der Ukraine Bürger*innenbudgets als neue Formen digitaler Mitbestimmung rasant verbreitet. Zum einen bereichern sie das Bild der aufblühenden ukrainischen Zivilgesellschaft der letzten Jahre; zum anderen ermöglichen sie direkte Interaktion und Kooperation zwischen aktiven Bürger*innen und lokalen Selbstverwaltungsinstitutionen. Dies ist besonders bemerkenswert, da Ukrainer*innen letzteren – ebenso wie anderen staatlichen Institutionen – aufgrund verbreiteter Korruption und Klientelismus mit großem Misstrauen begegnen.

Die Studie geht deshalb der Frage nach, ob und wie das Bürger*innenbudget die gesellschaftliche Wahrnehmung der lokalen Institutionen sowie die Zusammenarbeit mit ihnen verbessert. Ein weiterer Fokus liegt auf dem Einfluss des Beteiligungsmodells auf den Zusammenhalt in und zwischen Nachbarschaften und lokalen zivilgesellschaftlichen Gruppen. Die qualitative Untersuchung verbindet demokratietheoretische Ansätze mit kulturoziologischen Konzepten, die auf drei Fallstudien in Dnipro, Kyjiw und Lwiw angewendet werden. Den Perspektiven der Teilnehmenden nähert sich die Studie durch digitale Ethnographie, Interviews und der Analyse von Online-Kommunikation.

Die Arbeit zeigt die unterschiedlichen Zielsetzungen der Akteure des Stadtrats und der lokalen Verwaltungen auf und setzt sie in Beziehung zu den individuellen und kollektiven Motivationen der Teilnehmenden. Die konflikthaften Aushandlungsprozesse zwischen beiden Seiten betreffen vor allem solche Projekte, die neue Ideen für die Ausgestaltung des öffentlichen Raums einbringen und längerfristig auf die Stadtentwicklung einwirken wollen. Als zentral für die Zusammenarbeit aller Beteiligten hat sich die Herstellung von sozialem



Sophie Schmäing

Vertrauen erwiesen. Dabei zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den drei untersuchten Städten: Teilnehmende Bürger*innen rechnen den durch das Beteiligungsverfahren eröffneten Kontrollmechanismen ganz unterschiedliche Bedeutung zu. Dies lässt auf unterschiedliche Grade von Vertrauen in die Mitarbeiter*innen der lokalen Selbstverwaltungsinstitutionen und unter den Teilnehmenden schließen.

Indem sie unterschiedliche Praktiken der Vertrauensbildung fokussiert, leistet die Arbeit einen konzeptionellen Beitrag zur Bedeutung von sozialem Vertrauen für Demokratien. Die Studie zeigt darüber hinaus, dass die sukzessive Festigung der Demokratie in der Ukraine nicht allein durch Blicke auf die nationale Ebene verstanden werden kann, und trägt damit zu einem tieferen Verständnis der erstaunlichen Resilienz ukrainischer Städten und Kommunen vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs bei.

Auszug aus der Laudatio

In diesem Jahr hat die DGO mit dem Klaus-Mehnert-Preis eine Arbeit ausgezeichnet, die das „participatory budgeting“ („Bürgerinnenbudgets“) als Form digitaler Mitbestimmung in der post-Maidan Ukraine in den Mittelpunkt stellt. Der Verfasserin Sophie Schmäing gelingt es dabei, sehr differenziert und überzeugend aufzuzeigen, wie „participatory budgeting“ auf lokaler Ebene das Vertrauen in demokratische Prozesse und Institutionen im Land stärken kann.

Das Thema der Arbeit ist ein Kernthema der aktuellen Osteuropaforschung. Schmäing leistet einen wichtigen Beitrag zum Verständnis zivilgesellschaftlicher Entwicklungen in der Ukraine, die vielfach in erheblicher Distanz zu staatlichen Institutionen entstanden sind. Sie analysiert die Abläufe des „participatory budgeting“ sowie die Wahrnehmungen der Beteiligten in drei Städten, die als Fallstudien dienen. Die Autorin geht dabei systematisch und nuancenreich vor und kann so die beachtliche Varianz zwischen den Städten – aber auch innerhalb dieser – überzeugend darstellen.

Die Wahl der lokalen Untersuchungsebene ist ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal der Arbeit. Es wird deutlich, wie die Dysfunktionalität staatlicher Institutionen auf dieser Ebene durch „participatory budgeting“

zumindest teilweise kompensiert werden kann. Dies ist eine wichtige Erkenntnis auch im Hinblick auf die weitere demokratische Entwicklung des Landes nach dem Krieg. Entscheidend ist dabei, dass die Arbeit nicht nur die positiven Effekte der Möglichkeit demokratischer Teilhabe hervorhebt, sondern sich auch dem damit verbundenen Frustrationspotenzial und enttäuschenden Momenten widmet.

Die Datengrundlage von Schmäings Arbeit bilden digitale Ethnographie sowie qualitative Tiefeninterviews mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Akteur*innen. Diese liefern eine Fülle empirischer Einblicke, die umfassend beschrieben und ausgewertet werden. Die Analyse anhand qualitativer Methoden erfolgt äußerst reflektiert.

Bei Schmäings Dissertation handelt es sich um eine spannend zu lesende, wissenschaftlich sehr hochwertige Arbeit, die das gewählte Thema überzeugend behandelt. Sie schafft damit eine fundierte Grundlage, auf der weitere Forschungen aufbauen können. Die Arbeit ist damit mehr als preiswürdig und wir gratulieren Sophie Schmäing herzlich zum Klaus-Mehnert-Preis 2023!

Gwendolyn Sasse, Joachim von Puttkamer

Karin-Wolff-Preis

Der Karin-Wolff-Essaypreis der DGO richtet sich an Bachelor- und Masterstudierende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Mit dem Preis sollen junge Menschen ermuntert werden, sich am Dialog über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ostmittel- und Osteuropa zu beteiligen.

2024 lautet das Thema: „Wem gehört die Kultur?“

Wir gratulieren dem diesjährigen Preisträger **Noah Paul Westermayer!** Sein Beitrag „Wer sind ‚die Unseren‘? Eine Suche nach der Eigentümerschaft von Identität in Osteuropa“ konnte die Jury überzeugen.

Den Gewinnertext können Sie auf unserer Website nachlesen: <https://tinyurl.com/karin-wolff-preis-2024>



Noah Westermayer

Auszug aus der Laudatio

Wem gehört die Kultur? hat die DGO in diesem Jahr in der Ausschreibung des Karin Wolff Preises gefragt. Die Frage ist ein bisschen gemein. [...] Denn es ist gar nicht so einfach, in ganz einfachen Worten über eine so komplexe Frage zu sprechen. Oder? [...]

Noah Westermayer führt in seinem Essay gleich zu Beginn ganz leichfüßig in unterschiedliche Kulturen, unterschiedliche kulturelle Codes und in (post-)imperiale Diskurse ein und verbindet sie mit denen nach Identität und Zugehörigkeit. [...]:

„Früher dachte ich, Russland sei ein kultureller Monolith. Diese Vorstellung löste sich jedoch schnell auf, als ich in die facettenreiche Struktur der russischen Gesellschaft eintauchte. Ich entdeckte nicht nur Russen, sondern eine Vielzahl ethnischer Gruppen wie Tataren, Baschkiren, Nenzen und viele weitere. Jede Gruppe fügte dem kulturellen Mosaik ihren eigenen Farnton hinzu und brachte die Idee einer homogenen nationalen Kultur erheblich ins Wanken.“

Noah Westermayer geht noch einen Schritt weiter: Der monolithischen Kultur und autoritären Kulturpolitik stellt er kulturelle Subversion und Freiheit entgegen, der kanonisierten Kultur die

„... wummernden Hip Hop Beats, [...] kraftvollen Protest- und Sehnsuchtstexte russischer Kunstschafter. [...] Der russische Rap zeigt die Vielschichtigkeit der heutigen russischen Kultur und ihrer „Eigentümer“. Das Lied „Naše dviženie“ („Unsere Bewegung“) von Noize MC etwa ... ist ein Echo des Protests, der sich gegen die vom Kreml gesteuerte Jugendbewegung „Naši“ („Unsere“) richtet.“ [...]

Und natürlich richtet er den Blick in die Ukraine:

„Der Ruf „Wir können niemals Brüder“ sein, der während der Revolution der Würde, dem

Euromajdan im Jahr 2014, entstand und über die Grenzen des Landes hinaus hallte, war mehr als nur ein Slogan. Er stellte archaische Vorstellungen von einer vermeintlichen „Einheit“ in Frage und entlarvte die gewalttätige russische Perspektive auf die Ukraine als „Kleinrussland“. Was die überwältigende Mehrheit der Menschen in der Ukraine davon hielt, zeigte sich einmal mehr als Reaktion auf die volumnägliche russische Invasion: Einige meiner ukrainischen Freunde, die zuvor hauptsächlich Russisch gesprochen hatten, wechselten nun bewusst zur ukrainischen Sprache. Dieser Wechsel war mehr als nur ein sprachlicher – es war ein Ausdruck von Identität, Widerstand und Zugehörigkeit.“ [...]

In Alltagsszenen zeigt Noah Westermayer sehr eindrucksvoll auf, wie Kultur, Sprache, Text ... zur Identifikation dienen, Kultur und Identität zusammenhängen und damit auch zur Zielscheibe werden können – wie derzeit in Russlands Angriffskrieg in der Ukraine.

Die Frage „Wem gehört die Kultur?“ beantwortet er nicht direkt, sondern indirekt, ein „*ständiges Fließen und Überlagern*“ stellt er fest. Dass KULTUR zwar gemacht ist, dies aber nicht völlig willkürlich ist, unterstreicht er, indem er historische wie gegenwärtige Aushandlungsprozesse anschaulich beschreibt, und interne wie externe Faktoren für bestimmte Entwicklungen betrachtet. Er tut dies kenntnisreich, als Student der Interdisziplinären Osteuropastudien, ohne Angst, eigene Wissenslücken zu benennen, die er mit Neugier und Wissensdurst wieder füllt.

In einer sehr zugänglichen, lockeren Sprache, mit Empathie, Respekt und Aufgeschlossenheit nähert er sich äußerst souverän seinem komplexen Gegenstand. Die Jury verleiht Noah Westermayer dafür den Karin Wolff Preis 2024.

Herzlichen Glückwunsch!

Tamina Kutscher

Veröffentlichungen

Bohn, Thomas M.: *Russian Historiography from 1880 to 1905. Pavel N. Miliukov and the Moscow School*. New York: Berghahn Books, 2024.

Brandt, Peter / **Segert**, Dieter / **Weisskirchen**, Gert (Hrsg.): *Doppelter Geschichtsbruch. Der Wandel in Osteuropa nach der Helsinki-Konferenz 1975 und die Zukunft der europäischen Sicherheit*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2024.

Davitashvili, Gvantsa / **Kruessmann**, Thomas / **Machtidze**, Ivanna: *The 'New' Geopolitics in the Caucasus: What Role for the EU?* European Studies in the Caucasus Bd. 4. Hannover, Stuttgart: ibidem, 2024.

Franz, Norbert P.: *Der russische Krimi. Buch und Film. Von Škljarevskij bis Akunin*. Potsdam: Universitätsverlag, 2024.

Fuess, Albrecht / **Hein-Kircher**, Heidi / **Obertreis**, Julia (†) / **Rohdewald**, Stefan (Hrsg.): *Mobility Dynamics between Eastern Europe and the Near East. Exploring a Cross-Regional Shared History*. Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa Bd. 96. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2024.

Geißendorfer, Katharina: *Das „deutsche Handwerk“ als Idee und Instrument der deutschen Aufbauhilfe im Russland der 1990er Jahre. Translation, Transfer und Ideologisierung*. Ost-West-Express. Kultur und Übersetzung Bd. 48. Berlin: Frank & Timme, 2024.

Günther, Clemens / **Schwartz**, Matthias (Hrsg.): *Documentary Aesthetics in the Long 1960s in Eastern Europe and Beyond*. Studies in Slavic Literature and Poetics Bd. 67. Leiden: Brill, 2024.

Gutbrod, Hans / **Wood**, David: *Ethics of Political Commemoration. Towards a New Paradigm. Twenty-first Century Perspectives on War, Peace, and Human Conflict*. Cham: Palgrave Macmillan, 2023.

Hallensleben, Barbara / **Zwahlen**, Regula / **Papanikolao**, Aristotle / **Kalaitzidis**, Pantelis (Hrsg.): *Building the House of Wisdom. Sergii Bulgakov and Contemporary Theology: New Approaches and Interpretations*. Epiphania Bd. 19. Münster: Aschendorff-Verlag, 2024.

Horvat, Lea: *Harte Währung Beton. Eine Kulturgegeschichte des jugoslawischen Massenwohnungsbaus im sozialistischen Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten*. Das östliche Europa: Kunst- und Kulturgegeschichte Bd. 16. Köln: Böhlau, 2024.

Hüchtker, Dietlind / **Kraft**, Claudia (Hrsg.): *Ukraine. L'Homme*. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft 1/35 (2024). Göttingen: V&R unipress, 2024.

Kasper, Karlheinz: *Lew Lunz und die Serapionsbrüder von Petrograd. Nach Westen oder weiterhin „à la russe“?* (Slawistik, Band 10). Berlin: Frank & Timme, 2024.

Lukas, Reinald: *Mensch bleiben in der Arbeitswelt. Zur Geschichte der Gemeinsamen Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau (GSA)*. Schriften des Netzwerkes zur Erforschung des Sozialen Protestantismus. Berlin, Münster, London, Wien, Zürich: LIT Verlag, 2024.

Meienberger, Alexander: *Die Stiftung „Russkij mir“. Ideologie, Ziele und Netzwerk*. Osteuropa in Geschichte und Gegenwart Bd. 12. Köln: Böhlau Verlag, 2024.

Musekamp, Jan: *Shifting Lines, Entangled Borderlands. Mobilities and Migration along the Prussian Eastern Railroad*. Bloomington: Indiana University Press, 2024.

Neef, Christian: *Das Schattenregime. Wie der sowjetische Geheimdienst nach 1945 Deutschland terrorisierte*. Berlin: Propyläen, 2024.

Nicolosi, Riccardo / **Schwartz**, Matthias (Hrsg.): *Jenseits der Nostalgie? Neuaneignungen des Spätsozia-*

[lismus in osteuropäischen Gegenwartskulturen](#). Wiener Slawistischer Almanach Bd. 90. Berlin: Peter Lang, 2024.

Nolte, Hans-Heinrich: [Geschichte Russlands](#). 4. Auflage. Stuttgart: Reclam, 2024.

Panagiotidis, Jannis / **Petersen**, Hans-Christian: [Anti-osteuropäischer Rassismus in Deutschland. Geschichte und Gegenwart](#). Weinheim: Beltz Juventa, 2024.

Perović, Jeronim: [Fuel and Power. Energy, Trade, and Russian Foreign Relations from Lenin to Putin](#). Cambridge: Cambridge University Press, 2024.

Pezoldt, Kerstin / **Koval**, Alexandra: [Internationales Marketing in Transformationsländern](#). München: UVK Verlag, 2023.

Polenz, Ruprecht: [Tu was! Kurze Anleitung zur Verteidigung der Demokratie](#). München: C.H.Beck, 2024.

Romanova, Valentyna / **Umland**, Andreas (Hrsg.): [Ukraine's Decentralization. Challenges and Implications of the Local Governance Reform after the Euromaidan Revolution](#). Hannover, Stuttgart: ibidem, 2024.

Schriek, Wolfgang (Hrsg): [Lew Lunz: Aufruhr. Prosa und publizistische Arbeiten. Lew Lunz: Gesammelte Werke](#) Bd. 1. Berlin: Frank & Timme, 2024.

Siebert, Diana: [Die Territorialisierung der Belarus als BSSR 1918–1941. Politische Willkür, Geografismus oder Ethnizismus?](#) Historische Belarus-Studien Bd. 10. Wiesbaden: Harrassowitz, 2024.

Stach, Stephan: [Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe. Konzepte und Praktiken zur Einbindung nationaler Minderheiten in Piłsudskis Polen \(1926–1939\)](#). Polen: Kultur – Geschichte – Gesellschaft Bd. 4. Göttingen: Wallstein Verlag, 2024.



Junge DGO im 2. Halbjahr 2024

Wir schauen auf eine ereignisreiche erste Hälfte des Jahres 2024 zurück. Wir blicken aber auch weiterhin besorgt auf weltweite Entwicklungen und Konflikte und sind froh über unsere Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten innerhalb der Jungen DGO, dank derer wir turbulente Zeiten diskutieren und gemeinsam bewältigen. Nach vielen tollen Veranstaltungen 2023 und in der ersten Hälfte von 2024 steht die Junge DGO im weiteren Verlauf des Jahres vor einigen personellen und strukturellen Veränderungen.

Auf der Mitgliederversammlung im März erfolgte die Wahl von Ariana KRAVCHUK und Phillip SCHROEDER als neue Sprecher*innen der Jungen DGO. Ariana promoviert im Bereich Slavistik an der TU Dresden und bringt einige Erfahrung im Projektmanagement mit. Phillip promoviert in Osteuropäischer Geschichte in Düsseldorf und kennt die Junge DGO schon gut über seine bisherigen Tätigkeiten in der ehemaligen AG Kommunikation. Beide haben sich nach ihrer Wahl in Berlin getroffen, um ihre Amtszeit zu planen und ihre Zusammenarbeit zu starten.

Auch aus den Regionalgruppen und AGs gibt es einiges zu berichten. Die RG Berlin/Brandenburg organisiert weiterhin ihren regelmäßigen Chai & Piwo Stammtisch. Tom-Aaron ASCHKE, Sprecher der Regionalgruppe, hat zudem eine Führung durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen organisiert

und die RG will über solche Formate in Zukunft mehr Angebot zur Berufsorientierung schaffen. Die RG München (Matthias MELCHER, Paul PRIMBS) hat eine Reihe „Do's and Don'ts“ in Kooperation mit der Münchner Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien organisiert – sie berichten gesondert davon. Darüber hinaus hat die RG gemeinsam mit AMUROST e.V. eine digitale Reihe „Küchenge-spräche“ organisiert, bei der sich Studierende, Promovierende und Alumni vernetzen können. Auch regelmäßige Stammtische und Filmabende hat es weiterhin gegeben. Wir dürfen uns auf die spannenden Pläne der RG (in ihrer neuen Struktur) für das weitere Jahr freuen. Die RG Rheinland hat ebenfalls weiter Stammtische durchgeführt und im Juni eine Lesung und ein Gespräch mit Heinrich Kirschbaum über die Revolution in Belarus mitorganisiert.

Insgesamt stehen einige Regionalgruppen zur Zeit vor Herausforderungen: Durch die Fluktuation der Mitglieder werden sich mit der neuen Ausschreibungsrede Veränderungen ergeben. Wir freuen uns über zwei neue Regionalgruppen in Gießen/Marburg (Anastasia MARSHEVA, Sofiia RIABOKON) und in Hamburg/Lüneburg (Annemarie POLHEIM, Igor BIBERMAN), wodurch sich neue regionale Schwerpunkte ergeben. Zudem werden die Regionalgruppen Bamberg/Erlangen und München in Zukunft als eine Regionalgruppe Bayern agieren und das ganze Bundesland bespielen. Wir freuen uns auf spannende Veranstaltungen in ganz Bayern, in Gießen, Marburg, Hamburg und Lüneburg und natürlich weiterhin in Berlin/Brandenburg.

In den AGs gibt es auch Bewegung: Die AG Internationalisierung (Magdalena ERIKSRÖD-BURGER, Alexander MEIENBERGER, Niklas PLATZER) hat im Juni 2024 ihren ersten Workshop in Wien organisiert, um die weiteren Ziele und Aktivitäten der AG zu besprechen und am 28. Juni 2024 in Kooperation mit dem Late Habsburg Studies PhD Network einen öffentlichen Vernetzungs-Workshop an der Universität Wien durchgeführt. Die im letzten Jahr gegründete AG hat damit ihre Arbeit intensiviert und wir können uns auf weitere spannende Formate und Vernetzungsmöglichkeiten freuen. Die AG Diversität und Chancengleichheit (Luisa KLATTE, Rebekka PFLUG) hat online einen Workshop zu sozioökonomischer und geographischer Herkunft organisiert und ist nun dabei, weitere Workshops zu Schlüsselqualifikationen für die Mitglieder der Jungen DGO zu planen. Die AG Veranstaltungen (Tila DE ALMEIDA MENDONÇA) arbeitet zur Zeit vor allem an der Durchführung des Young Research Forum, wo Studierende und Promovierende ihre Abschlussarbeiten vorstellen können. Es findet seit April in regelmäßigen Abständen online statt. Die AG Mentoring arbeitet zur Zeit mit Hochdruck an der Realisierung einer neuen Runde in unserem etablierten Mentoringprogramm.

Wir danken unseren aktiven und engagierten Mitgliedern für ihre tolle Arbeit und die vielen Veranstaltungsformate und blicken gespannt auf das zweite Halbjahr 2024. Wir wünschen den Regional- und Arbeitsgruppen viel Erfolg bei ihren Vorhaben.

To Do Or Not To Do?

Münchener Regionalgruppe der Jungen DGO testet innovatives Veranstaltungsformat

von Matthias Melcher

Im ersten Halbjahr führte die Regionalgruppe der Jungen DGO in München gemeinsam mit der dortigen Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien eine mehrteilige Workshopreihe unter dem Titel „Do's and Don'ts“ durch. In diesem Format sollten etablierte Wissenschaftler*innen Promovierenden und fortgeschrittenen Studierenden in einem informellen Rahmen praktische Tipps und Know-How weitergeben. Und zwar dazu, was man für eine wissenschaftliche Karriere tun sollte, und was man vielleicht lieber lässt – Do's and Don'ts.

Der Schwerpunkt lag dabei, neben einem kurzen Impuls vortrag der Referent*innen, auf dem direkten Austausch. In kleiner Runde von maximal zehn Personen, begleitet von Kaffee und Keksen, ergaben sich in allen fünf Veranstaltungen der Serie fruchtbare Gespräche. So erfuhren die Teilnehmenden beispielsweise von Martin SCHULZE WESSEL, auf was es bei der Interaktion mit Medien ankommt. Schulze Wessel, der selbst zahlreiche Essays geschrieben und Interviews gegeben hat, bekräftigte, dass die Fokussierung auf ein bestimmtes Format für publizistische Veröffentlichungen durchaus sinnvoll ist. Bei diesem „Do“ stimmte auch Julia BURKHARDT zu: Persönliche Verrenkungen für Ansprüche der

Medien wären keine gute Idee; während die einen vor der Kamera aufblühen, ist für andere der geschriebene Feuilleton-Essay das Mittel der Wahl. Mit ihr diskutierten die Promovierenden über den gestiegenen Publikationsdruck im Sinne eines „publish or perish“-Mindsets. Ähnlich wie Jan DOLLBAUM hob Burkhardt hervor, dass im Wissenschaftsbetrieb Qualität immer vor Quantität geht.

Dollbaum setzte seinen Schwerpunkt auf den Umgang mit Peer-Review-Feedback und ermutigte die Teilnehmenden auch bei umfangreicher Kritik oder abgelehnten Aufsätzen, den Kopf nicht in den Sand zu stecken. Wiewohl er die Relevanz des Ernstnehmens konstruktiver Kritik im Sinne einer dialogischen Wissenschaftskultur unterstrich, machte er gleichzeitig deutlich, dass auch Doktorand*innen mit ihren Artikeln etwas zu sagen haben und im Bereich ihrer jeweiligen Dissertationen durchaus Expertise für sich beanspruchen dürfen. Beim Gespräch mit Máté RIGÓ stand der Vergleich unterschiedlicher akademischer Systeme im Vordergrund. Außerdem diskutierten die Promovierenden mit Rigó über die Bedeutung des Englischen als Wissenschaftssprache und die Relevanz von englischsprachigen Veröffentlichungen im globalen Wissenschaftsbetrieb. Tipps und Tricks für das Halten von Konferenzvorträgen und das Agieren auf Konferenzen allgemein hatte Svetlana EFIMOVA für ihr Publikum parat.

Die Workshopserie vermittelte eine bunte Palette an informellem Wissen anhand konkreter Beispiele, sodass die Teilnehmenden resümierten: der direkte Austausch im Wissenschaftsbetrieb ist auf jeden Fall ein „Do“.

Veranstaltungen der Workshopreihe „**Do's and Don'ts**“ in Kooperation mit der Münchener Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien

- [Interacting with media as an area studies expert](#)
(Martin Schulze Wessel)
- [Giving a Conference Talk](#)
(Svetlana Efimova)
- [Navigating Global Academia: How to make your research internationally visible and recognizable](#)
(Máté Rigó)
- [Surviving Peer Review](#)
(Jan Dollbaum)
- [Publish or Perish?](#)
(Julia Burkhardt)

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Personalien

Zum 8. Januar ist **Regina Elsner** zur Professorin für Ostkirchenkunde und Ökumenik an der Universität Münster berufen worden. Sie folgt dabei auf den ehemaligen Geschäftsführer der DGO, Thomas Bremer, der den Lehrstuhl seit 1999 innehatte. Regina Elsner war ab 2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin im interdisziplinären Forschungsverbund „Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus“ am Ökumenischen Institut in Münster und hat 2017 mit einer Arbeit über die historischen und theologischen Herausforderungen der Russischen Orthodoxen Kirche im Verhältnis zur Moderne promoviert. Von 2017 bis 2023 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin tätig. In ihrer neuen Position widmet sich Regina Elsner vor allem den Themen Orthodoxer Sozialethik, politische Theologie sowie den Auswirkungen orthodoxer Migrationsprozesse durch Russlands Krieg in Europa. Sie übernimmt zudem die Co-Leitung der DGO-Zweigstelle in Münster.

Moritz Florin wurde zum neuen Leiter der DGO-Zweigstelle Erlangen/Nürnberg ernannt. Er vertritt derzeit den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt der Geschichte Osteuropas an der Universität Erlangen-Nürnberg. Nach seiner Promotion an der Universität Hamburg mit einer Arbeit zum sowjetischen Zentralasien hat er unter anderem Forschungsaufenthalte an Deutschen Historischen Instituten in London, Paris und Moskau sowie an der Stanford University absolviert. 2023 folgte die Habilitation zum Thema „Globalgeschichte politischer Gewalt in den Jahren 1880–1914“, für die er den Habilitationspreis der Universität Erlangen-Nürnberg erhielt. Florin forscht zur transregionalen und globalen Geschichte des Russischen Reichs und der Sowjetunion mit Schwerpunkten in der Geschichte Zentralasiens und des Nordkaukasus, zur Geschichte von Medien und Gewalt sowie zuletzt zur Geschichte der NS-Zwangsarbeit. Er folgt als Zweigstellenleiter auf die im vergangenen

Jahr verstorbene **Julia Obertreis**, die diese Position seit 2013 mit großem Engagement bekleidet hatte.

Mischa Gabowitsch ist seit diesem Jahr Professor für Mehrsprachigkeit und transnationale Studien an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Standort Germersheim). Er promovierte 2007 an der Ecole des hautes études en sciences sociales (EHESS) in Geschichte und Landeskunde (Histoire et civilisations) in Paris. Im Anschluss war Gabowitsch u.a. Cotsen Post-Doctoral Fellow an der Princeton University Society of Fellows und Lecturer im Department of Sociology sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter am Einstein Forum Potsdam und Lise Meitner Fellow am Research Center for the History of Transformations (RECET) an der Universität Wien. Sein Forschungsinteresse liegt auf Gedenkpraktiken, Kriegsdenkmälern und Militärfriedhöfen sowie Protest und soziale Bewegungen. Aktuell befasst er sich mit der Geschichte der sowjetischen Kriegsdenkmäler sowie mit Vergangenheit und Gegenwart (post-)sowjetischer Praktiken des Kriegsgedenkens. Zuletzt hat er gemeinsam mit Mykola Homanyuk ein Buch mit dem Titel „Monuments and Territory: War Memorials in Russian-Occupied Ukraine“ verfasst, das Ende 2024 beim Verlag Central European University Press erscheint.

Auch die DGO-Zweigstelle Bochum erhält ein neues Leitungsteam. **Yvonne Pörzgen** ist Professorin für Slavistik am Seminar für Slavistik & Lotman-Institut der Ruhr-Universität Bochum. Sie wurde 2006 mit der Arbeit „Berauschte Zeit. Drogen in der russischen und polnischen Gegenwartsliteratur“ in Bamberg promoviert und war danach u.a. an der Universität Bremen tätig. Dort wurde Pörzgen 2018 mit der Habilitationsschrift: „Ästhetik des Zweifels. Der freie Wille bei Fedor Dostoevskij, Stanisław Lem und Meša Selimović“ habilitiert. Von 2020 bis 2022 war sie Geschäftsführerin des Instituts für Europastudien an der Universität Bremen sowie Redakteurin des Online-Lexikons am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte im östlichen Europa

(BKGE) in Oldenburg, bevor sie den Ruf nach Bochum annahm. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Phantastik, Psychedelik, Willensfreiheit und das kulturelle Gedächtnis. Kürzlich hat sie einen Sammelband zur ukrainischen Gegenwartsliteratur herausgegeben.

Ebenfalls Teil des neuen Leitungsteams der Zweigstelle Bochum ist **Sören Urbansky**. Er ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Von 2018 bis 2023 arbeitete er am Deutschen Historischen Institut Washington, zunächst als Research Fellow in Washington, DC, und seit 2021 als Leiter des Pazifikbüros an der University of California, Berkeley. Zuvor lehrte und forschte Urbansky unter anderem an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, der Ludwig-Maximilians-Universität München und der University of Cambridge. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion seit dem 19. Jahrhundert, der russisch-chinesischen Beziehungen, Geschichte Sibiriens und der Mandschurei, Geschichte von Imperien, Grenzen, Infrastrukturen, Migration und Rassismus. Yvonne Pörzgen und Sören Urbansky übernehmen die Leitung der Zweigstelle von **Agniezka Zagaczyk-Neufeld**, bei der wir uns herzlich für ihre langjährige Arbeit bedanken.

Das Deutsche Historische Institut Warschau hat seit dem 1. April eine neue Direktorin. **Magdalena Saryusz-Wolska** übernimmt die Position von Miloš Řezník. Sie war dort bereits seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin. Davor war sie von 2010 bis 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften und Koordinatorin des Projekts „Modi memoriandi. Lexikon zur Erinnerungskultur“. 2016 wurde sie an der Universität Warschau mit dem Thema: „Ikonen der Normalisierung. Visuelle Kulturen Deutschlands 1945–1949“ habilitiert und hatte von 2018 bis 2020 eine Gastprofessur und Forschungsstipendium der Alexander von Humboldt Stiftung an der Johannes Gutenberg

Universität-Mainz inne. Saryusz-Wolska forscht zur Film- und Mediengeschichte nach 1945, visuellen Kulturen, dem kollektiven und kulturellen Gedächtnis und befasst sich mit Rezeptionsforschung. Aktuell leitet sie das Projekt „Infrastrukturen des kollektiven Gedächtnisses“.

DAAD geförderte Zentren in Frankfurt (Oder)/Berlin und Regensburg stärken die Ukraine-Studien in Deutschland

Der *Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD)* fördert den Aufbau von zwei Zentren für interdisziplinäre Ukrainestudien an deutschen Hochschulen. Durchsetzen konnten sich der *Kompetenzverbund Interdisziplinäre Ukrainestudien Frankfurt (Oder) – Berlin (KIU)* sowie der *Denkraum Ukraine* (Regensburg). An beiden Projekten sind DGO-Mitglieder federführend beteiligt. Wir haben mit Susann WORSCHECH, wissenschaftliche Koordinatorin des KIU und Mitglied des DGO-Vorstands sowie den Co-Sprecher*innen des Denkraum Ukraine, Guido HAUSMANN (Leiter der DGO-Fachgruppe Geschichte) und Mirja LECKE gesprochen.

Kompetenzverbund Interdisziplinäre Ukrainestudien Frankfurt (Oder) – Berlin (KIU)



Der Kompetenzverbund KIU ist ein Projekt zur Stärkung von Forschung und Lehre zur Ukraine sowie zur Förderung von Vernetzungs- und Transferaktivitäten. Zu dem von der Europa-Universität Viadrina initiierten und geleiteten Kompetenznetzwerk gehören das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), die Humboldt-Universität zu Berlin, die Freie Universität Berlin, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften sowie das Wissenschaftskolleg Berlin.

Mit dem KIU soll ein sichtbares Zentrum für ukrainebezogene Lehre und Forschung entstehen. Auf der Grundlage einer engen wissenschaftlichen Zusammenarbeit in der deutschen Hauptstadtregion und im internationalen Rahmen sollen innovative Forschung, neue Studiengänge und ein erfolgreicher Transfer von ukrainerele-

�antem Wissen in und zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewährleistet werden.

DGO: An der Viadrina gab es schon vor Beginn des umfassenden russischen Angriffskriegs 2022 zahlreiche Aktivitäten zur Förderung und Verbreitung von Forschung, Lehre und Wissen über die Ukraine. Worauf kann das KIU dabei aufbauen und welche neuen Schwerpunkte sollen gesetzt werden?

Susann Worschech: Die Ukraine ist an der Viadrina schon seit über 15 Jahren ein Forschungsthema – im Zuge unserer klaren Ausrichtung auf Europa und insbesondere unsere östlichen Nachbarn gab es seit Mitte der 2000er Jahre einzelne Projekte und Dissertationen zur Ukraine. Zudem ist die Mohyla-Akademie (*Nationale Universität Kiew-Mohyla Akademie, Anm. d. Red.*) seit dieser Zeit unsere Partnerhochschule. Ab 2014 hat sich dieser Fokus intensiviert – mit einer regelmäßigen ukrainischen DAAD-Gastdozentur, der jährlichen Sommerschule *Viadrinicum*, zahlreichen Exkursionen in die Ukraine und mit der Einrichtung der Professur *Entangled History of Ukraine*. Seit dem Beginn der russischen Vollinvasion haben wir, wie viele Hochschulen, ukrainische Wissenschaftler*innen aufgenommen und unsere Zusammenarbeit auch in Projekten intensiviert – das EU-geförderte Forschungsnetzwerk ValEUs (*Research & Education Network on Contestations to EU Foreign Policy, Anm. d. Red.*) ist ein großartiges Beispiel einer solchen transnationalen Kooperation.

Die Arbeit des KIU knüpft hier natürlich an und kann auf viele etablierte Kooperationen aufbauen. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Partnerunis und einem breiten internationalen Netzwerk wollen wir die Forschung und Lehre zur Ukraine in Europa auf ein neues Niveau heben. Dazu gehört, dass man Ukrainian Studies auch studieren kann – hier arbeiten wir gerade daran, ein Zertifikatsprogramm aufzubauen, das neben Sprachkenntnissen ein breites kulturwissenschaftliches Kursspektrum zur Ukraine abdeckt. Wir haben die Möglichkeit, regelmäßig Gastwissenschaftler*innen aus aller Welt einzuladen und somit ein großes Forschungsnetzwerk aufzubauen, in dem sich weitere Kooperationen und Projekte ergeben können – und natürlich viele Publikationen, Medienbeiträge oder auch Podcasts. Und wir werden ab 2025 ein Graduiertenprogramm auflegen, sodass wissenschaftliche Qualifikationen zur Ukraine gefördert werden.

DGO: Was ist das Besondere am KIU?

Worschech: Das Besondere ist zunächst unsere Struktur: Unser Projekt integriert sechs wichtige Institutionen im Berlin-Brandenburger Raum, nämlich neben der Viadrina das *Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)*, die *Humboldt Universität*, die *Freie Universität*, das *Wissenschaftskolleg zu Berlin* sowie die *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften*. Öffentliche Veranstaltungen, Forschungskooperationen und das Lehrangebot erstrecken sich damit über viele Institutionen und Orte – das ist vor allem auch deshalb wichtig, weil wir viele Studierende und eine breite Öffentlichkeit ansprechen wollen. Deshalb haben wir auch eine Kollegin im Team, die gemeinsam mit dem ZOiS die Wissenschaftskommunikation voranbringt. Wir möchten Wissen und Verständnis in Bezug auf Osteuropa und die Ukraine, auf ihre komplexe Geschichte und ambivalente Gegenwart in der Gesellschaft verbreiten und dem Nichtwissen, sowie den Fehlinformationen und den Fake News mit unserer Forschung entgegenwirken.

DGO: Sie beschäftigen sich wissenschaftlich schon lange mit der Ukraine. Was war Ihre Motivation, sich mit dem Land zu befassen und was hat Sie angetrieben, das KIU auf den Weg zu bringen?

Worschech: Als Sozialwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Politische Soziologie faszinierten mich Prozesse, in denen Gesellschaften ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen – Revolutionen, Demokratisierung, Partizipation, gesellschaftliche Selbstorganisation, dafür brenne ich. Als im November 2004 sich die Menschen mit orangenen Bändern und Fahnen auf dem Maidan versammelten und gegen den Wahlbetrug Janukowitschs protestierten, war ich schwer beeindruckt. Seitdem hat meine Faszination für die Ukraine nie nachgelassen, ganz im Gegenteil. Die Herausbildung von informellen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, die vielfach staatliches Handeln ersetzen, die Kraft, aber auch die Ambivalenz, die in einer solchen Entwicklung liegen, können einen als Soziologin ja gar nicht kalt lassen. Seit 2014 hat sich eine unglaubliche gesellschaftliche Dynamik entwickelt, mit viel Selbstorganisation aber ebenso einer ausgeprägten Institutionskapsis – wie kann sich aus dieser Hybridität eine funktionierende Demokratie entwickeln? Sind hybride zivilgesellschaftlich-staatliche Organisationsformen gefährlich für die Demokratie, oder vielleicht sogar ihre



Susann Worschech ist die wissenschaftliche Koordinatorin des Kompetenznetzwerks Interdisziplinäre Ukrainistik Frankfurt (Oder) – Berlin. Als Sozialwissenschaftlerin beschäftigt sie sich seit mehr als 15 Jahren mit der Ukraine. Sie forscht unter anderem zu Protest, Partizipation, Demokratie und politische Interaktion im post-sozialistischen Europa. Susann Worschech ist Mitglied des DGO-Vorstands.

Rettung vor Populismus, Polarisierung und Agonie? Oder folgt auf großes Engagement eine große Erschöpfung, welche autoritäre Herrschaftsmuster begünstigt? All diese spannenden Fragen kann man am Beispiel der Ukraine analysieren, und die Antworten sind für ganz Europa wichtig. Und dabei habe ich von sicherheitspolitischen Fragestellungen, internationaler Kooperation, ökonomischer Verflechtung noch gar nicht gesprochen.

Vor diesem Hintergrund war es schon lange mein Wunsch, die Ukraineforschung in Deutschland zu stärken und gerade in meiner eigenen Disziplin, der Soziologie, für den Blick nach Osten zu werben. Auch in der Soziologie sind ‚Area Studies‘ nicht sonderlich beliebt – dabei machen ja eigentlich alle, die empirisch arbeiten, area studies, nur halt oftmals bezogen auf das eigene Land, die eigene Gesellschaft, ohne, dass bestimmte Vorausnahmen immer so explizit gemacht werden.

Dass Frankfurt (Oder) und die Viadrina der richtige Ort sind, um Ukraine-Studien aufzubauen, liegt für mich auf der Hand. Wo, wenn nicht hier, wo der Osteuropa-Blick zum Gründungsauftrag der Universität gehört und seit Jahrzehnten auf das Engste mit Polen und auch mit Ukraine zusammengearbeitet wird, sollte man Ukraine-Studien langfristig etablieren?

DGO: Welche langfristigen Ziele verfolgt das KIU? Und was braucht es auf lange Sicht, um die Ukrainestudien in Deutschland stärker zu verankern?

Worschech: Ich würde mich freuen, wenn es künftig mindestens in Frankfurt (Oder) und Regensburg möglich sein würde, Ukrainian Studies zu studieren – natürlich interdisziplinär, mit geschichts-, sozial-, wirtschafts-, sprach-, gern auch rechtswissenschaftlichen Aspekten. Und diese Ukrainian Studies könnten auch in einen Kontext breiter angelegter Europastudien eingebettet sein – ich glaube, da gibt es großen Bedarf, sozusagen „The Big Picture“ europäischer und globaler Zusammenhänge zu verstehen. Was in meiner Sicht eine ganz wichtige gemeinsame Aufgabe ist, die über Regensburg und Frankfurt/Berlin hinausgeht, ist die Institutionalisierung der Ukraine-Forschung. Unsere beiden Zentren werden für vier Jahre gefördert, aber was kommt dann? Werden wir es schaffen, nachhaltige akademische Strukturen aufzubauen – Professuren, Institute, Kooperationen? Und wird es auch für andere Hochschulen und Fakultäten interessanter werden, Professuren mit einem Ukraine- oder Osteuropa-Schwerpunkt einzurichten, gerade in solchen Disziplinen wie Recht, VWL, Soziologie, Politikwissenschaft? Erst, wenn es eine Anerkennung dafür gibt, dass „Area Studies“ kein zu belächelndes Randthema sind, sondern dass wir von Prozessen, die in der Ukraine und in Osteuropa stattfinden, sehr viel Grundsätzliches lernen können, können wir von einer wirklichen Verankerung sprechen. Dahin ist es aber noch ein sehr weiter Weg, auf dem wir viele Partner gewinnen möchten und müssen – Regensburg und Viadrina bzw. der KIU alleine können das nicht schaffen.

Denkraum Ukraine



Das für vier Jahre vom DAAD finanzierte Zentrum für interdisziplinäre Ukrainianstuden – Denkraum Ukraine (DU) – führt die an der Universität Regensburg bestehende vielfältige Kompetenz zu Geschichte, Literatur-Sprache-Kultur, Wirtschaft, Politik und Recht der Ukraine zusammen. Denkraum Ukraine vernetzt wissenschaftliche Expertise zur Ukraine in den Bereichen

Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft und setzt sich zum Ziel, den interdisziplinären Austausch über die Ukraine zu fördern und in die Öffentlichkeit zu vermitteln.

DGO: Welche Strukturen und Aktivitäten mit Ukrainebezug gibt es in Regensburg bereits? Worauf kann der Denkraum Ukraine aufbauen?

Guido Hausmann / Mirja Lecke: An der Universität Regensburg und den mit ihr verbundenen Instituten können wir sowohl auf frühere als auch auf laufende Aktivitäten und Strukturen mit Ukrainebezug aufbauen. Wahrscheinlich haben wir hier sogar ein Alleinstellungsmerkmal. In der Geschichte und der Slavistik wurde zum Beispiel schon seit den 1990er Jahren zu Aspekten der ukrainischen Geschichte und Kultur gearbeitet, am *Institut für Ostrecht* (seit 2007 in Regensburg) gab es ein Länderreferat Ukraine, am *Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)* haben wir 2017 eine *Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Ukraine* aufgebaut und seit 2018 interdisziplinäre Winterschulen mit der *Ukrainischen Freien Universität (UFU)* München und der Slavistik der LMU München durchgeführt. Am Institut für Slavistik fördern wir seit 2020 zusammen mit Oleksandr Zabirko und Sabine Koller die Ukraineforschung. Der *Denkraum Ukraine* profitiert auch von dem sehr dynamischen Institutionenaufbau an der Universität Regensburg in den zurückliegenden Jahren, zum Beispiel der *Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien* (seit 2012), dem *Zentrum für Erinnerungskultur* (seit 2020), dem *Department für interdisziplinäre und multiskalare Area Studies (DIMAS)*, seit 2021 und dem vom IOS 2019 eingeworbenen Leibniz Science Campus *Europe and America in the Modern World*. Diese Dynamik hat dazu geführt, dass wir in Disziplinen wie Geschichte, Sprache und Literatur, Politikwissenschaft, Ökonomie und Recht momentan eine Reihe von Forschungsprojekten und -verbünden mit Ukrainebezug durchführen, die wir für den *Denkraum Ukraine* fruchtbar machen können.

DGO: Welche thematischen Schwerpunkte sollen zu Beginn gesetzt werden?

Hausmann: Wir haben vier thematische Schwerpunkte: Mirja Lecke und ich koordinieren gemeinsam das Themenfeld *Sprache und kulturelles Erbe*, die Politikwissenschaftlerin Cindy Wittke und der Rechtswissenschaftler Herbert Küpper leiten das Themenfeld *Krieg, Frieden und Nachkriegsordnung*. Katrin Boeckh und Ulf Brun-

nbauer, beide Historiker*innen, leiten das Themenfeld *Flucht, Migration und Wertetransfer*, das durch Expertise aus der Theologie ergänzt wird. Schließlich gibt es das Themenfeld *Regionale Vielfalt: Industrie- und Grenzregionen im Vergleich*, das der Literaturwissenschaftler Oleksandr Zabirko und der Betriebswirt Thomas Steger koordinieren. Hier steht vor allem der Donbas als literarischer und ökonomischer Raum im Fokus. Weitere disziplinäre Expertisen bieten Theologen (Dietmar Schon, Ostkircheninstitut der Diözese Regensburg; Andriy Mykhalevko, Katholische Universität Eichstätt) und der Sozialanthropologe Ger Duijzing mit einer vergleichenden Perspektive zu (Post-) Jugoslawien.

Lecke: Ein Hauptaugenmerk liegt während der ganzen Förderperiode auf der Vergabe von incoming und outgoing fellowships und auf der Etablierung eines noch besser sichtbaren Ukraine-Profiles auch in der universitären Lehre, u.a. durch die Einrichtung eines Sprachlektorats für Ukrainisch.

DGO: Sie beschäftigen sich beide schon länger wissenschaftlich mit der Ukraine. Was war ihr anfängliche Motivation dafür und was hat Sie bewogen, das Projekt Denkraum Ukraine mit zu initiieren?

Lecke: Für mich ist die Ukraine seit mehr als zwanzig Jahren ein wichtiges Forschungsthema. Zum einen war für mich von Anfang an ein postkolonialer Fragehorizont wichtig, bei dem die Ukraine im Kräftefeld zwischen polnischer und russisch-imperialer Hegemonie betrachtet wird. Zudem hat mich Odesas multiethnische literarische Moderne fasziniert.

Hausmann: Ich habe die Ukraine seit den frühen 1990er Jahren regelmäßig zu Forschungszwecken besucht, vor allem Odesa und Kyjiw, aber auch viele andere Städte und Regionen. Die Ukraine hat mich im Kontext der Imperialgeschichte Russlands, der vergleichenden Stadtgeschichte und der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte interessiert.

DGO: Was braucht es langfristig, um die Ukrainestudien in Deutschland zu stärken? Welche Rolle kann der Denkraum Ukraine dabei spielen?

Lecke: Die Langfristigkeit institutionalisierter Anstrengungen und die nachhaltige Verankerung in den Lehrstrukturen scheinen mir sehr wichtig zu sein.



Guido Hausmann ist Professor für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Universität Regensburg und leitet den Bereich Geschichte am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg. Er ist Co-Sprecher der

Deutsch-Ukrainischen Historischen Kommission und arbeitet zur Geschichte der Ukraine vom 18. Jahrhundert bis heute. Gemeinsam mit Heidi Hein-Kircher ist er Sprecher der Fachgruppe Geschichte der DGO.



Mirja Lecke ist Professorin für Slavische Literatur- und Kulturwissenschaft an der Universität Regensburg. Zu Ihren Forschungsinteressen zählt u.a. die russische Literatur der imperialen und postsowjetischen Periode in postkolonialer Perspektive sowie russisch-georgische, russisch-polnische und ukrainisch-polnische Verflechtungen in der Literatur. Sie ist stellvertretende Sprecherin der Graduiertenschule Ost- und Südosteuropa in Regensburg.

Dann werden ukrainistische Themen in einer ganzen Gruppe von Disziplinen von Anfang an auch in ihrer Forschungsrelevanz sichtbar und es kann eine kritische Masse an hervorragend ausgebildeten Expert*innen aufgebaut und erhalten werden. Diese sollten international bestens vernetzt sein und doch auch besonders sensibel für spezifisch deutsche Aspekte der kulturellen und historischen Verbindungen mit der Ukraine.

Hausmann: Es gibt in Deutschland Kontinuitäten imperialen Denkens, die es stärker mit Russland als mit der Ukraine verbinden. Außerdem – und in Zu-

sammenhang damit – nur eine schwache emotionale Verbindung mit der Ukraine. Beides kann sich nur längerfristig ändern. Ukrainestudien können dazu beitragen und hängen gleichzeitig von diesem Wandel ab. Sie müssen thematisch vielfältig und auf internationale und interdisziplinäre Kooperation angelegt sein, damit sie innovativ sind und im vergleichenden Zusammenhang wissenschaftliche Beachtung finden. Wir haben mit dem *Denkraum Ukraine* jetzt eine Chance, dazu beizutragen und werden alles dafür tun!

DGO: Welche Spezifika weist der *Denkraum Ukraine* im Vergleich zum ebenfalls geförderten Kompetenzverbund KIU in Frankfurt (Oder) auf? Wo gibt es Überschneidungen und Möglichkeiten für eine Kooperation?

Hausmann: Frankfurt (Oder) und Berlin sind ja ein Kompetenzzentrum oder -netzwerk, wir dagegen ein Denkraum Ukraine! D.h. wir wollen im Austausch Synergien und Perspektiven über disziplinäre Grenzen hinweg gewinnen und entwickeln. Das gilt sowohl für die vier einzelnen multidisziplinären thematischen Schwerpunkte als auch für den ganzen Denkraum. Da alle acht leitenden Personen in ukrainebezogenen Forschungsprojekten oder -verbünden aktiv sind, ergibt sich eine starke und breite Forschungsorientierung. Wir verbinden sie mit einem intensiven internationalen Fellowshipprogramm sowie der Entwicklung von Lehrmodulen zu Ukrainestudien. Auch das Sprachlektorat Ukrainisch wird eine wichtige verbindende Funktion zwischen den Fachdisziplinen und praktischer Ukraine-Kompetenz haben. Die enge Verzahnung dieser Komponenten gehört zu unseren Besonderheiten, mit denen wir international ausstrahlen möchten. Der Standort Regensburg ermöglicht darüber hinaus in besonderer Weise, Ukrainestudien in den vergleichenden area studies zu verorten. Es wäre toll, wenn wir hier neue Wege gehen können. Ich bin mir sicher, dass es dabei immer wieder Kooperationsmöglichkeiten mit den Kolleg*innen in Frankfurt (Oder) und Berlin geben wird.

Gemeinsames Statement von GSCO und DGO zur Zukunft der Professur für Religionswissenschaft (Orthodoxes Christentum) in Erfurt

An der Universität Erfurt gibt es Pläne, die Professur für Religionswissenschaft (Orthodoxes Christentum) nach der Pensionierung des derzeitigen Stelleninhabers nicht wieder zu besetzen oder sogar gänzlich zu streichen. In einem gemeinsamen Statement haben sich die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und die Gesellschaft zum Studium des Christlichen Ostens (GSCO) daher an den Präsidenten der Universität Erfurt gewandt und darum gebeten, diese Pläne zu überdenken.

Das Statement im Wortlaut:

Stellungnahme der Gesellschaft zum Studium des Christlichen Ostens (GSCO) und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) zur Zukunft der Professur für Religionswissenschaft (Orthodoxes Christentum) an der Philosophischen Fakultät der Universität Erfurt

Sehr geehrter Herr Präsident,

wir haben davon Kenntnis erhalten, dass an Ihrer Universität erwogen wird, die an der Philosophischen Fakultät angesiedelte Professur für Religionswissenschaft (Orthodoxes Christentum) nach der Pensionierung des derzeitigen Stelleninhabers nicht wieder zu besetzen oder sogar gänzlich zu streichen. Als Verbände, denen die Osteuropakunde als Fach an deutschen Universitäten ein vorrangiges Anliegen ist, sind wir durch diese Nachricht alarmiert. Wir bitten Sie deshalb nachdrücklich darum, Pläne in dieser Richtung zu überdenken und ggf. auch zu revidieren.

Die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa, hier insbesondere der seit dem 24.02.2022 laufende vollumfängliche Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, haben die Relevanz der Osteuropakunde erneut mit aller Dringlichkeit vor Augen geführt. Die Tatsache, dass die russische Führung als Begründung für diesen Angriff auch die Einheit der Orthodoxie ins Feld führt, zeigt insbesondere, wie wichtig auch ver-

tiefste Kenntnisse über Kirchen- und Religionsfragen in diesem Krieg sind. Es gibt in der deutschen Öffentlichkeit ein erhebliches Informationsdefizit bezüglich Osteuropas, dem sachkundig nur auf der Grundlage solider Forschung begegnet werden kann. Dafür bedarf es Professuren an deutschen Universitäten, die dieser Aufgabe gewidmet sind und über die Geschichte und Kultur Osteuropas informiert Auskunft geben können. Die Professur für Orthodoxes Christentum an Ihrer Universität hat sich in dieser Hinsicht im Verlauf der letzten Jahrzehnte einen exzellenten Ruf erworben. Da hier ein breiter Ansatz in Forschung und Lehre vertreten wird, deckt die Professur nicht nur das orthodoxe Christentum in seinen vielfältigen Facetten (Geschichte, Dogmatik, Liturgie etc.) ab, vielmehr wird es hier auch als Mehrheits- wie auch als starke Minoritätsreligion in seiner kulturprägenden Bedeutung für viele Staaten Osteuropas in den Blick genommen.

Einzigartig wird die Professur für Orthodoxes Christentum an Ihrer Universität dadurch, dass hier die Erforschung im Kontext der Religionswissenschaft an einer Philosophischen Fakultät geschieht. Auf diese Weise wird eine sozial und kulturwissenschaftliche Außenperspektive möglich, die es erlaubt, auch kritische Themen wie das Verhältnis des orthodoxen Christentums zur Moderne ohne vorgängige apologetische Interessen zu untersuchen. In Erfurt ist es in den vergangenen Jahren gelungen, einen solchen dezidiert religionswissenschaftlichen Blick auf die orthodoxe Welt als einen eigenen Forschungsfokus zu etablieren. Der Professur hat das auch international eine hohe Anerkennung verschafft.

In Zeiten, in denen der innereuropäischen Verständigung eine hohe Priorität zukommt, ist es nicht nachvollziehbar, dass eine Professur von der Kürzung bedroht sein soll, die für diesen Verständigungsprozess elementare Voraussetzungen bietet. Das gilt auch für die innerdeutsche Situation, die aufgrund der starken Migrationsbewegungen zunehmend von Gläubigen aus dem Spektrum des orthodoxen Christentums geprägt ist. Um den aktuellen Erfordernissen in Politik und Gesellschaft Rechnung tragen zu können, dürfen Forschung und Lehre auf dem Gebiet des orthodoxen Christentums nicht ab-, sie sollten im Gegenteil weiter ausgebaut werden.

Wir appellieren deshalb an Sie, die Bedeutung der in der deutschen akademischen Landschaft einmaligen Professur für Orthodoxes Christentum an Ihrer Uni-

versität anzuerkennen und sich dafür einzusetzen, dass diese Professur in der bisherigen Form oder ggf. mit einem anderen relevanten Profil, das auch das östliche Europa einschließt, erhalten bleibt.

Bitte beachten Sie, dass wir planen, diesen Brief am Ende dieser Woche zu veröffentlichen.

Für die GSCO

Prof. Dr. Thomas Kremer

Lehrstuhl für Theologie des Christlichen Ostens an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Für die DGO

Ruprecht Polenz Präsident

Veranstaltungsberichte

War Trauma: The Effects on Ukrainian Society and Science

Bericht: Anna Marie Zeitler

Spätestens seit Beginn des vollumfänglichen Angriffs Russlands auf ihr Land im Jahr 2022 sind viele Ukrainer*innen dauerhaft mit Leid und Stress konfrontiert – in der Ukraine selbst oder in der Diaspora. Aber nicht nur diejenigen, die direkt am Kriegsgeschehen beteiligt sind, tragen physische und psychische Schäden davon. Auch wer mit diesen traumatisierten Menschen arbeitet, wird nachweislich beeinträchtigt. Im Rahmen des von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten „Café Kyiv“ haben wir dieses Thema gemeinsam mit dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) aufgegriffen und diskutiert. Beteiligt waren die Soziologin und stellvertretende Direktorin der Forschungssagentur „Info Sapiens“, Inna VOLOSEVYCH, die Koordinatorin des „Ukraine Research Network“ (UNET) des ZOiS, Anastasiya LEUKHINA, sowie die Psychologin und körperorientierte Systemtherapeutin Christa COCCIOLE.

DIE (UN)SICHTBARKEIT VON TRAUMA

Zum Einstieg verweist Moderatorin Gabriele FREITAG auf die besondere Wichtigkeit des Themas psychologischer Traumata. Diese seien anders als etwa materielle Zerstörung, realer Verlust oder Flucht, von außen deutlich sichtbar, sondern müssen als physisch kaum erkennbare Kriegsschäden angesehen werden. Dies gilt auch für mittelbar betroffene Personen, die mit den traumatisierten Menschen zusammenarbeiten. Die Psychologin Cocciole fügt hinzu, dass nicht das Ereignis selbst, sondern die Effekte, die es mit sich bringt, das eigentliche Trauma seien. Beim auslösenden Faktor muss es sich nicht zwingend um eine einzelne prägende Erfahrung handeln – auch langfristiger Stress, dem viele

Betroffene ausgesetzt sind, kann zu einem Trauma führen. Ähnliche Effekte sind bei Therapeut*innen wie Interviewer*innen erkennbar, die ein sog. „*vicarious*

Podiumsdiskussion
19. Februar 2024,
Cafe Kyiv, Colosseum Berlin
In Kooperation mit dem
Zentrum für Osteuropa- und
internationale Studien (ZOiS)

“trauma“ (sekundäre Traumatisierung) erleiden können. Hier differenziert Cocciole zwischen einem Burnout und der Übernahme von Traumata sowie dem Zustand, diesen ständigen ausgesetzt zu sein. Auf Nachfrage erklärt Cocciole, dass die Symptome individuell und nicht generalisierbar sind, häufig dabei jedoch Schlaflosigkeit, Zwangsgedanken sowie innere Unruhe auftreten.

Leukhina verwies auf die klare Differenzierung zwischen für andere erkennbare, physische Verletzungen und psychischem Leidensdruck. Aus persönlicher Erfahrung erzählt sie von einem geplanten *Retreat* für Menschen, die bei ihr zum russischen Angriffs-krieg forschen. Dabei wurde deutlich, dass nicht nur unmittelbar betroffene Ukrainer*innen diese Auszeit brauchten, sondern auch diejenigen, die tagtäglich mit Geschichten der Betroffenen konfrontiert sind. Auch sie sind dauerhaften Leidenserzählungen ausgesetzt.

DER EFFEKT AUF DIE UKRAINISCHE GESELLSCHAFT

Meinungsforscherin Volosevych gibt einen Einblick in die Umfragen, die sie für Info Sapiens zu Einstellungen bezüglich Politik, Gesundheitswesen etc. in der Ukraine durchgeführt hat. Dabei wird deutlich, dass die häufigsten Antworten zur größten Belastung durch den Krieg Arbeitslosigkeit sowie psychische Belastung betreffen. Anhand der signifikanten Unterschiede zwischen der Zahl derjenigen, die eingestehen, therapeutischer Hilfe zu bedürfen, und einer deutlich größeren Zahl an Menschen, die sich eine eher unpersönliche Telefonbetreuung wünschen, schließt sie auf ein Stigma im Hinblick auf die die Äußerung von Leid durch Männer. Auch ist ein deutlicher Unterschied zwischen den Antworten von noch in der Ukraine lebenden Menschen und bereits Geflüchteten zu erkennen. Letztere litten häufiger unter psychischen Problemen. Die Ursache sieht Volosevych in der Tatsache, dass die Personen im Ankunftsland Ruhe finden würden, was die Probleme zum Vorschein kommen lässt. In der Ukraine sei man eher im „Überlebensmodus“.

Wissenschaftler*innen in der Ukraine berichten häufig von dem Gefühl, in der eigenen Arbeit eingeschränkt zu sein, schildert Volosevych. Grund dafür sind Sicherheitsbedenken oder Antriebslosigkeit. Leukhina betont, dass diese Faktoren auch als für die Arbeitswelt generell bedeutsame Probleme behandelt werden

müssen und es mehr Empathie bedürfe. Traumata können schließlich auch in einem „gewöhnlichen“ Leben auftreten. Im Hinblick auf die Lage in der Ukraine plädiert Leukhina für eine kritische Betrachtung des Kämpfer-Narrativs der ukrainischen Bevölkerung, da damit der Eindruck einer Unverwundbarkeit eingeht. So würden Ängste, Schwäche und Sorgen übergehen, um das Bild eines tapferen und stets unverletzlichen Soldaten aufrechtzuerhalten.

DIE ZUSAMMENARBEIT MIT TRAUMATISIERTEN PERSONEN

Die Zusammenarbeit mit traumatisierten Personen vergleicht Leukhina mit einem Minenfeld, in dem zwischen den eigenen und den Triggern der anderen navigiert werden müsse. Ein solcher Trigger kann bereits die Sprache sein, in der ein Interview durchgeführt wird, so Volosevych. An von ihr durchgeführten Interviews in der Ukraine hat eine Mehrheit von 90% in ukrainischer Sprache teilnehmen wollen, nur 10% haben angegeben, lieber auf Russisch zu antworten. Nach wiederholten Beschwerden gegen die Frage nach der Interviewsprache wird nun gefragt, ob sich die befragte Person wohl damit fühle, ukrainisch zu sprechen. Als langjährige Therapeutin erklärt Cocciole, dass die Einzigartigkeit des Traumas und auch die Notwendigkeit einer individuellen Behandlung hieran ersichtlich würden.

PRÄVENTIONSMÖGLICHKEITEN

Die Erfahrung in der Zusammenarbeit mit traumatisierten Ukrainer*innen erinnert Cocciole an ihre Arbeit in Bosnien während des Krieges, bei der sie als Tanztherapeutin tätig war. Sie berichtet, dass es damals mehr um den Forschungsfortschritt und die Ergebnisse ging und die mentale Gesundheit der dort Arbeitenden übergegangen wurden. Trauma Prävention und Behandlung kann nicht ausschließlich mit dem Verweis auf *Self Care* abgetan werden, sondern bedarf der Unterstützung durch Arbeitgeber*innen. Cocciole hätte sich besonders eine prophylaktische Herangehensweise gewünscht, bei der beispielsweise durch Gespräche im Team über das Erfahrene hätte geredet werden können. Leukhina merkt hier die Aktualität der traumatischen Erfahrungen an. Eine ihrer Beschäftigten sprach vor kurzem offen über ihren Kampf mit der Depression, woraufhin man ihr entsprechenden Freiraum und Stressentlastung ermöglichen konnte. Auf solchen Maßnahmen, so Cocciole, sollte der

Fokus liegen. Vorgesetzte sollten Verständnis zeigen, um mögliche Schuldgefühle von Betroffenen zerstreuen und schließlich für eine anschließend höhere Produktivität sorgen zu können. Volosevych merkt an, dass sie für ihre Forschungsprojekte einen Fragebogen entwickelt hat, welchen Bewerber*innen ausfüllen, sodass sie bereits stark vorbelastete Personen passenden Projekte zuordnen kann. Gerade der eigene Arbeitsplatz sollte eine gewisse Erfüllung der eigenen Leidenschaft und nicht ein Albtraum im Alltag bedeuten, erklärt Cocciole. Dabei sollte man auch mit seinem Team und seiner Leitung im ständigen Gespräch bleiben erläutert Volosevych. So kann die häufige Scham, die das Thema mentale Gesundheit bzw. Krankheit begleitet, überwunden werden.

Abschließend verwies Leukhina auf die wichtige Differenzierung zwischen verschiedenen Arten von

Stress. Während kurzzeitiger Stress vor Deadlines förderlich für die Leistung sein kann, ist Langzeitstress, so wie ihn viele traumatisierte Menschen erfahren, belastend und kann sich auf die Leistungsfähigkeit auswirken. Anpassungen in der Arbeitswelt sind nicht nur notwendig sondern auch realisierbar, so Cocciole. Denn Eingliederungsmaßnahmen gäbe es in Deutschland bereits, weniger aber tatsächliche Prophylaxe oder Begleitprogramme.

Die Paneldiskussion ermöglichte neben einem Einblick in die Meinungsforschung in der Ukraine auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema Trauma im psychologischen Sinne. Des Weiteren wurden verschiedene Bewältigungsstrategien und mögliche Triggerpunkte besprochen.

Elections without a choice? Presidential elections in authoritarian Russia and their consequences

Bericht: Anna Marie Zeitler

Vom 15. bis 17. März 2024 fanden in Russland Präsidentschaftswahlen statt – mit absehbarem Ergebnis: Wladimir Putin „gewann“ deutlich. Der Tod Alexei Nawalnys im Februar hatte die Opposition zusätzlich geschwächt, die handverlesenen Gegenkandidaten hatten keine realistische Chance. Einige von ihnen erhielten allerdings überraschend viel Zuspruch. Warum die Wahl trotz aller Vorhersehbarkeit in einem autokratischen System wie Russland dennoch wichtig war und wie (nicht) gewählt wurde, haben DGO-Vizepräsidentin Sabine FISCHER (Stiftung Wissenschaft und Politik) und Margarita ZAVADSKAYA, Sozialwissenschaftlerin am Finnish Institute of International Affairs, im ersten DGO Lunchtalk-Webinar besprochen.

DIE ROLLE DER WAHLEN IM AUTORITÄREN RUSSLAND

Moderator Sebastian LAMBERTZ (DGO) leitet die Diskussion mit der Einschätzung des Historikers Ewgenij Kasakow ein, die Wahlen seien unter anderem für die Sicherung des Regimes durchaus von Bedeutung. Fischer

erklärt daraufhin, dass das Putin-Regime, ähnlich wie andere autoritäre Regime, Wahlen nutzt, um seine eigene Legitimität zu stärken. Teile der Bevölkerung würden die Durchführung von Wahlen mit einer Demokratie assoziieren und somit auch das russische Regime als solche ansehen – so zeigen es zumindest die Umfragen der staatlichen kontrollierten Meinungsforschungsinstitute. Dabei ist das Maß an Manipulation nebensächlich. Gleichzeitig ermöglichen die Wahlen dem Kreml auch einen Überblick über die Stimmung im Land, so Fischer. Auch die Zulassung des Gegenkandidaten Boris Nadezhins über einen für

viele Beobachter*innen überraschend langen Zeitraum kann dahingehend gedeutet werden.

DIE BEVÖLKERUNG UND IHRE „WAHL“

Auf die Frage, warum Menschen zur Wahl gehen, obwohl sie sich der Fälschung bewusst sind, verweist Zavadskaya zunächst auf eine Differenzierung der Wählerschaft: Viele Russ*innen seien Angestellte staatlicher Institutionen und seien daher im Grunde gezwungen,

Lunchtalk-Webinar
04. März 2024, 12.30 Uhr,
Zoom-Veranstaltung

zur Wahl zu gehen. Dieser Druck kann auch durch die Arbeitsstelle selbst erfolgen, die digital nachvollziehen kann, ob ihre Mitarbeiter*innen wählen. Über diese forcierte Stimmabgabe hinaus sei das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen wegen des absehbaren Ergebnisses eher niedrig, so Zavadskaya. Zumindest die Aufforderung Nawalnys zur Wahl als Ausdruck des Protests habe aber eine gewisse Resonanz erzeugt.

In seiner kurz vor der Wahl gehaltenen Rede zur Lage der Nation hatte Vladimir Putin auch auf die Armutsproblematik im Land und mögliche Gegenmaßnahmen verwiesen. Die Rede war im Westen daraufhin vielfach auch als Wahlkampfrede gedeutet worden. Ob dies auch auf die Wahrnehmung in Russland zutreffe, lasse sich nur schwer einschätzen, so Zavadskaya. Zuverlässige Meinungsumfragen würden fehlen. Grundsätzlich könne man solche Versprechen im Rahmen einer Präsidentschaftswahl erwarten, ganz unabhängig vom politischen System. Zudem soll auf diese Weise dem Misstrauen staatlichen Institutionen gegenüber begegnet werden.

Für Fischer ist für die Interpretation der Rede zudem die Tatsache von Bedeutung, dass es kaum einen echten Wahlkampf gegeben hat. Die Kandidaten haben keine umfassenden Wahlprogramme vorgelegt, teilweise hatten sie nicht einmal eine Website oder ähnliches. Auch bei den Wahlen vergangener Jahre habe Putin seine Reden als Präsident genutzt, um Wahlversprechungen zu machen, woraus beinahe so etwas wie eine Tradition der Enttäuschung über die Nichteinhaltung dieser Versprechungen erwachsen sei. Interessant sei eher der Punkt, dass Putin von einer neuen Elite im Kontext des Krieges gegen die Ukraine sprach. Damit verknüpfte er die Zukunft Russlands mit der der Soldaten und dem Krieg. Die Kriegsziele würde man aber der Darstellung Putins zufolge in jedem Fall erreichen, so Fischer.

Zavadskaya erklärt außerdem, dass die Nichtregierungsorganisation Golos herausfand, dass Putin im Zusammenhang mit den Verlusten russischer Truppen in der Ukraine praktisch nicht erwähnt wird. Sein Name tauche nur dann auf, wenn es um Privilegien für die Truppen und Verbesserungen der Situation von Soldaten gehe. Seine neue Elite stehe allerdings im Widerspruch zur Realität, so Zavadskaya. Im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg sieht man weitgehend die bereits bekannten Gesichter.

DIE GEGENKANDIDATEN

Auf die Frage, warum der Gegenkandidat Boris Nadezhdin von den Behörden nicht eher von der Wahl ausgeschlossen worden war, erläuterte Zavadskaya, dass der große Zuspruch für Nadezhdin auch für den Kreml überraschend kam. Die – weitgehend von der Präsidialverwaltung handverlesenen – Gegenkandidaten würden zudem allein deswegen Zuspruch erhalten, weil sie eben nicht Vladimir Putin sind. Diese Stimme seien nicht unbedingt mit ihren politischen Inhalten verknüpft.

Ein solches relativ unreflektiertes Zustimmungsverhalten sei laut Zavadskaya für die russische Bevölkerung ungewöhnlich, die sonst deutlich aufmerksamer auf die Vergangenheit der Kandidat*innen blickt. Daher hatte auch die relativ früh ausgeschlossene Kandidatin Yekaterina Duntsova keine Schwierigkeiten, in kurzer Zeit viele Unterschriften zu sammeln. Eine solche Zustimmungsrate, die durchaus zur Gefahr für Putin hätte werden können, hatte der Kreml nicht erwartet. In dieser Tatsache zeigt sich das mangelhafte Verständnis der Führungselite für die russische Gesellschaft, so Fischer.

Wichtige Unterschiede zwischen den genannten Kandidaten liegen in ihrer Kandidatur: Duntsova war als unabhängige Kandidatin angetreten, Nadezhdin als Kandidat einer Partei. Damit sind unterschiedliche Zulassungsprozesse verbunden. Unabhängige Kandidat*innen müssen eine Gruppe aus mindestens 500 „persons of trust“ vorweisen und deutlich mehr Unterschriften vorlegen als Parteikandidat*innen. Die Unterschriften dürfen zudem nicht nur aus einer Region stammen. Da Duntsova Liste der „persons of trust“ bereits im September nicht anerkannt worden war, hatte sie allerdings gar nicht erst die Möglichkeit, Unterschriften zu sammeln. Nadezhdin konnte als Parteikandidat wiederum direkt mit der Sammlung von Unterschriften beginnen. Seine Kandidatur konnte somit ein Meinungsbild der Bevölkerung liefern. Inwiefern Nadezhdin tatsächlich zu einer Gefahr für Putin hätte werden können, sei aber nur schwer zu beantworten, so Zavadskaya. Die Informationsasymmetrie in autoritären Regime ist dafür zu groß, Meinungsumfragen können nicht zuverlässig verwendet werden. Die Politikverdrossenen stimmen zudem tendenziell eher für Putin. Beim Blick auf die Opposition sollte man daher nicht auf die Kandidaten selbst, sondern auf die mobilisierte Ablehnung der aktuell Regierenden insgesamt fokussieren, so Zavadskaya.

DIE „WAHL“ DER RUSSISCHEN BEVÖLKERUNG

Ein wichtiger Indikator in diesem Zusammenhang ist das sogenannte „strategic voting“ – also die bewusste Wahl der Oppositionskandidat*innen, die in ihrem jeweiligen Wahlkreis die größte Siegeschance haben. Vielen Wähler*innen geht es dabei um die strategische Destabilisierung des Regimes, so Zavadskaya. Die Wahl sei zudem ein wichtiger Anlass zu Protesten im Namen Alexei Nawalnys, der noch vor seinem Tod all diejenigen, die ihren Protest gegen Putin ausdrücken möchten, dazu aufgerufen, am letzten Wahltag um 12 Uhr zu den Wahllokalen zu gehen und mit den so entstehenden Warteschlangen das Ausmaß der Unzufriedenheit zu demonstrieren. Fischer verwies darauf, dass der verstorbene Oppositionelle eine ernstzunehmende Gefahr für Putin und seine Anhänger gewesen war, was auch an der großen Anteilnahme bei seiner Beerdigung erkennbar gewesen sei. Die gegenseitige Unterstützung und den Mut, die Slogans Nawalnys zu rufen, sei für den Ausdruck der Unzufriedenheit von großer Bedeutung gewesen. Angesichts des Ausmaßes dieser Demonstrationen fürchtet sie starke Repressionen im Kontext der Wahlen

und bei möglichen Protesten. Nach den Wahlen würde die Unterdrückung deutlich zunehmen, ist die düstere Prognose Zavadskayas. Das Regime werde durch das in jedem Fall sehr gute Wahlergebnis für Putin gestärkt, seine repressive Dimension noch stärker hervortreten.

Eine Mobilisierung gegen den Krieg gegen die Ukraine hält Fischer trotz einiger Prognosen für unwahrscheinlich. Die militärische Lage Russlands in der Ukraine ist aktuell noch nicht problematisch genug, sodass es keiner weiteren Mobilisierungswelle bedarf. Auch warte man in Moskau das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA ab, die die militärische Unterstützung der Ukraine massiv beeinträchtigen könnten, so Fischer. Sollte dies der Fall sein, könnte man eine potenzielle Destabilisierung im Land vermeiden, da langfristig keine weitere Mobilisierung notwendig sei.

Das Webinar ermöglichte neben einem Einblick in die Bedeutung von Wahlen in autoritären Regimen und Putins Rede zur Nation auch eine Einschätzung des Wahlverhaltens der Menschen in Russland sowie möglicher Proteste gegen die Regierung.

Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa

Bericht: Tamina Kutscher

„Auch zwei Jahre nach Beginn des großflächigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind die Osteuropa-Wissenschaften in besonderer Weise gefragt – und gefordert. Dies betonte der gastgebende Osteuropahistoriker Joachim VON PUTTKAMER (Jena) zur Eröffnung der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), die in Kooperation mit dem Imre Kertész Kolleg in Jena stattfand. Dabei gehe es nicht nur um „nüchterne Sachkenntnis“, sondern auch um die „ungewohnte Herausforderung [...] klar und deutlich Position zu beziehen, ohne darüber das eigene wissenschaftliche Ethos zu verraten“. Dazu komme inzwischen aus der Wissenschaft selbst die Forderung nach einem radikalen Perspektivwechsel, der koloniale und postkoloniale Ansätze berücksichtigt. Im Sinne einer Dezentralisierung, einer Hinwendung vom Zentrum an die Peripherie oder einer Analyse von Kontinuitäten imperialer Macht im östlichen Europa löse die Forschung zum östlichen Europa diese Forderung schon länger ein. Wie produktiv diese

Ansätze sind, war Gegenstand der Konferenz. Dabei ließ der Titel „imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung“ bewusst Raum für kontroverse Diskussionen.

DGO-Präsident Ruprecht POLENZ (Berlin) verwies in seiner Einführung auf die paradoxe Konstellation, dass Kolonialismus heute als Herrschaftssystem delegitimiert sei, imperiale Herrschaft aber bisher noch nicht. Dieser Widerspruch erkläre auch, warum Russland die Unterstützung ehemals kolonialisierter Völker des Globalen Südens für die Durchsetzung seiner eigenen imperialen Ziele erfolgreich reklamiere – erfolgreich auch deshalb, weil bestehende Machtverhältnisse häufig nicht hinterfragt würden. Dabei funktionierten Ordnungen nur so lange, wie bestehende Machtverhältnisse nicht hinterfragt würden, betonte Polenz und zitierte abschließend Max Planck: „Wenn Sie die Art und Weise verändern, wie Sie die Dinge betrachten, dann ändern Sie die Dinge, die Sie betrachten.“

DGO-Jahrestagung
21.–22. Juni 2024,
Friedrich-Schiller-
Universität, Jena

In Kooperation mit dem
Imre Kertész Kolleg Jena



Diese Sentenz griff das Eröffnungspanel mit Botakoz KASSYMBEKOVA (Basel) und Juri ANDRUCHOWYTSCHE (Iwano-Frankiwsk) sogleich auf: So wollte Kassymbekova – in Reaktion auf Andruchowytsh – nicht von einer „Schuld“ der russischen Kultur sprechen, sondern von einer „Verantwortung“: Es seien Geschichten, die Machtssysteme und Gewalt rechtfertigten – und so hätten postkoloniale Theorien ihren Ausgang in der Literaturwissenschaft genommen. Sie schloss sich dem von Polenz zitierten Planck an: „Erst, wenn wir anders denken, können wir auch anders agieren.“ So gehe es nun darum, Texte – wie etwa von Lermontow – umzudenken.

Andruchowytsh hatte Russland in seinem Eröffnungsvortrag als Imperium bezeichnet, das „im Unterschied zu anderen [...] nie bereut hat“. Bis heute sei es „überzeugt von seinem Recht zu erobern, zu unterwerfen, anzuschließen, Gebiete einzugliedern“. Die „Schuld an Russlands imperialer Krankheit teilt seine Kultur – und vor allem die, die sich mit Großbuchstaben schreibt“, kritisierte An-

druchowytsh. Er sprach nicht als Wissenschaftler, sondern als Vertreter der ukrainischen Literatur.

Moderator Manfred SAPPER (Berlin) zitierte den argentinischen Literaturwissenschaftler Walter Mignolo, der in seinem Text „It's a change of era, no longer an era of changes“ behauptet, Russland begehe keine Aggression gegen die Ukraine, sondern verteidige sich gegen die Zumutungen des Westens, und fragte, wie diese Lesart zu erklären sei. Kassymbekova äußerte sich skeptisch gegenüber Ansätzen wie von Mignolo, die Kolonialismus und Kapitalismus gleichsetzen. Produktiver seien stattdessen Zugänge, die untersuchen, wie Sprache dazu dient, Gruppen zu marginalisieren.

Für Manuela BOATCA (Freiburg) geht es bei Mignolo eher um „De-Westernisierung“ als um „Dekolonisierung“. Mit der Historikerin Maria TODOROVA (Illinois) diskutierte die Soziologin Boatca, ob und inwiefern (De-)Kolonialisierungs-Theorien in den Osteuropawissenschaften produktiv gemacht werden können. Todorova kritisierte in ihrem Vortrag, dass (De-)Kolonialisierungs-

theorien übermäßig strapaziert würden und fragte zuspitzend: „Sind alle Imperien gleich kolonial?“. Dem hielt Boatca den Begriff der Kolonialität entgegen, wie ihn der peruanische Soziologe Anibal Quijano geprägt hat, als Phänomen, das „über die Realität des Kolonialismus hinausgeht“. Es bedeute, dass der Kolonialismus rassische Hierarchien, wirtschaftliche Hierarchien, soziale Hierarchien und kulturelle Hierarchien hinterlassen habe, die immer noch wirkten und zu einem Rahmen würden, von dem Marx als „Überbau“ gesprochen habe. Kolonialität habe „wirtschaftliche, soziale, kulturelle und epistemische Auswirkungen, nicht nur auf die Gesellschaften, die kolonisiert wurden“. Gerade mit Blick auf Osteuropa stimmte sie Todorova jedoch dahingehend zu, dass Kolonialität und Trans-Imperialität zusammenwirken „und wir daher beides brauchen“.

Drei weitere Panels nahmen die Themenkomplexe „Gewalt“, „Identität“ und „Versprechen“ aus der Perspektive unterschiedlicher Disziplinen genauer in den Blick:

Zaal ANDRONIKASHVILI (Berlin) nahm zur Frage der „Identität“ den Faden des vorangegangenen Panels wieder auf und erklärte, dass die postkoloniale Theorie Quijanos angepasst werden müsse, um die spezifischen Erfahrungen Georgiens angemessen zu analysieren. Grundsätzlich sei eine eurozentrische Perspektive wenig hilfreich. So beziehe sich etwa der „oxymoronische Begriff“ (Andronikashvili) des subalternen Imperiums auf das Russische Reich und bezeichne dessen vermeintlich unterlegene (epistemische) Position gegenüber den westeuropäischen Mächten. Betrachte man nun ehemalige Kolonien sogenannter subalterner Reiche, stoße man schnell auf „die Grenzen der Brauchbarkeit solcher Konzepte“: Die Perspektive der „Subalternen der Subalternen“ bleibe ausgelöscht oder zumindest verschwommen. Stattdessen gelte es „dem Geist von Quijanos Analyse“ zu folgen und eine eigene Theorie zu entwickeln: Die Geschichte und Erfahrungen jenseits einer eurozentrischen Perspektive zu untersuchen, zu beschreiben



v.l.n.r.: Jörn Happel, Juliane Prade-Weiss, Volker Weichsel

und zu theoretisieren – eine Arbeit, „die erst noch geleistet werden muss“, wie Andronikashvili betonte.

Wie eine solche Arbeit aussehen könnte, zeigten die beiden anderen Wissenschaftlerinnen: Susanne FRANK (Berlin) plädierte zunächst dafür, den Begriff Identität selbst zu reflektieren. So sei es produktiver von einer „Identifizierung“ zu sprechen, wobei diese letztlich aus drei Komponenten bestünde: den äußeren Bedingungen („conditions of existence“), der Zuschreibung und der Selbstidentifizierung (und -verortung). In der Sowjetunion sei es um ein „Nationonbuilding von oben gegangen“, dabei galt die Strategie, nationale Identität zu fördern, aber gleichzeitig zu entpolitisieren und sie gleichzeitig unter Dominanz und Kontrolle des russischen Zentrums zu provincialisieren. Dekolonialisierung bedeute insofern vor allem die Perspektive zu dezentralisieren – und eben nicht von „Zentrum“ und „Peripherie“ zu sprechen, sondern etwa mehrere Zentren („moving centres“) in den Blick zu nehmen und Literaturgeschichte somit auch als räumliches Phänomen zu beschreiben.

Galina BABAK (Prag/Berlin) untersuchte Identitätskonzepte in Bezug auf die Ukraine. Dabei bezog sie sich auf den ukrainischen Unabhängigkeitskampf von 1917–1921 und den aktuellen russischen Krieg gegen die Ukraine. Sie kritisierte Positionen, die nicht darauf abzielten, „die verworrene, komplizierte und oft unbequeme ukrainische Geschichte zu erklären und zu akzeptieren, sondern sie zu einem großen Teil zu essentialisieren“. Babak forderte, ukrainische Identität als inklusiv zu betrachten, „da sie verschiedene Minderheiten und umstrittene historische Epochen einschließt und auf Ideen wie Europäertum, soziale Solidarität und Gleichheit basiert“. In verschiedenen Sprachen zu sprechen, mit dem Ukrainischen als Hauptsprache, sich aber nicht unterdrückt zu fühlen – das entspreche den europäischen Werten, „die die ukrainische Gesellschaft vom Aggressor unterscheiden“, so Babak.

Moderator Volker WEICHSEL (Berlin) eröffnete das Panel zum Thema „Gewalt“ mit Textpassagen aus Reportagen aus der Ukraine, die die Gewalt des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und ihre Folgen für die Betroffenen deutlich machten. Die anschließende Diskussion näherte sich dem Phänomen der Gewalt auf abstrakter Ebene. Zwei Fragen standen dabei im Mittelpunkt: Wie wird über (Massen)Gewalt gesprochen

bzw. wie wird sie (de-)legitimiert? Und inwiefern sind Imperien gewaltbereiter als andere Systeme? Politikwissenschaftler Andreas HEINEMANN-GRÜDER (Bonn), Juliane PRADE-WEISS (München) und Historiker Jörn HAPPEL (Hamburg) brachten dabei ganz unterschiedliche Perspektiven ein: Andreas Heinemann-Grüder verwies darauf, dass Demokratien grundsätzlich risikoscheuer seien, was die Ausübung von Gewalt oder den Beginn kriegerischer Auseinandersetzungen angehe. Gewaltausübung bedürfe einer politischen Legitimierung, die bei hohen Opferzahlen schnell schwunde. Daraus könne man ex-negativo schließen, dass Imperien gewaltbereiter seien. Es fehle aber an Studien, die einen klaren Nachweis dafür erbringen. Juliane Prade-Weiss verwies darauf, dass es immer eine Sinngebung von Gewalt gebe, die das Potenzial habe, zu einem späteren Zeitpunkt wieder als Legitimation herangezogen zu werden. Daher sei es auch wichtig, die Folgen von Gewalt als Erbe imperialer Herrschaft zu berücksichtigen. Versuche, Gewalt zu legitimieren, fänden sich auch im Kontext des russischen Angriffskrieges und zwar auf beiden Seiten, so Jörn Happel. Dabei handele es sich vielfach um Narrative, die bereits aus vorherigen Kriegen bekannt seien.

Dass imperiale Herrschaft nicht nur auf Repression und Gewalt, sondern auch auf Loyalität und Zustimmung beruht, war Thema des Panels „Versprechen“. Dabei ging es, so die Moderatorin Gabriele FREITAG (Berlin) im Wesentlichen um die Frage, wie weit Versprechen von Versorgung und Fortschritt in der Geschichte zur Stabilität von Imperien beitrugen. Ulrike VON HIRSCHHAUSEN (Rostock) problematisierte eingangs die einseitigen Dichotomien postkolonialer Prämissen, die zwischen Opfern und Tätern, Kolonisatoren und Kolonisierten, Zentrum und Peripherie unterscheiden. Am Beispiel von Infrastrukturprojekten im Britischen, Russischen und Osmanischen Empire, wie dem Bau von Kanälen, Hafenanlagen und Eisenbahntrassen veranschaulichte sie dass diese durchaus zur Entwicklung von Handel und Mobilität beitrugen, in den Händen der Gegner imperialer Macht, wie politischen Oppositionellen und Gewerkschaftsbewegungen aber auch für den Kampf gegen das Imperium genutzt wurden. Diese These bestätigte auch Robert KINDLER (Berlin), der im Bau von Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen im Russischen Reich, die Teilhabe und Austausch über große Distanzen ermöglichten, auch eine wesentliche Voraussetzung für imperiale Desinte-



v.l.n.r.: Dan Diner, Gwendolyn Sasse, Anna Veronika Wendland, Martin Schulze Wessel

gration sah. Ohnehin ließen sich imperiale Versprechen im Wesentlichen auf Versprechen basaler Formen von Schutz und Sicherheit reduzieren. Diese Feststellung spiegelte sich auch im Beitrag von Immo REBITSCHER (Jena). Am Beispiel von Hungerkatastrophen im Zarenreich des späten 19. Jahrhunderts zeigte er, dass die oberste Prämisse des Staates bei Hilfsleistungen nicht wohlfahrtsstaatliche Überlegungen waren, sondern das Ziel, politische und wirtschaftliche Stabilität sicherzustellen. Wie weit Versprechen stabilisierend wirkten, so Rebitschek, hing auch vom Erwartungsmanagement ab: Erst als die zarische Regierung im Ersten Weltkrieg ihr Versprechen als Ernährer in Krisenzeiten nicht halten konnte, verlor das Zarenreich den Zuspruch in der Bauernschaft. Den Unterschied zu kolonialen Praktiken sah Rebitschek darin, Krankheiten und Hunger nicht als Machtmittel auszunutzen, um die Kluft zwischen kulturellen oder ethnischen Gruppen zu verschärfen.

Dan DINER (Berlin) ging im Abschlusspanel auf die Genese des Begriffs „kolonial“ ein und unterschied zwischen seinem analytischen und normativen Gebrauch.

Während der Begriff der Kolonialisierung ursprünglich, wie im Fall der Besiedlung ostelbischer Gebiete, für die Aneignung und Bindung an den Boden genutzt wurde, umschreibe Kolonialismus heute in erster Linie Gewaltgeschichte. Analytisch betrachtet stelle Kolonialismus die extremste Form sozialer Entfremdung dar: Kolonisierende und Kolonisierte kannten sich nicht. So sei Differenz ein Hauptmerkmal des Kolonialen. Martin SCHULZE WESSEL (München) hob unter anderem auf die spezielle „Zwischenstellung“ Russlands ab: einerseits lasse sich Russland im Hinblick auf die Beherrschung Zentralasiens mit den europäischen Kolonialreichen vergleichen, andererseits sei Russland im westlichen Diskurs des „Otherings“ selbst zum Gegenstand eines kolonialen Diskurses geworden und werde als „subaltern“ definiert. Anna Veronika WENDLAND (Marburg) brachte die ukrainische Perspektive ein und betonte, dass die Kolonisation der Steppengrenze Teil des ukrainischen Selbstverständnisses sei, weswegen sich die „Subalternen“ an der Steppengrenze – die Kosaken – in ihrem Selbstverständnis durchaus als Kolonisator*innen verstanden und darin auch keinen Widerspruch sahen.

Auf diese Weise affirmaierten sie das Regime, dass diese Kolonisierung möglich machte. Wendland grenzte sich damit teilweise von Juri Andrusowitsch ab, der in seinem Eröffnungsvortrag betont hatte, diese Ambivalenzen in der aktuellen Situation nicht zulassen zu wollen. Hier zeigte sich in den gegenwärtigen Kriegszeiten durchaus ein Dissens. Auf die Frage der Moderatorin Gwendolyn SASSE (Berlin), ob man Dekolonialisierung als Begriff überhaupt nutzen sollte, befand Dan Diner, dass dieser vor allem ein Marker für politische Krisen sei, oftmals polemisch genutzt werde oder auch Anwaltschaften begleite. Wendland betonte, dass der Krieg in der Ukraine vielmehr Ausdruck einer tiefen Krise Russlands sei als ein verspäteter Kolonialkrieg. Der Begriff der Dekolonialisierung sei im Kontext des aktuellen Kriegs allerdings hilfreich, um deutlich zu machen, welche politischen Forderungen die Menschen in der Ukraine mit ihm verbinden. Martin Schulze Wessel wies darauf hin, wie wichtig in der wissenschaftlichen Analyse „die Wahl des Werkzeuges“ sei. Er stimmte Dan Diner dahingehend zu, dass in koloniale Begrifflichkeiten bereits eine Wertung eingeschrieben sei – im Unterschied zum Imperialen. Bei letzterem könne man von Aushandlungsprozessen sprechen, während koloniale Herrschaft unversöhnlich

sei. „Dekolonialisierung“ sei jedoch für europäische Geschichte wichtig; der Begriff auch eingeführt.

Die Tagung hat deutlich gemacht, dass postkoloniale Begriffe und Theorien zwar keinesfalls verworfen, aber in jedem Fall neu justiert und definiert werden müssen. Insbesondere wurde eine schärfere Trennung zwischen analytischer und normativer Dimension gefordert, ebenso eine starke Trennschärfe von Begriffen wie „Imperialismus“ und „Kolonialismus“. Auf dem Prüfstand standen außerdem postkoloniale Prämisse, die von simplen Dichotomien ausgehen. Mit Blick auf Regionen wie den Kaukasus und Zentralasien wurde zudem deutlich, dass innerhalb der postkolonialen Debatte der historische Blick immer noch sehr eurozentristisch ist. Hier werden postkoloniale Diskurse offensichtlich den eigenen Ansprüchen noch nicht gerecht.

Die Jahrestagung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link aufrufen: www.youtube.com/watch?v=2RxlbYxSRql&list=PLjZ-0CtlYBKz5Pfhkj8eE5o4V21Vg87dr9



Der Preis unserer Freiheit. Ein Abend mit Juri Andruchowytsch

Bericht: Anna Marie Zeitler

Die Ausweitung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Jahr 2022 wurde und wird von vielen ukrainischen Kulturschaffenden in ihren Werken verarbeitet. Juri ANDRUCHOWYTSCHE war schon vor dem vollumfänglichen Angriff dafür bekannt, sich in seinen Werken mit seiner Heimat, aber auch dem russischen Imperialismus zu befassen, der diese bedroht. Schon früh warnte er vor weiteren russischen Aggressionen. Sein neuestes Werk „Der Preis unserer Freiheit“ (Suhrkamp Verlag, 2023) versammelt Essays aus der Zeit des Euromaidan, der Annexion der Krim bis hin zum vollumfänglichen Krieg. Der Band stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Haus für Poesie, dem ukrainischen Institut in Deutschland sowie der Friedrich-Naumann Stiftung. Andruchowytsch diskutierte dabei mit der ukrainischen Germanistin Ljudmyla MELNYK, die unter anderem das Projekt German-Ukrainian Researchers Network leitet. Das Gespräch drehte sich um den Zustand der ukrainischen Zivilgesellschaft, die Frage, ob Russland einen Genozid an den Ukrainer*innen verübt und wie die Ukraine mehr Männer für die Verteidigung des Landes rekrutieren könnte.

UNTERSTÜTZUNG DURCH DEN WESTEN – EINE SCHIEFLAGE

Der Abend begann mit einer Lesung des Gedicht „Kulissenwechsel“ durch den Autor. Andruchowytsch zeichnet darin ein Bild der Umfunktionierung verschiedener Räume: die örtliche Schule wird zum Hotel, das Schloss wird zum Spital. Das Gedicht wird – so der Autor – seit dem vollumfänglichen Angriff häufig rezipiert, stellt es doch erdachte Anpassungsmechanismen einer Gesellschaft dar.

Im Anschluss erläuterte Andruchowytsch, wie sich seine Antwort auf die Frage, wie die Ukraine diesen Krieg aushalte, verändert habe. Dies hängt mit der Veränderung der Kriegsrealität seit dem Frühsommer 2023 zusammen. Es gehe nun nicht mehr nur um (Miss-)Erfolge, sondern auch um die ausbleibende Hilfe durch

Autorengespräch
25. März 2024, 19:30 Uhr,
Haus für Poesie, Berlin

In Kooperation mit dem Haus
für Poesie, dem ukrainischen
Institut in Deutschland und der
Friedrich-Naumann Stiftung



Juri Andruchowytsch

den Westen. Seit Oktober bzw. November gäbe es kaum noch militärische Hilfe durch die USA und andere Nationen. Diese Unterstützung sei für die Verteidigung der Ukraine allerdings essenziell, die inländische Waffenproduktion reiche nicht aus. Der innenpolitisch Konflikt der USA würde laut Andruchowytsch auf dem Rücken seines Heimatlandes ausgetragen, gleiches gelte für die Spannungen zwischen den NATO-Bündnispartnern.

Andruchowytsch verwies zudem darauf, wie wichtig realistische Beurteilungen der Kriegsentwicklung seien. Es gebe zahlreiche Fehleinschätzungen, was einen möglichen Sieg der Ukraine und dessen Erreichbarkeit angehe. Melnyk ergänzte, dass hier auch die offensichtliche Wirksamkeit russischer Propaganda eine Rolle spiele. So sei der Glaube, die Ukraine würde innerhalb von drei Tagen überrannt, weit verbreitet gewesen. Der Schmerz, den der Krieg verursacht, durchdringe sowohl das öffentliche als auch das private Leben der Menschen. Der Westen müsse sich der Bedeutung des Krieges erneut bewusst werden, ebenso der Tatsache, dass es dabei um den Frieden in ganz Europa gehe, so die Germanistin.

Man solle nicht nur die Misserfolge der Ukraine im Krieg, sondern vor allem auch die des Westens klar benennen.

DIE KLUFT IN DER UKRAINISCHEN GESELLSCHAFT UND DIE LAGE DER AUTOR*INNEN

Moderator Volker WEICHSEL (DGO, Zeitschrift OST-EUROPA) verwies in der Folge auf die Schwierigkeiten bei der ukrainischen Mobilmachung, die neben der ausbleibenden Unterstützung des Westens ein großes Problem darstellen. Melnyk zeigte dabei die Privilegien der Stadtbewohner im Vergleich zu denen auf, die auf dem Dorf leben und die Rekrutierung alleine aus monetären Gründen schwerer umgehen könnten. Allerdings stelle sich, so Weichsel, die Frage, wie man eine weitere Mobilmachung ermöglichen könnte, ohne dabei die Gleichheitsrechte für Männer zu verletzen und welche Rolle eine potenzielle Abschiebung aus Deutschland spielen könnte. Keine besonders große, so Andruchowytsch. Er schilderte ein aus seiner Sicht attraktiveres Modell, bei dem mobilisierte Personen zunächst sechs Monate Militärschulung erhalten und im Anschluss sechs Monate an

die Front gehen. Darauf könnte eine ebenso lange Erholungszeit folgen, im Anschluss könnten die Personen dann selbst Schulungen leiten. Dieses Modell könnte mehr Transparenz und Gleichstellung ermöglichen.

Angesprochen auf das Erleben der ersten Monate im Krieg antwortete Andrushowitsch, dass er diese in einer Art Schockzustand verbracht und sich gefühlt habe als würde er verstummen. Er habe bereits damals die Ahnung gehabt, dass keine Wörter diesen Krieg beenden könnten. Viele seiner Kolleg*innen, so der Schriftsteller, hätten die eigene und die gesellschaftliche Situation in spontanen Schreibformen ausgedrückt, wie Gedichten oder Tagebüchern. Aus eigener Erfahrung schilderte Andrushowitsch die mentalen und zeitlichen Hürden, die mit der Veröffentlichung von Texten und Romanen einhergehe. Er selbst habe vielen Medienanfragen nachkommen müssen und habe zu Kriegsbeginn häufig bemerkt, dass es ihm an psychischer Kapazität für ein Buch fehlte. Auch habe er sich häufig gefragt, wofür sein Buch eigentlich noch nötig war. All dies habe die Entstehung seines neusten Buches stark beeinflusst.

DIE ROLLE DER SPRACHE

Melnyk verglich die aktuelle Lage mit dem Jahr 2014. Damals habe es bei der Frage nach Aggressor und Opfer noch deutlich mehr Grautöne gegeben, inzwischen sei die Aufteilung sehr eindeutig. Die Menschen würden sich zudem aus der Opferposition heraus emanzipieren und an Lösung für die Zukunft arbeiten. Die Germanistin verwies zudem auf die fehlenden ukrainischen Stimmen in der Öf-

fentlichkeit. Dabei betonte sie die Bedeutung von Verdolmetschung als essenzielles Mittel zur Repräsentation von Ukrainer*innen in Deutschland. Eine Diskussion über das „Einfrieren“ des Krieges hielt sie wegen der fehlenden ukrainischen Stimme für sinnleert. Auch würde man im deutschen Diskurs zu viel über teils ineffektive Lösungsansätze diskutieren. Schließlich betonte Melnyk die Rolle der Sprache: In Deutschland würde man die russische Propaganda nicht als so martialisch und brutal empfinden, da sie in Übersetzungen oft abgeschwächt werde.

Melnyk zufolge liegt hier auch die Ursache dafür, dass man den Krieg hierzulande nur selten als Genozid bezeichne. Wechsel machte in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Ausdrucks „Genozids“ in Deutschland aufmerksam, der stets mit der Devise „Nie wieder Auschwitz“ verbunden sei. Eine Vermeidung des Begriffs sei Vielfach eine Ausrede dafür, nicht handeln zu müssen. Andrushowitsch stützte diese Annahme mit dem Verweis auf die Erfahrungen verschiedener Übersetzungen ins Deutsche, bei denen viele der Ausdrücke abgemildert würden. Unter anderem seien dies Phrasen gewesen, die eigentlich eine völlige Auslöschung der Ukraine ausdrücken würden. Melnyk verwies auch auf Framing der Ukrainer*innen als Nazis durch Russland. Die Sprache sei bereits der Anfang eines Völkermords. Andrushowitsch bezeichnete die Möglichkeit eines abstrakten Gespräches über die Lage seines Heimatlandes als unmöglich, da die korrekte Benennung der Situation möglicherweise mit weiterer Aggression verbunden wäre. Er beschloss die Runde mit einer Lesung seines Gedichts „Werwolf Sutra“.

Belarus 23.34

Bericht: Marc Rieger

Gemeinsam mit Libereco und RAZAM e.V. hat die DGO in Berlin die Deutschlandpremiere des Dokumentarfilm „Belarus 23.34“ mit einer anschließenden Diskussion organisiert. „Belarus 23.34“ handelt von Belarus*innen, die im Zusammenhang mit den Protesten gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 Repressionen durch das Regime ausgesetzt waren. Die Protagonist*innen berichten über willkürliche Verhaftungen durch den Sicherheitsapparat sowie von Folter und schänden, was sich ihrer Meinung nach in der belarussischen Gesellschaft seitdem geändert hat. Den Erzählungen der Betroffenen werden Originalaufnahmen aus den ersten Wochen nach der Scheinwahl vom 9. August 2020 gegenübergestellt. Der Name des Films ist angelehnt an den Artikel 23.34 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Belarus, nach welchem die Teilnehmenden der Protesten 2020 massenhaft verurteilt wurden. Der Film zeigt eindrücklich, wie einschneidend die Geschehnisse von 2020 für die belarussische

Gesellschaft waren, die nach wie vor Polizeigewalt sowie zunehmenden Repressionen ausgesetzt ist.

Im Rahmen der Veranstaltung sprachen die Moderator*innen Ina RUMIANTSEVA (RAZAM e.V.) und

Manuel HASSEL (Libereco) nach der Filmvorführung mit der Regisseurin Tania SVIREPA, zwei Protagonist*innen des Films sowie dem Völkerrechtsexperten Arne BARDELLE (ECCHR) über die Entstehung und Hintergründe des Films sowie die gegenwärtige Situation in Belarus.

ENTSTEHUNG DES FILMS: ZWANGSMIGRATION UND ARBEIT IM LUFTSCHUTZBUNKER

Svirepa berichtete zunächst, dass die Arbeit an diesem Film eigentlich als gänzlich anderes Projekt begonnen habe. Im Auftrag einer Menschenrechtsorganisation habe sie sich ursprünglich mit Asylsuchenden beschäftigt, die aus Tschetschenien kommend

Filmvorführung und Gespräch
16. April 2024, 19:00 Uhr,
Kino Krokodil, Berlin
In Kooperation mit Libereco –
Partnership for Human
Rights und Belarusische
Gemeinschaft RAZAM e.V.

auf ihrem Weg nach Europa durch Brest zogen. Das Thema habe sich erst nach den dramatischen Entwicklungen in Belarus 2020 geändert. Fertiggestellt wurde der Film 2022, bereits nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Die Entstehung des Films sei eine Odysee gewesen, rekapitulierte Svirepa. Die Interviews seien noch in Belarus durchgeführt worden, alle innerhalb von zwei Wochen und unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen. Alle Aufnahmen seien so etwa noch direkt während des Drehs in eine Cloud hochgeladen worden. Als Svirepa schließlich das Land verließ, hätten sich die Filmaufnahmen bereits in der Ukraine befunden. Gleichzeitig sei darauf geachtet worden, dass sich alle Beteiligten so sicher wie möglich fühlten, unter anderem durch eine professionelle psychologische Begleitung vor Ort. Im ukrainischen Exil sei die Nachbearbeitung des Films erfolgt. Am Ton des Films habe das Team sogar noch in einem Luftschutzbunker gearbeitet, bevor der Film schlussendlich wieder aus der Ukraine gebracht werden musste. Dass der Film überhaupt fertiggestellt werden konnte, gleiche bei dieser Entstehungsge schichte einem Wunder, konstatierte Rumiantseva.

GESELLSCHAFTLICHES SCHICKSAL UND DER WUNSCH NACH WANDEL

Die Protagonist*innen fand die Regisseurin dank eines breiten Netzwerks aus ihrem Freundes- und Bekanntenkreise sowie weiteren Freiwilligen. Insgesamt habe das Team mit 30 Personen gesprochen, von denen 25 Interviews verwendet wurden. Wichtig sei dabei vor allem die Diversität der Gruppe gewesen: Personen aus verschiedenen Altersgruppen und Berufen, die an unterschiedlichen Orten und zu Zeiten verhaftet wurden – und dennoch dieselben Erfahrungen von Gewalt, Folter und Misshandlung machen mussten.

Die beim Gespräch anwesenden Protagonist*innen Artsjom und Olena, beides junge Erwachsene, leben mittlerweile in Polen – auch wenn sie eigentlich gerne nach Belarus zurückkehren würde, räumte Olena ein. Für ihn sei Polen bereits der zweite Zufluchtsort, erzählte Artsjom: Auch er sei wie Svirepa von Belarus zuerst in die Ukraine geflüchtet, die er nach 2022 wieder verlassen musste. Die Frage nach ihrer Motivation für die Mitarbeit in Svirepas Projekt beantworten beide mit ihrem Wunsch nach Wandel. Artsjom wolle in Freiheit

und auf der europäischen Seite leben. Sein zivilgesellschaftlicher Einsatz habe 2020 begonnen, mit der Teilnahme an Protesten. Mittlerweile, angesichts des fortwährenden russischen Angriffskrieg in der Ukraine, sei dieser Einsatz – für die Ukraine und für ein unabhängiges Belarus – wichtiger denn je geworden. Für Olena, die selbst Journalistin ist, habe bei dem Projekt die Dokumentation der Verbrechen und der Ausdruck von Widerstand im Vordergrund gestanden. Sie betonte, wie wichtig es sei, nicht zu verstummen. Lukaschenka dürfe nicht glauben, dass es keine Opposition in Belarus mehr gebe und alle eingeschüchtert seien. Gleichzeitig halte sie an der Hoffnung fest, dass die Opfer in Zukunft Gerechtigkeit erfahren und die Täter bestraft werden.

CHANCEN EINER VÖLKERSTRAFRECHTLICHEN VERFOLGUNG

Rückblickend seien die Repressionen im Zusammenhang mit den Scheinwahlen von 2020 erst der Beginn gewesen, stellte Rumiantseva fest. Die katastrophale Lage politischer Gefangener in Belarus setze sich auch heute weiter fort. Daher fragt sie Bardelle, der in der Berliner Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights tätig ist und sich dort mit dem Lukaschenka-Regime beschäftigt, welche Mechanismen es gebe, um die schuldigen Personen zur Verantwortung zu ziehen. Laut Bardelle sei das Völkerstrafrecht leider sehr ineffektiv. Das ECCHR und andere belarusische NGOs bemühten sich darum, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen, indem sie Anklagen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erheben, für Tötungen etwa oder für Folter. Das ECCHR arbeite aus Deutschland daran, auch wenn eigentlich belarussische Gerichte hier in der Verantwortung stünden.

Gemäß Bardelles Einschätzung begeht das Lukaschenka-Regime zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, also schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, die systematisch an der gesamten Bevölkerung verübt werden. Darunter fielen die mehr als 30.000 Menschen, die systematisch verhaftet worden seien. Zur Illustration führte Bardelle eine Statistik an: In Russland gebe es sechs politische Gefangene pro eine Million Einwohner*innen – in Belarus seien es 160. Jeder könne hier das nächste Ziel einer politisch motivierten Inhaftierung sein, jeder könnte zu einem politischen Gefangenen werden. Belarus 23.34 zeige die Systematik der Menschenrechtsverletzungen und

wie die Anordnung dieser aus den höchsten Staatsebenen komme: Ein solches Beispiel sei auch die im Film dargestellte Praxis von Polizisten, Personen mit einem roten Punkt zu markieren. Diese würden später besonders brutal gefoltert. Auch dies sei Teil der Anklage des ECCHR. Mittlerweile gebe es eine Ermittlung in Litauen und Klagen in Polen, Tschechien sowie Deutschland. Allerdings fehle es am politischen Willen, die Verbrechen auch tatsächlich zu verfolgen. Aus diesem Grund müsse

der Druck von Seiten der Menschenrechtsorganisationen und der Zivilgesellschaft aufrechterhalten werden.

Die Filmvorführung und Gesprächsrunde wurde mit einer Postkartenaktion für einen Protagonisten aus *Belarus 23.34* beendet, der mittlerweile als politischer Gefänger in Belarus unrechtmäßig für fünf Jahre inhaftiert ist. Svirepa sammle seitdem an ihn adressierte Postkarten, um sie ihm zu übergeben, wenn er wieder freikommt.

Die Erinnerung nicht vergessen. Über Schreiben und Dissidenz in Russland. Gespräch mit Ljudmila Ulitzkaja

Bericht: Elias Angele

Am Montag, den 13. Mai, war die Autorin Ljudmila ULITZKAJA zu Gast in Bremen. Die „Dauerkandidatin für den Literaturnobelpreis“ (Deutschlandfunk Kultur) ist weltweit bekannt und ihre Texte wurden in über 30 Sprachen übersetzt. Spätestens mit ihren Romanen „Die Kehrseite des Himmels“ (2012) oder „Das grüne Zelt“ (2016) sowie zuletzt ihrer Essay-Sammlung „Die Erinnerung nicht vergessen“ (2023) wurde sie auch in Deutschland vielfach gelesen. 1943 in der Sowjetunion geboren, gehört sie zu der Generation, die sich nach Stalins Tod neue Freiheiten erkämpfte. Die studierte Genetikerin beteiligte sich an der Verbreitung von verbotenen Schriften im Untergrund und verlor dafür 1970 ihre Anstellung als Wissenschaftlerin. Aus der Not heraus begann sie sich als Kinderbuch- und Drehbuchautorin zu betätigen und wurde kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit ihren Erzählungen und Romanen international bekannt. Ihre kritische Meinung behielt sie auch unter Putin bei, den

sie mehrfach offen kritisierte. Im Februar 2022 unterzeichnete sie einen Aufruf gegen den russischen Angriff auf die Ukraine und verließ kurz darauf ihre Heimat Richtung Berlin. Ihr literarisches Schaffen wurde zahlreich ausgezeichnet, zuletzt mit dem Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis und dem Günter-Grass-Preis.

Gespräch
13. Mai 2024, Theater am Goetheplatz, Bremen
Eine Veranstaltung der DGO-Zweigstelle Bremen in Kooperation mit der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Wie Susanne SCHATTENBERG eingangs als Moderatorin des Abends betonte, sei es eine große Ehre, dass Ljudmila Ulitzkaja die Hansestadt besucht, da die mittlerweile 81-Jährige eigentlich keine solcher Veranstaltungen mehr zusage. Für die Reise war dann aber mit einem ausgedehnten Besuch der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen noch ein weiterer hinreichender Grund gegeben, Berlin zu verlassen. Trotz des schönen Wetters honorierte das Bremer

Publikum ihre Anstrengungen dann entsprechend mit einem ausverkauften Saal im Theater am Goetheplatz. Das Programm des Abends sah vor, aus zwei neueren



v.l.n.r.: Susanne Schattenberg, Ljudmila Ulitzkaja, Alesia Kananchuk

Essays zu lesen und neben einigen Eingangsfragen vor allem mit dem Publikum ins Gespräch zu kommen.

Ulitzkaja begann ihre Ausführungen mit Auszügen aus dem Text „Individuum und Totalitarismus“ und der darin enthaltenen Ansicht, dass gerade in der Erkenntnis der eigenen Unfreiheit ein wichtiger erster Schritt bestehe, um eine kritische Distanz zu den gesellschaftlichen Verhältnissen zu entwickeln. Erst danach könnten eigene Vorstellungen zur Verbesserung derselben entstehen. Die erste Generation von Schriftsteller*innen und Künstler*innen, denen dies gelungen sei, waren laut Ulitzkaja die demobilisierten Rotarmisten des Zweiten Weltkriegs wie zum Beispiel Lew Kopelew, Juli Daniel, Vadim Sidur und Ernst Neiswestny, die Eindrücke vom Leben in Mitteleuropa gesammelt und sie mit der Situation zu Hause verglichen hätten. Deren Arbeit habe die Aktivitäten späterer Dissident*innen vorbereitet und unter anderem zur berühmten Protestaktion am 25. August 1968 geführt, als acht Menschen auf dem Roten Platz in Moskau für wenige Minuten ihren Widerspruch gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings kundtaten. Unter den

Protestierenden befand sich auch Natalja Gorbanewskaja, die auf die sieben Jahre jüngere Ulitzkaja einen großen Einfluss ausübt. Vor allem die Lektüre der Samizdat-Zeitung „Chronik der laufenden Ereignisse“, maßgeblich entwickelt von Gorbanewskaja, sei für sie eine wichtige Quelle und Inspiration gewesen, die ihren eigenen Erkenntnisprozess über den Zustand der sowjetischen Gesellschaft stark geprägt habe. Sie selbst sei damals zu solch riskanten Aktionen wie der auf dem Roten Platz nicht bereit gewesen: „Meine Freiheit ging nur bis zu einer bestimmten Grenze – lesen und wissen.“

Auf die Frage, wann, wie im Fall Gorbanewskajas und ihrer Mitstreiter*innen, ein Mensch bereit sei, diesen kritischen Schritt auf die Straße und in den öffentlichen Protest zu gehen, antwortete Ulitzkaja, dass nur wenige in der Lage dazu waren, ihre eigene Unfreiheit zu verstehen. Offener Protest war und sei auch heute enorm gefährlich, was man am Schicksal Nawalnys sehen könne. Sie selbst halte beispielsweise weiterhin Kontakt mit Wladimir Kara-Mursa, der sich bereits seit geraumer Zeit in russischer Haft befindet.

Die Unterstützung innerhalb der Bevölkerung Russlands für Putin und die allgemeine Zustimmung zum Krieg seien nicht unabhängig messbar und gerade letztere sei in Ulitzkajas Augen schlicht nur im Fernsehen vorhanden. Sie räumte jedoch ein, dass das an ihrem eigenen Umfeld liegen könnte, in dem niemand den Krieg in der Ukraine befürworte. Auf der anderen Seite sehe sie jedoch auch keine Anzeichen für die Formierung einer größeren Protestbewegung in Russland, denn die große Masse habe keine differenzierte Meinung sondern kümmere sich lediglich um das eigene materielle Überleben. Die imperiale Tradition Russlands sei dabei besonders wirkmächtig, wie Ulitzkaja unter Verweis auf den Aufstand der Dekabristen 1825 argumentierte. Grundlegend jedoch halte sie sich möglichst fern von der Politik. Die Aufgabe einer Autorin sei es, zu beobachten und zu beschreiben, statt politische Kommentatorin zu sein. Sie zitierte dafür den Vers Ossip Mandelstams: „Die Macht ist widerlich wie Baderhände“, der ihre Sicht auf die Politik treffend wiedergebe.

Gefragt nach den Diskussionen um den Status der Ukraine in dissidentischen Kreisen der 1970er-Jahre, antwortete Ulitzkaja, dass es vor allem der gegenwärtige Krieg sei, der die Festigung des ukrainischen Nationalstaates vorantreibe. Die Länder des Baltikums hätten ihr sowjetisches Erbe erfolgreich überwunden, für Moldawien und die Ukraine gelte das weniger. Solange Russland die eigenen imperialen Forderungen nicht zurücknehme, lebten alle Nachbarländer mit dem Risiko eines Angriffes. Doch auch die Emanzipation vom Imperium sei nicht leicht, zumal die Lebensqualität in den neuen Staaten zumeist erst

einmal sinke. Auch unter den Dissident*innen gab es unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema, denn die ideologische Prägung durch die sowjetische Erziehung wäre nicht einfach auszuschalten gewesen.

Das Gespräch richtete sich sodann auf ihre schriftstellerische Tätigkeit. Dass sie zum Schreiben kam, hatte ebenfalls mit der Kultur des Samizdat zu tun, da im Untergrund auch verbotene wissenschaftliche Literatur zirkulierte, aufgrund derer das genetische Labor geschlossen wurde, in dem Ulitzkaja gearbeitet hatte. Auf die Frage, für wen sie schreibe, antwortete sie, dass sie sich ihre Leserschaft als gebildet, tolerant und interessiert vorstelle. Auf den kritischen Einwurf, dass sie durch eine solche Perspektive eine große Leser*innenschaft ausschließe, die nicht kulturbürgerlich geprägt sei, entgegnete sie, dass sie nicht für alle schreiben könne. In ihrer Arbeit habe sie immer den Menschen als solchen ins Zentrum ihrer Betrachtung gerückt, seine innere Welt, seine Entwicklung, Konflikte und Sehnsüchte. Durch ihre eigene Ausreise vor drei Jahren sei dabei auch das Thema der Migration stärker in den Vordergrund gerückt, was sie durch eine weitere Lesung aus dem Text „Krieg und Emigration“ illustrierte. Vieles in Berlin heute erinnere an das „russische Berlin“ vor rund hundert Jahren, mit jedoch einem grundlegenden Unterschied: Damals sei die Rückkehr in die Heimat immer oberstes Ziel geblieben, heutzutage dominiere der Wille zur Integration und zum Aufbau eines besseren Lebens für sich selbst und die Familie außerhalb Russlands. Ulitzkaja selbst hegt nach wie vor den innigsten Wunsch, nach Moskau zurückzukehren. Aufgrund der aktuellen Lage musste sie sich allerdings vorerst davon verabschieden.

20 Jahre EU-Erweiterung. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Erweiterungsprozesses

Bericht: Sebastian Lambertz

In diesem Jahr jährt sich die EU-Erweiterung von 2004 zum 20. Mal. Zehn Länder traten am 1. Mai 2004 traten der Europäischen Union bei. Aus einer Union der 15 wurden 25, dann 27 und später 28 Mitgliedstaaten.

Die Erweiterung der EU hat geholfen, historische Spaltungen zu überwinden und ihren Mitgliedern ein nie dagewesenes Niveau an Frieden, Freiheit und Wohlstand beschert. Doch war dieser Prozess schlussendlich auch nachhaltig? Was erklärt die verschiedenen Pfade, welche die neuen Mitgliedstaaten genommen haben? Und was können wir aus diesem Prozess für die Integration weiterer Staaten wie die Ukraine, Moldau oder Georgien lernen? Diese und weitere

Fragen haben wir in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Südosteuropa-Gesellschaft im Deutschen Bundestag ausführlich diskutiert.

Zum Einstieg verwies Thomas HACKER MdB, Vizepräsident der SOG und europapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion auf die lange und ereig-

nisreiche Geschichte der Europäischen Union vom Zweiten Weltkrieg bis zu den Erweiterungsprozessen der Gegenwart. Europa stehe heute einmal mehr unter Druck und es sei wichtig, für ein starkes Europa einzutreten. DGO-Geschäftsführerin Gabriele Freitag verwies auf die Perspektive der beigetretenen Staaten und die „großen Erwartungen“ mit denen diese in EU gekommen seien.

20 JAHRE EU-ERWEITERUNG: EIN RÜCKBLICK

Inwiefern diese Erwartungen erfüllt wurden, wurde von den Panelist*innen zu Beginn einer kritischen Betrachtung unterzogen. Wojciech PRZYBYLSKI, Chefredakteur von Visegrad Insight und

Präsident der Res Publica Foundation wollte für Polen nicht wirklich Feierstimmung aufkommen lassen. Der Beitritt sei zwar generell als Erfolgsgeschichte zu sehen, die Union in Gänze sei aber in Gefahr, insbesondere bedroht durch externe Akteure wie China oder Russland. Polen selbst habe im Laufe der Jahre immer stärker begonnen, Forderung von innen heraus zu formulieren. Die

Podiumsdiskussion

16. Mai 2024,
Deutscher Bundestag,
Paul-Löbe-Haus, Berlin

In Kooperation mit der Südost-europa-Gesellschaft (SOG)



Visegrád-Gruppe, bestehend aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, sei dabei ein Instrument gewesen, um für die eigenen Interessen einstehen zu können.

In Rumänien sei der beste Moment der Erweiterung der kurz vor dem eigentlichen Beitritt gewesen, konstatierte Alina MUNGIU-PIPPIDI, Professorin für Comparative Public Policy an der Luiss Guido Carli Universität in Rom. Eine so stark ausgeprägte Motivation für das Land, Dinge nachhaltige zu verändern, wird vermutlich in der nahen Zukunft so schnell nicht wiederkommen.

Nikola DIMITROV, ehemaliger stellvertretender Premierminister und ehemaliger Außenminister der Republik Nordmazedonien, wollte dem für sein Land allerdings nicht zustimmen. Nordmazedonien sei seit 2005 offiziell Beitrittskandidat, aber immer wieder würden bilaterale Konflikte, wie beispielsweise mit Griechenland, den

Prozess verzögern. Das Beispiel seines Landes stehe sinnbildlich dafür, wie der Erweiterungsprozess nicht ablaufen sollte. Dimitrov machte dafür auch strukturelle Probleme verantwortlich: Es könnte nicht sein, dass ein Land Entscheidungen blockieren könnte, die die Mehrheit der Mitgliedsstaaten befürworten würde.

Die Ukraine steht aktuell noch am Anfang des Beitrittsprozesses. Der Einsatz dafür, Teil der europäischen Familie zu sein, sei aber groß, so Viktoriia MELNYK vom Centre of Policy and Legal Reform in Kyjiw. 84 % der Bevölkerung möchte Teil der EU werden, das Vertrauen in die Union sei größer als in die UN oder die NATO. Diese Entwicklung resultiere auch aus der Tatsache, dass die meisten Ukrainer*innen die Reformen vor allem für sich wollen und nicht in erster Linie für den Beitritt zur EU. Sie stimmte damit den Aussagen von Mungiu-Pippidi über die durch die Aussicht auf den Beitritt ausgelöste



Reformbereitschaft zu. Der Preis, den die Ukraine zahlen musste, um überhaupt die Möglichkeit zu bekommen, Teil der EU zu werden, sei allerdings immens.

DIE EU IN DER KRISE? WAS JETZT ZU TUN IST

Die EU ist derzeit mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Daher identifizierte Przybylski „Sicherheit“ als das aktuell wichtigste Narrativ. Er bezog dieses aber nicht nur auf die äußere Sicherheit. Es gäbe auch im Inneren Feinde der Demokratie. Man sei in Europa zwar nicht – wie oft behauptet – mit einem Rückgang von Demokratie konfrontiert, aber durchaus mit einer schrittweisen Übernahme demokratischer Institutionen. Dazu zählte Przybylski auch die Wahl PiS-Partei in Polen, die 2015 vor allem auf den Wunsch nach mehr Wohlstand zustande gekommen sei. Die Men-

schen hätten das Gefühl gehabt, dass eine neue Regierung mehr in dieser Richtung tun könne.

Während Polen bis zum Herbst des vergangenen Jahres demokratische Rückschritte zu verzeichnen hatte, galt Rumänien lange als großer Gewinner der Erweiterung, was auch Mungiu-Pippidi noch einmal betonte. Die Politikwissenschaftlerin blickte aber auch nach vorn: In einer Zeit, in der man zum zweiten Mal über eine große geopolitische Erweiterung der Union nachdenke, sei es wichtig, langfristig zu denken und zu diskutieren, wie Europa in zehn Jahren aussehen sollte. Das Europa der Gegenwart sei bereits ein Europa der Vergangenheit.

Dimitrov kam noch einmal auf die problematischen Prozesse im Rahmen der Erweiterung innerhalb der EU zu sprechen. Er bemängelte, dass Staaten benachteiligt werden, wenn sich der jeweilige Integrationsprozess verzögere. Fortschritte, die diese Staaten nichtsdestotrotz machen, würden nicht belohnt, die Vorteile seien erst nach Ende des Prozesses verfügbar. Er schlug einen schrittweisen Prozess auf Grundlage der „Kopenhagener Kriterien“ vor, der bestimmte Fördertöpfe nach Durchführung bestimmter Reformen verfügbar macht. Den Vorschlag Macrons, eine Reform der EU vor der nächsten Erweiterung anzustreben, unterstützte Dimitrov – auch, weil der sich weiter hinziehende Beitrittsprozess Mazedoniens dazu führen würde, dass das Land hochqualifizierte Fachkräfte an die EU verlieren würde.

Melnyk konnte dem nicht vollumfänglich zustimmen. Staaten, die der EU beitreten wollen, müssten verstehen, dass dies nicht an einem Tag vollzogen werden könne. Sie gab allerdings zu, dass die Ukraine in der Tat den Prozess in großen Sprüngen durchlaufe. Für den weiteren Verlauf brauche man jetzt vor allem Personen mit den richtigen Kompetenzen, die weitere Reformen begleiten können. In Bezug auf EU-Reformen plädierte Melnyk dafür, diese parallel zu den Reformen in der Ukraine zu vollziehen.

Moderator Christian HAGEMANN (Geschäftsführer der SOG) sah somit keinen Grund zu überschwänglicher Feierstimmung am Ende der Diskussion. Es gäbe noch viel zu tun, auch wenn viele Entwicklungen der letzten Jahre durchaus funktioniert hätten. Insgesamt könne man – so sein Fazit – von einem durchwachsenen Ergebnis des Erweiterungsprozesses sprechen.

Die Krim und die Krimtatar*innen – eine umkämpfte Halbinsel zwischen Mythen und Realität

Bericht: Sebastian Lambertz

Die Krim und die Krimtatar*innen – eine umkämpfte Halbinsel zwischen Mythen und Realität

Die Veranstaltung war Teil der Reihe *Leben in einem anderen Land – 10 Jahre Annexion der Krim* von Amnesty International Deutschland.

„Die Krim gehört uns“ – „Krym nash“ war der Slogan, der die russische Annexion der Krim im Jahr 2014 begleitete. Dabei ist die Krim nach internationalem Recht ukrainisches Territorium. Die Ansprüche auf die Krim sind ebenso vielfältig wie ihre Geschichte. Ihre Bewohner*innen – die Krimtatar*innen, Nachkommen des Krim-Khanats, das vom 15. bis zum 18. Jahrhundert existierte, waren und sind immer wieder Annexion, Vertreibung und Zwangs- umsiedlung ausgesetzt.

Die wechselhafte Geschichte der Halbinsel und der Krimtatar*innen war Gegenstand einer gemeinsamen Veranstaltung von DGO und Amnesty International in der Hansa-Bibliothek in Berlin.

WER SIND DIE KRIMTATAR*INNEN?

Moderatorin Gabriele FREITAG (DGO) begann die Diskussion mit der Frage, wer die Krimtatar*innen eigentlich genau sind. Die von der Krim stammende Politikwissenschaftlerin verwies darauf, dass es unterschiedliche Lesarten dieser Gruppe gebe. Inzwischen sind die

Krimtatar*innen als indigenes Volk der Ukraine anerkannt, der Weg dorthin sei aber lang gewesen. Die Expertin berichtete, dass sie oft gefragt werde, ob die Krimtatar*innen die gleichen Tatar*innen seien, wie jene in Russland. Die Krimtatar*innen hätten allerdings niemals eine andere Heimat gehabt als die Krim, das gelte für den ganzen Zeitraum vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Weitere zentrale Merkmale für die Ethnogenese der Krimtatar*innen seien Sprache und der Islam als Religion.

Ein wichtiger Referenzpunkt für die Geschichte der Krim sei die Rückkehr der während der Sowjetzeit deportierten Krimtatar*innen und ihrer Nachfahren in den

Podiumsdiskussion
10.Juni 2024,
Hansa-Bibliothek, Berlin
In Kooperation mit der Koordinationsgruppe Belarus und Ukraine, AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e.V.

1990er Jahren gewesen, betonte die zweite Expertin des Abends, eine deutsche Ukraine- und Krim-Kennerin. Diese Rückkehr habe die ethnische Zusammensetzung der Halbinsel erneut verändert. Nicht jede*r sei mit der Sonderposition der Krim innerhalb der Ukraine einverstanden gewesen. Immer wieder sei behauptet worden, dass die Ukraine – und damit auch die Krim – Teil des russländischen Imperium gewesen sei. Die Integration der Krimtatar*innen, so die Expertin, sei zum Zeitpunkt der völkerrechtswidrigen Annexion durch Russland 2014 längst nicht abgeschlossen gewesen. Inzwischen gehören Deportationen erneut zum Alltag.

Die krimtatarische Expertin erläuterte, dass die Wiederherstellung der kollektiven Rechte das Hauptziel der Krimtatar*innen in den 1990ern gewesen sei. Dabei habe man auf eine lange Tradition einer nationalen Bewegung zurückgreifen können, die bereits seit Sowjetzeiten existierte. Davon ausgehend sei es gelungen, zentrale Institutionen zu schaffen wie das krimtatarische Parlament oder verschiedene religiöse Institutionen. Auf dieser Basis seien die Krimtatar*innen die zentrale Kraft hinter verschiedenen sozialen Bewegungen auf der Halbinsel gewesen.

MIGRATION, DEPORTATION UND DAS KOLLEKTIVE GEDÄCHTNIS

Erzwungene Migration und Deportation spielen in der krimtatarischen Geschichte eine wichtige Rolle. Bereits im 18. Jahrhundert, nach der Eroberung der Krim durch Russland, seien viele Krimtatar*innen in die Türkei und das Osmanische Reich geflohen, 1944 folgte die massenhafte Deportation unter Stalin, erläuterte Freitag. Die krimtatarische Expertin verwies auf die zentrale Bedeutung dieser Ereignisse für das kollektive Gedächtnis der Krimtatar*innen. Die erzwungene Migration nach der Annexion 2014 sei dadurch für viele retraumatisierend gewesen. Die Migration habe zudem zunehmend Differenzen zwischen denjenigen hervorgerufen, die die Krim verlassen haben und jenen, die geblieben sind. Dabei sei auch eine Veränderung der Grundhaltung vieler Betroffener zu beobachten gewesen: Über einen langen Zeitraum sei man Opfer gewesen, nun müsse man etwas ändern.

Die Idee des Heimatlandes sei für die politische Mobilisierung der Krimtatar*innen schon immer wichtig gewesen, ergänzte die deutsche Krim-Expertin. Insbeson-

dere nach 1990 habe man so das Maximum aus dem machen können, was das System den Krimtatar*innen eigentlich nicht wirklich geben wollte. Hier sei vor allem die Repräsentation im Parlament der Krim zu nennen.

AUSHANDLUNG VON GESCHLECHTERROLLEN

Neben der erzwungenen Migration, um beispielsweise zu verhindern, in die Armee eingezogen zu werden, würden nach 2014 auch die zahlreichen Verhaftungen die Community stark verändern, merkte die krimtatarische Expertin an. Dies zeige sich besonders im Hinblick auf die Geschlechterrollen. Die Verhafteten seien zumeist Männer aus konservativen islamischen Gruppen, innerhalb der die Geschlechterrollen klar definiert sind. Ohne die Männer müssten viele Frauen nun aber neue Rollen annehmen, selbst zu Aktivistinnen werden und Verantwortung übernehmen. Dies sei überlebenswichtig und würde die Krimtatarinnen stärken.

Nicht zu vernachlässigen sei dabei auch der sowjetische Einfluss. Die sowjetische Gesellschaft sei stark säkularisiert gewesen, die (Aus)Bildung von Frauen habe einen hohen Stellenwert gehabt. Die Aushandlung von Geschlechterrollen habe dadurch bereits vor der Annexion von 2014 begonnen. Allerdings, so die Politikwissenschaftlerin, habe dieser Wandel auch Grenzen. In Versammlungen herrsche oftmals noch eine strikte Trennung von Männern und Frauen.

Die abschließende Diskussion mit dem Publikum lieferte weitere wichtige Einblick unter anderem in der Verhältnis der Krimtatar*innen zur Ukraine. So verwies die krimtatarische Expertin darauf, dass die Community lange sehr kritisch der ukrainischen Regierung gegenüber eingestellt gewesen sei. Erst 2014 habe sich das geändert, auch wenn die Kritik nicht vollständig verschwunden sei. Die weitläufige Meinung sei, dass die Ukraine – trotz einer zunehmenden Wertschätzung durch Regierung und Gesellschaft – mehr für die Krimtatar*innen hätte tun können. Die Anerkennung als indigenes Volk im Jahr 2021 war in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt.

Die Expertin aus Deutschland erläuterte zudem in Grundzügen, wie wissenschaftliche Umfragen seit 2014 ablaufen und welche Ergebnisse sie hervorbringen. Die Umstände für solche Umfragen seien naturgemäß schwierig, man habe das Untersuchungs-

design sowohl ethnische als auch methodologisch anpassen müssen. Einblicke in die Perspektive der Krimtatar*innen seien aber möglich. So habe sich unter anderem gezeigt, dass diese nach 2014 im Grunde überhaupt nicht in die russische Föderation an sich und die russische Gesellschaft integriert worden wären. Über 40% der Befragten hätten zudem keine Kontakte zu anderen Krimtatar*innen innerhalb der Ukraine.

Die Annexion von 2014 habe auch großen Einfluss auf die Sprache der Krimtatar*innen, so die Expertin von der Krim. Bereits vorher habe man einen Rückgang der Sprache feststellen können,

es habe lediglich 15 Schulen gegeben, an der sie unterrichtet wurde. Seit 2014 sei es noch schwieriger, Sprachunterricht oder -kurse zu etablieren. Für die jüngere Generation sei inzwischen Russisch die zentrale Kommunikationssprache.

Abschließend kam die Expertin darauf zu sprechen, dass sie sich, seitdem sie in Deutschland lebt, immer stärker dazu gedrängt sieht, als politische Aktivistin tätig zu werden. Allerdings sei ein gewisser Aktivismus für Krimtatar*innen vor dem Hintergrund ihrer Geschichte durchaus normal. Sie selbst sehe sich eher als Missionarin – es fühle sich so an als sei sie auf einer Mission.

Vom Ende der Welt. Natalja Kljutscharjowa im Gespräch mit Anna-Nicole Heinrich

Bericht: Sebastian Lambertz

Während die Menschen in der Ukraine tagtäglich unter russischen Luftangriffen leiden und um ihre Angehörigen bangen, die an der Front gegen den russischen Angriff kämpfen, scheint eben dieser Krieg in Russland auf breite Zustimmung zu stoßen. Nichtsdestotrotz gibt es dort zahlreiche Menschen, die sich nicht von den Verbrechern der Armee abschotten oder sich daran beteiligen. Für sie haben der Krieg und die Repressionen des Kremls durchaus Auswirkungen, die bei uns allerdings zunehmend aus dem Blick geraten. In ihrem „Tagebuch vom Ende der Welt“ wirft die russische Autorin Natalja KLJUTSCHARJOWA einen Blick auf diejenigen, die das russische Regime und den Krieg nicht unterstützen, Russland aber auch nicht verlassen haben. Im Gespräch mit Anna-Nicole HEINRICH, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, hat Kljutscharjowa Einblicke in ihr Erleben des ersten Kriegsjahres und die Entstehung ihres Buch gegeben.

EIN GESPRÄCH ÜBER ANGST UND SCHULD

Zentrale Themen des Abends in der Kapelle der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche waren Schuld und Angst. Dies wurde schon in der ersten Passage des Tagebuchs deutlich, die die Schauspielerin Nina WEST in deutscher Übersetzung darbot. Darin beschreibt Kljutschwarzowa, wie sie am 24. Februar von der Deutschlehrerin ihre Kinder vom russischen Angriff erfuhr, ihr Gehirn sich aber zunächst weigerte, die Tatsache zu akzeptieren. Sie sagt sich immer wieder, dass sie nicht Schuld an den Ereignissen sei, dass sie nicht Schuld sei, dass sie in Russland geboren ist und dass sie nicht Schuld sei, dass sie ständig in Schuldgefühle verfalle. Aus diesem Gefühl von Schuld und Angst heraus, habe sie begonnen, schriftlich festzuhalten, was mit ihr am 24. Februar und danach geschah, beschrieb Klutscharjowa im Anschluss an die Lesung. Ursprünglich habe es sich tatsächlich um ein Tagebuch gehandelt,

Lesung und Gespräch
12.Juni 2024, 19:00 Uhr,
Kapelle der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, Berlin

In Kooperation mit der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Kapelle der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche



v.l.n.r.: Natalja Kljutscharjowa, Anna-Nicole Heinrich

das nicht als Buch gedacht war. Die Niederschrift habe ihr Halt gegeben und geholfen, nicht verrückt zu werden.

Erschienen ist das Buch zunächst auf Deutsch, nachdem die Autorin Russland schließlich doch verlassen hatte und nach Landshut ging. In der Gedächtniskirche schließe sich in gewisser Weise ein Kreis, so Kljutscharjowa. Als sie 2010 in Berlin war, habe sie erstmals die Stalingradmadonna von Kurt Reuber in der Kirche gesehen und beschlossen, irgendwann etwas über Reuber zu schreiben. Nachdem nach Kriegsbeginn in Russland ihr Theaterstück über Reuber aufgeführt worden war, wurde ihr vorgeworfen, ein Antikriegsstück geschrieben zu haben. Sie verließ daraufhin ihre Heimat.

Heinrich kam daraufhin auf die Situation zu sprechen, dass sich Kljutscharjowa nun in Deutschland befindet, der Fokus hier aber natürlich auf einer anderen Gruppe liegt: den Ukrainer*innen, die vor dem russischen Angriff geflohen sind. Kljutscharjowa bestätigte, dass die Begegnungen mit diesen zu den

schwierigsten Situation im Alltag gehören. Es falle ihr schwer, zu sagen, dass sie aus Russland kommt. Ihre Tochter würde sogar behaupten, sie komme aus der Ukraine oder Kasachstan, um das Gefühl der Schuld nicht auf sich nehmen zu müssen. Für sie sei Russland eine Art davonschwimmende Insel, von der sie sich immer weiter entferne, so die Autorin.

DIE SCHWINDENDE KRAFT PERSÖNLICHER GESCHICHTEN

Auf die Frage von Heinrich, ob sie innerlich Verantwortung für Dinge übernehmen würde, für die sie eigentlich gar nicht verantwortlich sei, berichtete Kljutscharjowa von inneren Zwiegesprächen, die sie führe. Eine Stimme sage ihr immer wieder, dass sie eben doch Schuld sei. Schwer tue sie sich zudem damit, dass viele Menschen in Russland an eine Realität glauben würden, die mit der eigentlichen Realität wenig zu tun habe. Es werde immer schwerer, diese Menschen vom Gegenteil zu überzeugen, selbst bei ihr nahestehenden Personen.

Dies gelte auch für Menschen in Deutschland. Es sei für sie ein Schock gewesen, zu sehen, wie viele sich auch hier für Putin und den Krieg aussprechen würden.

Eine Episode sei ihr dabei besonders in Erinnerung geblieben: Als sie mit anderen Personen aus Russland und der Ukraine für Dokumente anstand, habe eine Ukrainerin von ihren Erfahrungen aus dem Krieg berichtet. Sie habe darüber gesprochen, dass sie bei Luftangriffen in den Keller geflüchtet und beim Anstehen um Brot beschossen worden sei. Eine andere Frau habe dies als Propaganda bezeichnet und behauptet, ukrainische Faschisten hätten die Frau beschossen. Somit habe eine Person, die nur das Fernsehen als Quelle gehabt habe, einer anderen Person ihre tatsächlichen Erlebnisse abgesprochen. Heinrich tat angesichts dieser Schilderungen ihr Erschrecken darüber kund, dass offenbar aktuell nicht einmal mehr persönliche Geschichten und Schicksale die Menschen zum Umdenken bringen können.

Kljutscharjowa betonte, dennoch weiter schreiben zu wollen. Es sei ihr wichtig, zu erzählen, was Geflüchtete aus der Ukraine berichten, ihre Geschichten aufzuschreiben und so einen Beitrag zu leisten. Hier hakte Heinrich ein und kam auf die zuvor von Kljutscharjowa geschilderte Schwierigkeit zu sprechen, die diese im Umgang mit Ukrainer*innen habe. Hierbei handele es sich, so die Autorin, vor allem um Scham angesichts ihrer russischen Herkunft. Dies erschwere die Kontaktaufnahme zu Ukrainer*innen, auch wenn diese oftmals positiv reagieren würden. In den Gesprächen habe sie festgestellt, dass die Geflüchteten vielfach einen Wunsch nach Aufmerksamkeit und einem offenen Ohr hätten.

„DER DÄMON IST WIEDER FREI“

In einer zweiten von Nina West vorgetragenen Textpassage beschreibt Kljutscharjowa ihre Teilnahme an einem stillen Protest gegen den Krieg, bei dem die Teilneh-

mer*innen von Polizei und OMON eingekesselt worden seien. Zudem nimmt sie Bezug auf die russischen Soldaten, die Kriegsverbrechen in der Ukraine – unter anderem in Butscha – begangen haben und bei ihrer Rückkehr nach Russland Auszeichnungen erhielten. „Der Dämon ist wieder frei“, schreibt Kljutscharjowa. Angst und Scham sind auch hier die bestimmenden Themen.

Anschließend sprachen Heinrich und Kljutscharjowa über literarische Form des Buches. Die Autorin berichtete, dass sie in ihrem bisherigen Schaffen bereits alle literarischen Genres ausprobiert habe. Für ihr Buch sei es ihr wichtig gewesen, eben kein trockenes Tagebuch zu verfassen, weswegen sie es vor allem auf Lesbarkeit hin überarbeitet habe. Das Buch solle nicht so viel Schweres ans Licht bringen. Eine Anmerkung Heinrichs, dass Widerstand im Buch primär weiblich, der Krieg aber vor allem männlich erscheine, beantwortete Kljutscharjowa mit dem Verweis, dass sie zumeist mit den Frauen ins Gespräch komme. Daher enthalte das Buch mehr weibliche Stimmen.

Zum Abschluss sprachen Heinrich und Kljutscharjowa über Aktionen, die politische Gefangene in der Öffentlichkeit sichtbar machen können. Kljutscharjowa berichtete von einem Künstler aus Landshut, der Portraits ukrainischer Geflüchteter und russischer politischer Gefangene ausgestellt hat, Heinrich von einer Aktion auf der letzten EKD-Synode, bei der ebenfalls Portraits russischen politischer Gefangener entstanden sind. Beiden sahen in diesen Aktionen Möglichkeiten im Umgang mit einer schwindenden Hoffnung auf bessere Zeiten und ein freies, demokratisches Russland und äußerten die Hoffnung, dass solche Aktionen auch den Gefangenen selbst Kraft und etwas gibt, an das sie glauben können.

Siehe dazu auch Episode 12 unseres Podcasts OSTERWEITERUNG „Vom Ende der Welt“: www.podcast.de/episode/635108127/vom-ende-der-welt



Georgiens Systemkrise. Ursachen und Konsequenzen Georgien zwischen Widerstand und Isolation

Bericht: Carla Kerkmann

In Georgien hat das Parlament am 14. Mai für einen Gesetzentwurf „zur ausländischen Einflussnahme“ (zuvor Gesetz zu „ausländischen Agenten“) gestimmt, der vorschreibt, dass Organisationen, die mehr als 20% ihrer Finanzmittel aus dem Ausland erhalten, sich als „Verfechter der Interessen einer ausländischen Macht“ registrieren lassen müssen. Die Wiedervorlage des Gesetzes ist in der Zivilgesellschaft auf Widerstand gestoßen und hatte über Monate anhaltende Massenproteste zur Folge.

Die DGO themisierte diese Entwicklung auf zwei Veranstaltungen: Am 23. Mai fand in Kooperation mit dem Fachbereich Kaukasusstudien der Uni Jena eine digitale Podiumsdiskussion statt. Zum Thema „Georgiens Systemkrise. Ursachen und Konsequenzen“ diskutierten Sonja SCHIFFERS (Leiterin des Regionalbüros Südostkaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung), Ia Eradze (Georgian Institute for Public Affairs, GIPA), Franziska SMOLNIK (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP) und Lasha BAKRADZE (Ilia-Universität Tbilisi) über die Folgen des Gesetzes für Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie die EU-Integration Georgiens.

Webinar und Podiumsdiskussion

23. Mai 2024, online
und 17. Juni 2024, Leibniz-
Zentrum für Literatur- und
Kulturforschung, Berlin

In Kooperation mit Fachbereich
Kaukasusstudien der Universität
Jena, dem Leibniz-Zentrum für
Literatur- und Kulturforschung
und dem Osteuropa-Institut
der Freien Universität Berlin

tung), Ia Eradze (Georgian Institute for Public Affairs, GIPA), Franziska SMOLNIK (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP) und Lasha BAKRADZE (Ilia-Universität Tbilisi) über die Folgen des Gesetzes für Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie die EU-Integration Georgiens.

Die Folgeveranstaltung „Georgien zwischen Widerstand und Isolation“, die knapp vier Wochen später im Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL) in Berlin stattfand, stellte die anhaltenden Massenproteste und die Bedeutung der Parlamentswahlen im Oktober in den Mittelpunkt. Auf dem Podium saßen Zaal ANDRONIKASHVILI (Literaturwissenschaftler, ZfL), Nino HARATISCHWILI (Autorin), Anna MARVELASHVILI (Historikerin, Soviet Past Research Laboratory) und Michael ROTH (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags).

DAS RUSSISCHE GESETZ

Das Gesetz „Über Transparenz ausländischen Einflusses“ wird in Georgien häufig auch russisches Gesetz genannt. In der Veranstaltung zu „Georgiens Systemkrise“ erläuterte Schiffers die Rolle Russlands im Gesetzgebungsprozess und betonte den Mangel an Informationen zur direkten Einflussnahme Russlands auf den Gesetzgebungsprozess. Sie bekräftigte außerdem, dass Russland von dem das neue Gesetz profitierte, beispielsweise dadurch, dass das Gesetz die Westintegration Georgiens verhindere. Auch Bakradze betonte Georgiens Abkehr vom Westen als wichtigste Folge des Gesetzes und äußerte die Befürchtung, dass Georgiens Entwicklung der Autokratisierung Russlands folgen könnte.

DIE AUTOKRATISIERUNG GEORGIENS

Schiffers merkte zudem an, dass Georgiens Vorantreiben der Autokratisierung durch legale Mittel ein typischer Vorgang der umfassenden Autokratisierungswelle sei, die weltweit zu bemerken sei. Dies war ebenfalls Thema der Diskussion „Georgien zwischen Widerstand und Isolation. So beschrieb Andronikashvili Georgiens Entwicklung als einen schlechenden Staatsstreich, der von Bidsina Ivanishvili, dem Gründer der derzeitigen Regierungspartei Georgischer Traum, vorangetrieben würde. Da Ivanishvili bereits die Kontrolle über Medien, Justiz sowie Executive und Legislative besitze, sei der nächste Schritt der Machtausweitung die Kontrolle der Zivilgesellschaft, die er mithilfe des neuen Gesetzes zu erlangen versuche. Andronikashvili verwies auf weitere repressive Gesetze, wie das (mittlerweile verabschiedete) Anti-LGBT Gesetz und die angekündigte Bildungsreform. Haratischwili machte ergänzend auf die schon in den letzten Jahren spürbar werdende Repression in der Kulturszene und die neue georgische Kulturpolitik aufmerksam, betonte aber auch die Stärke der Kulturschaffenden in ihrem Widerstand gegen die Regierungspolitik.

Angesprochen auf die Rolle der Justiz im Kampf um Demokratie und gegen das Gesetz „Über Transparenz ausländischen Einflusses“, argumentierte Andronikashvili, dass ein großer Teil der Richter und auch der Verfassungsrichter eine regierungsfreundliche Einstellung hätten und somit auch die Klage vor dem Verfassungsgericht gegen das neue Gesetz unwahrscheinlich sei. Es sei zudem anzunehmen, dass

das Verfassungsgericht die Entscheidung über das Gesetz bis nach der Wahl hinauszögern werde.

DIE PARLAMENTSWAHLEN

Bei beiden Veranstaltungen waren sich die Panelist*innen einig, was die Bedeutung der Parlamentswahlen im Oktober betrifft. Sie äußerten die Vermutung, dass die Regierungspartei, der Georgische Traum, das Gesetz nutzen werde, um die eigenen Chancen an der Macht zu bleiben zu erhöhen, indem sie Wahlbeobachtung verhinderten und so Wahlmanipulation ermöglichen. In Berlin prognostizierte Roth, dass die Wahlen zwar frei, aber durch die Schwächung der Opposition und der Zivilgesellschaft nicht fair sein werden. Andronikashvili gab darüber hinaus zu bedenken, dass der Georgische Traum im Falle einer Wahlniederlage diese möglicherweise nicht anerkennen werde. Auf dem digitalen Panel waren sich Schiffers sowie Haratischwili einig, dass die Opposition sehr zersplittert und vor allem die Frage nach der Beteiligung der Vereinte Nationale Bewegung, der Partei von Ex-Präsident Saakashvili in der Bevölkerung höchst umstritten sei.

PROTESTE

In diesem Zusammenhang verwiesen Bakradze und Schiffers auf die Wichtigkeit und Stärke der georgischen Zivilgesellschaft. Auch bei der Diskussion im ZfL war dies Thema. Roth sprach der georgischen Zivilgesellschaft seine Bewunderung aus, die sich mutig antidemokratischen Bewegungen entgegenstelle und äußerte seine Befürchtung, dass die Proteste könnten gewaltvoll eskalieren und dadurch von der Regierung instrumentalisiert werden. Andronikashvili machte darauf aufmerksam, dass die Proteste vor allem von den Studierenden getragen wurden. Er äußerte die Befürchtung, eine Bildungsreform könne die Autonomie der Universitäten untergraben und zur staatlichen Kontrolle dieser führen.

POLITIK DER EU

Beide Veranstaltungen diskutierten zudem die Politik der Europäischen Union. In der digitalen Runde sah Franziska Smolnik aufgrund der mangelnden Sanktionsmöglichkeiten wenige Handlungsspielräume für die EU. Ihrer Ansicht nach werde Deutschland gegen einen EU-Beitritt Georgiens stimmen, sollte das Gesetz nicht zurückgenommen werden. Gleichzeitig wolle

die EU nicht der georgischen Bevölkerung schaden, die gegen das Gesetz protestiert, so Smolnik.

Vier Wochen später waren die Panelist*innen ähnlicher Meinung. Roths Position stimmte indirekt mit Smolniks Einschätzung zu den Handlungsmöglichkeiten der EU überein. Der Politiker forderte, Druck auf die georgische Regierung auszuüben, um die Beteiligung von Wahlbeobachter*innen bei den Parlamentswahlen im Oktober sicherzustellen.

DIE FOLGEN FÜR DIE GEORGISCHE WIRTSCHAFT

In der digitalen Diskussion argumentierte Eradze, dass die Verabschiedung des „russischen Gesetzes“ die Stabilität der georgischen Wirtschaft bedrohe und Folgen wie das Sinken des Lari-Kurses sowie fallende Aktienkurse schon kurz nach der Annahme des Gesetzes sichtbar wurden. Sie verwies darauf, dass die georgische Wirtschaft von ausländischen Investoren und westlicher Kreditvergabe abhängig sei und betonte, dass die Zukunft der georgischen Ökonomie von diesen abhinge. Eradze zufolge verstärke das Gesetz den ohnehin schon anhaltenden

Trend der Vertiefung der Handelsbeziehungen mit Georgiens Nachbarländern, vor allem mit Russland. Gleichzeitig würden wirtschaftliche Partnerschaften mit der EU und dem Westen erschwert.

Was den Ausblick auf Georgiens Zukunft angeht, waren sich beide Panels einig: Diese hänge signifikant vom Verlauf und Ausgang der Parlamentswahlen ab. Die Beteiligten äußerten die Hoffnung, dass der Georgische Traum diese verlieren und den Verlust anerkennen würde.

Beide Veranstaltungen wurden live gestreamt. Die Aufzeichnungen können Sie über diese Links aufrufen:

Georgiens Systemkrise. Ursachen und Konsequenzen: www.youtube.com/watch?v=M5TLkk00SMk



Georgien zwischen Widerstand und Isolation: www.youtube.com/watch?v=G_uDU9ZF-7I

